

OBS-Arbeitsheft 89



Christina Köhler, Pablo Jost

Tarifkonflikte in den Medien

Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?

OBS-Arbeitsheft 89
ISSN-Print 1863-6934
ISSN-Online 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autor*innen:

Christina Köhler, M.A.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Publizistik
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Kontakt: christina.koehler@uni-mainz.de
Pablo Jost, M.A.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Kontakt: pablo.jost@uni-mainz.de

Redaktion:

Burkard Ruppert, Otto Brenner Stiftung

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.
www.textfeile.de
Hofheim am Taunus

Satz, Cover und Gestaltung:

www.complot-mainz.de

Titelbild:

Collage ausgewählter Zeitungsausschnitte

Druck:

mww.druck und so ... GmbH, Mainz-Kastel

Redaktionsschluss:

28. Februar 2017

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Dort besteht auch die Möglichkeit, das vorliegende und weitere OBS-Arbeitshefte als pdf-Datei kostenlos herunterzuladen.

In diesem Arbeitspapier finden sich Links zu Webseiten im Internet. Die OBS erklärt ausdrücklich, dass sie keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte dieser Seiten hat, und macht sich deren Inhalte nicht zu eigen. Sie kann weder für das Funktionieren der Seiten garantieren noch eine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der dort angebotenen Informationen übernehmen.

Die Texte der Otto Brenner Stiftung verwenden eine gendersensible Sprache. Es werden entweder geschlechtsneutrale Bezeichnungen gebraucht (z. B. Mitarbeitende) oder auf die Schreibweise durch Sternchen zurückgegriffen (z. B. Bürger*innen). Diese Schreibweise betont die soziale Konstruktion von Geschlecht und die Vielfältigkeit von Geschlechtsidentitäten.

Vorwort

Was in Frankreich, Italien oder Griechenland zum gesellschaftlichen Alltag zu gehören schien, ließ sich in der Bundesrepublik wesentlich seltener beobachten: Streik. Tarifkonflikte wurden hierzulande häufig leise und abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit geführt, gestreikt wurde nur selten, meist kurz und weniger heftig als anderswo – so zumindest der Eindruck, der bis 2015 entstehen konnte. Danach drehte sich das Bild jedoch um 180 Grad: Plötzlich war die Rede von der „Streikrepublik Deutschland“ und Begriffe wie „Megastreik“ und „Jahrhundertstreik“ dominierten die Schlagzeilen der deutschen Tageszeitungen. Insgesamt drängte sich der Eindruck auf, mit den Arbeitskampfmaßnahmen in Kitas, bei Post, Bahn und Lufthansa breche eine nie dagewesene Zahl an Arbeitsausständen nahezu zeitgleich über Deutschland herein. Dabei wurden die Arbeitskampfmaßnahmen vor allem als Störung zentraler öffentlicher Lebensbereiche begriffen. Schlagzeilen wie „Dauerstörfall Lufthansa“ illustrieren dies eindrucksvoll. Andere Tarifkonflikte, wie etwa in der chemischen Industrie oder im Gebäudereinigerhandwerk, fanden dagegen kaum den Weg in das öffentliche Bewusstsein. Aber auch zwischen den verschiedenen prominent diskutierten Tarifauseinandersetzungen lassen sich Differenzen ausmachen – vor allem mit Blick auf den Tenor der Diskussion: Während den Beschäftigten des Sozial- und Bildungsdienstes durchaus öffentliches Verständnis entgegengebracht wurde, sahen sich die Pilot*innen der Lufthansa oftmals mit dem Vorwurf konfrontiert, egoistisch zu handeln.

Die öffentliche Resonanz und inhaltliche Bewertung von Tarifkonflikten hängt auch zusammen mit der Berichterstattung der Massenmedien. In den vergangenen Jahrzehnten erfuhr die Tarifpolitik insgesamt nur begrenzte mediale Aufmerksamkeit. Meist fanden sich die knappen Meldungen versteckt auf den hinteren Seiten der Tageszeitungen und in dem, beim breiten Publikum, ungeliebten Wirtschaftsressort. Lediglich vereinzelt schafften es Bilder streikender Arbeitnehmer*innen auf die Titelseiten der großen deutschen Tageszeitungen oder in die Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch heute noch wird das öffentliche Bild der Tarifpolitik vor allem durch einige wenige, medial prominent beachtete Konflikte und Akteur*innen geprägt, die dann den gesellschaftlichen Blickwinkel auf die gesamte Tariflandschaft formen. Gleichzeitig lassen sich in der Tarifpolitik selbst wichtige Umbrüche beobachten: Sowohl Arbeitgeberverbände als auch einige Gewerkschaften beklagen einen Mitgliederschwund sowie eine sinkende Tarifbindung in manchen Branchen und vielen Betrieben. Durch globalisierte, vernetzte und digitalisierte Arbeitsmärkte entstehen neue Herausforderungen der sozialpartnerschaftlichen Kooperation. Gleichzeitig verändert sich die Verbändelandschaft und neue Tarifakteure erheben einen Vertretungsanspruch für zum Teil sehr spezialisierte Interessen.

In einer Realität, die immer noch sehr stark durch die Massenmedien vermittelt und damit auch geprägt wird, sind die Tarifparteien entscheidend darauf angewiesen, wie

sie und ihr Handeln in der Medienöffentlichkeit dargestellt werden, um öffentliches Vertrauen zu erwerben und breite Legitimation zu erfahren. Andernfalls müssten sie um ihre Handlungsfähigkeit fürchten und die deutsche Sozialpartnerschaft würde an Wirksamkeit verlieren. Gerade die Debatte um das Tarifeinheitsgesetz zeigt diesen Mechanismus – wurde diese Diskussion doch oft im Kontext streikender Pilot*innen und Lokführer*innen in den Artikeln und insbesondere in den Kommentarspalten der deutschen Medien geführt.

Unsere Studie nimmt die Mediendarstellung der Tarifpolitik in Deutschland intensiv, systematisch und auf breiter empirischer Basis in den Blick. Wir versuchen, Antworten auf Fragen zu geben, die für das sozialpartnerschaftliche Handeln von größter Bedeutung sind.

- Wie lässt sich erklären, dass manchen Tarifaueinandersetzungen hohe mediale Aufmerksamkeit zuteil wird, während andere kaum journalistische Beachtung erlangen?
- Welche Faktoren beeinflussen die Darstellung und dass manche Akteure und Positionen in einem günstigen Licht präsentiert, andere dagegen eher kontrovers diskutiert werden?
- Inwiefern haben die Tarifakteur*innen selbst einen Einfluss darauf, welches öffentliche Bild von ihrer Auseinandersetzung vermittelt wird?

Christina Köhler und Pablo Jost, die Autor*innen der Studie, haben die Berichterstattung verschiedener Medien über mehrere Tarifkonflikte der vergangenen Jahre in den Blick genommen. Die Ergebnisse zeichnen insgesamt ein sehr facettenreiches Bild davon, wie Tarifkonflikte in den Medien aufgegriffen und dargestellt werden. Vor allem liefert die Studie einen guten Eindruck von den Merkmalen und Bedingungen, die das öffentliche und mediale Bild von Arbeitskämpfen und Tarifpolitik prägen.

Die Untersuchung erlaubt den involvierten Akteur*innen zudem erstmals einen fundierten Blick aus der Vogel- oder Außenperspektive. Er kann dazu beitragen, die eigene Position in der Medienrealität der deutschen Tarifpolitik zu überprüfen. Vielleicht kann die innovative Studie damit sogar für die Beteiligten eine Grundlage schaffen, Möglichkeiten und Grenzen ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit im Lichte ihrer Ansprüche und Ressourcen zu reflektieren. Sollte „Tarifkonflikte in den Medien“ zu solchen Prozessen einen Anstoß geben, hat die Untersuchung ihr Ziel mehr als erreicht.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung

Frankfurt am Main, im März 2017

Inhalt

Zusammenfassung	5
1 Einleitung	8
1.1 Aktueller und theoretischer Hintergrund der Studie	8
1.2 Zentrale Fragestellungen und Zielsetzung der Untersuchung	11
2 Methode und Design	14
2.1 Auswahl der Tarifkonflikte	14
2.2 Überblick über die untersuchten Inhalte	16
2.3 Untersuchte Dimensionen der Medieninhalte und Pressemitteilungen	20
3 Kommunikation der Tarifparteien und deren mediale Resonanz	25
3.1 Zielsetzung des Kapitels	25
3.2 Theoretische Überlegungen und Forschungsstand zur Öffentlichkeitsarbeit der Tarifparteien und ihrer massenmedialen Resonanz.....	25
3.3 Die Kommunikation der Tarifparteien im Vergleich: Wie medienorientiert kommunizieren sie?	29
3.4 Parallelen in der Kommunikation der Tarifakteure und den Presseartikeln	36
3.5 Mediale Resonanz: Parteinahme zugunsten der Tarifakteure in der Printberichterstattung	40
3.6 Zusammenfassung	44
4 Spezifische Muster in der Medienberichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte und Konfliktphasen	47
4.1 Zielsetzung des Kapitels	47
4.2 Theoretischer Hintergrund und Forschungsstand	47
4.3 Unterschiede in der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte	51
4.3.1 Art der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonfliktgruppen	53
4.3.2 Themenschwerpunkte und allgemeiner Tenor der Berichterstattung	55
4.3.3 Unterschiede in der Parteinahme der Journalisten entlang verschiedener Tarifkonfliktgruppen	61
4.3.4 Zusammenfassung	64

4.4	Unterschiede in der Berichterstattung über verschiedene Konfliktphasen	67
4.4.1	Formale Merkmale der Medienberichterstattung über verschiedene Phasen von Tarifkonflikten	67
4.4.2	Themen und Tenor in der Darstellung verschiedener Tarifkonfliktphasen	70
4.4.3	Unterschiede in der Parteinahme der Medien zwischen verschiedenen Phasen im Tarifkonflikt	73
4.4.4	Zusammenfassung	75
5	Berichterstattung nach Lager und Gattung	77
5.1	Zielsetzung des Kapitels	77
5.2	Theoretischer Hintergrund und Forschungsstand	77
5.3	Intensität der Berichterstattung	80
5.4	Konfliktstand und Inhalte	82
5.5	Stil der Berichterstattung	87
5.6	Parteinahme	90
5.7	Zusammenfassung	96
6	Zusammenfassung und Fazit	98
6.1	Kommunikationsaktivitäten der Tarifakteure und deren mediale Resonanz	99
6.2	Muster in der Medienberichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte und Phasen	100
6.3	Unterschiede nach redaktioneller Linie und Gattung	102
6.4	Konfliktspezifische und medienimmanente Einflüsse auf die Medienberichterstattung über Tarifkonflikte	104
Anhang		
	Literaturverzeichnis	106
	Abkürzungsverzeichnis	112
	Verzeichnis der Abbildungen	113
	Verzeichnis der Tabellen	114
	Ergänzendes Material	115
	Tabelle A1: Häufigkeit der Berichterstattung über Tarifkonflikte	115
	Tabelle A2: Übersicht zur Fallgewichtung	116
	Hinweise zu den Autor*innen	118

Zusammenfassung

Warum bestimmen einige Tarifkonflikte über Wochen und Monate die Schlagzeilen, während andere kaum ins öffentliche Bewusstsein gelangen? Wieso stellen Journalisten manche Tarifkonflikte eher in einem negativen Licht dar, während sie über andere durchaus wohlwollend berichten? Und welchen Einfluss können die Tarifpartner selbst auf die Art und den Umfang der Berichterstattung nehmen?

Um diese Fragen zu klären, wurden in dieser Studie einerseits die Berichterstattung überregionaler Tageszeitungen sowie der Nachrichtenagentur *dpa* über Tarifkonflikte verschiedener Branchen in den Blick genommen. Zum anderen wurden die Kommunikationsaktivitäten der jeweils beteiligten Tarifpartner untersucht.¹ Die Untersuchung nahm ihren Ausgang bei folgender Überlegung: Da die Medienberichterstattung kaum als exaktes Abbild der Realität verstanden werden kann, muss es verschiedene Einflussfaktoren geben, an denen sich Journalisten in ihrer Berichterstattung orientieren. Theorien der journalistischen Nachrichtenauswahl sowie frühere Forschungsergebnisse zur Berichterstattung über Tarifpolitik legen insbesondere zwei Aspekte nahe, die im Nachrichtenalltag der Journalisten eine Rolle spielen: Zum einen berichten Journalisten, die bei ver-

schiedenen Medien arbeiten, unterschiedlich über Tarifpolitik. Diese medienimmanenten Faktoren wirken sich auf den Umfang, die Inhalte und den Tenor der Berichterstattung über Tarifkonflikte aus. Dazu zählen etwa die politische Grundhaltung des Mediums (liberal, konservativ) sowie dessen Orientierung an verschiedenen Publikumsinteressen (Boulevard- bzw. Qualitätsjournalismus). Zum anderen fällt die Berichterstattung über verschiedene Tarifaufeinandersetzungen aus inhaltlichen Gründen unterschiedlich aus (konfliktimmanente Faktoren): Dies kann beispielsweise auf die Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilungen usw.) der Tarifparteien zurückgeführt werden. Aber auch unabhängig von den Kommunikationsaktivitäten von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften schenken Journalisten verschiedenen Tarifkonflikten unterschiedlich viel Aufmerksamkeit. Dies könnte darin begründet sein, dass sie ihre potenziellen Leser in unterschiedlichem Ausmaß durch die Arbeitskampfmaßnahmen betroffen sehen. Ziel der Untersuchung war es zu prüfen, inwiefern sich derlei Vorüberlegungen auch tatsächlich in der Berichterstattung finden. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

¹ Eine solch umfangreiche Untersuchung wäre ohne den tatkräftigen Einsatz unserer studentischen Hilfskräfte nicht möglich gewesen. Wir möchten uns daher herzlich bei Christiane Eichenauer, Nicole Ioussim, Andrea Kallenberg, Marco Krummel sowie Ann-Kathrin Oster für ihren Einsatz bei der Codierung der Medieninhalte und Pressemitteilungen bedanken. Ein besonderer Dank gilt Robin Riemann, der uns von Beginn an in vielerlei Hinsicht, wie etwa bei der Organisation der Studie und der intensiven Datenrecherche sowie beim konzeptionellen Feinschliff, unterstützt hat.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Tarifparteien unterscheidet sich in ihrer jeweiligen Medienorientierung.

- Die Gewerkschaften veröffentlichen mehr Pressemitteilungen, liefern Journalisten mehr direkte Zitate und orientieren sich auch stilistisch an den journalistischen Selektionskriterien: Sie betonen die Konflikthaftigkeit, formulieren in emotionaler Sprache und stellen stärker als die Arbeitgeberverbände Einzelpersonen und deren Handeln in den Fokus ihrer Pressemitteilungen.
- Die Arbeitgeber bemühen sich vor allem in den heißen Konfliktphasen um öffentliche Aufmerksamkeit und reagieren auf die medienwirksamen Protestaktionen der Arbeitnehmerseite mit einer größeren Zahl an Pressemitteilungen.
- Der Vergleich zwischen dem Inhalt der Pressemitteilungen und der Berichterstattung deutet darauf hin, dass es den Gewerkschaften offensichtlich gelingt, mit medienwirksamen Aktionen Medienaufmerksamkeit zu generieren. Doch werden auch die von den Arbeitgebern thematisierten Konsequenzen des Tarifkonflikts in den Medien aufgegriffen. Insgesamt zeichnet die Berichterstattung über alle Medien hinweg jedoch ein recht ausgeglichenes Bild.

Unterschiede in der Berichterstattung zeigen sich entlang konfliktspezifischer Faktoren.

- Besonders Tarifkonflikte, bei denen Journalisten aufgrund der Dauer und Intensität

eine hohe Betroffenheit der Bevölkerung unterstellen, finden in größerem Maße mediale Beachtung. Auch werden die Ursachen und Folgen dieser Tarifauseinandersetzungen stärker kontrovers diskutiert.

- Bei Tarifkonflikten mit unterstellter niedriger und mittlerer Betroffenheit werden die Anliegen der Arbeitnehmer häufiger erläutert. Dagegen werden bei Tarifkonflikten mit höherer Betroffenheit die Einschränkungen von Privatkunden verstärkt thematisiert.
- Ein Großteil der Berichterstattung entfällt auf die Phase des offenen Tarifkonfliktes, während Früh-, Verhandlungs- und Einigungsphasen weniger mediale Resonanz erzeugen. In dieser Konfliktphase werden insbesondere die Konsequenzen für die Verbraucher – meist negativ – beschrieben.

Journalisten orientieren sich in der Berichterstattung an den vermeintlichen Interessen des Zielpublikums.

- Für die untersuchten Boulevardzeitungen scheinen nahezu ausschließlich jene Tarifkonflikte relevant zu sein, die mit einer hohen Betroffenheit für die Endverbraucher einhergehen. Bei ihnen dominiert eine ereigniszentrierte Darstellung der Tarifkonflikte, und die Konsequenzen, die sich aus dem Tarifkonflikt für potenzielle Leser ergeben, rücken in den Fokus der Berichterstattung. Zudem ist deren Grundtenor im Vergleich zu den überregionalen Qualitätszeitungen deutlich negativer.
- Die überregionalen Qualitätszeitungen zeigen allerdings ebenfalls Anzeichen von

Boulevardisierung, da sie nicht selten den Konfliktcharakter der Tarifeinordnungen betonen; sie bilden allerdings ebenso wie die Nachrichtenagentur *dpa* ein deutlich breiteres Spektrum an Themen und Forderungen der Tarifparteien ab.

Die Berichterstattung der Tageszeitungen unterscheidet sich entlang ihrer politischen Ausrichtung, der sogenannten redaktionellen Linie.

- Die liberalen Medien schreiben der Arbeitgeberseite in höherem Maße die Verantwortung für eine Beilegung der Tarifkonflikte zu und betonen vermehrt die Konsequenzen für die Arbeitnehmerseite, während die konservativen Zeitungen eher die Arbeitnehmer bei der Beilegung der Konflikte in der Pflicht sehen.
- Die Gewerkschaften selbst sowie deren Forderungen werden über beide Medienlager hinweg deutlich negativer bewertet als die Arbeitgeberseite, was darauf hindeutet, dass die politische Orientierung der libe-

ralen/konservativen Medien zugunsten der Arbeitnehmer/Arbeitgeber die Berichterstattung nur in begrenztem Maße prägt.

In der Gesamtschau unterstreicht die Analyse die Bedeutsamkeit von medienimmanenten sowie konflikt-spezifischen Faktoren in der Berichterstattung über Tarifpolitik. Insbesondere der Fokus der Journalisten auf Konfliktmomente sowie Tarifkonflikte, denen sie eine breite Betroffenheit der allgemeinen Bevölkerung unterstellen, schlägt sich deutlich in der Medienrealität nieder. Zwischen den verschiedenen Medien zeigen sich zwar Unterschiede, jedoch stellt sich die Berichterstattung über Tarifpolitik in Deutschland insgesamt als ausgeglichen und moderat dar.

In der vorliegenden Untersuchung konnten zahlreiche Facetten der Medienrealität herausgearbeitet werden, die das öffentliche Bild der Tarifpolitik prägen und somit auch das Handeln von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in modernen Gesellschaften beeinflussen.

1 Einleitung

1.1 Aktueller und theoretischer Hintergrund der Studie

Wirkungen der Medienberichterstattung

„Der Größen-Bahnsinnige“, so betitelte die *Bild-Zeitung* (2014) Claus Weselsky, den Bundesvorsitzenden der Lokführergewerkschaft GDL. Im Anschluss veröffentlichten die *Bild*-Journalisten die Telefonnummer seines Büros und stellten ihn in weiteren Berichten an den Pranger des Boulevards. Er selbst wiederum beklagt eine „Pogromstimmung gegen die GDL“ (Der Tagesspiegel 2014), wobei die Angemessenheit dieses Vergleichs zum Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse wurde. Die jüngsten Tarifaueinandersetzungen von Lokführern und Piloten haben in den Medien eine hitzige Debatte über die Legitimation und Verhältnismäßigkeit von Arbeitskämpfen in der Bundesrepublik entfacht. Da die massenmediale Darstellung das Realitätsbild vieler Menschen prägt, beeinflussen die – dort zum Teil kontrovers geführten – Diskussionen, wie die Bürger in der Bundesrepublik Tarifkonflikte wahrnehmen und beurteilen (Koch-Baumgarten 2013; Tenscher 2006).

In der Konsequenz kann die Berichterstattung der Journalisten über Tarifkonflikte auch einen Einfluss auf den Verlauf und das Ergebnis der Tarifverhandlungen selbst nehmen, indem sie die öffentlich legitimierbaren Handlungsoptionen verändert und somit den Entscheidungsprozess in der Verhandlungsarena einengt oder erweitert (Kriesi 2003). Überdies zeigt Flynn (2000) in seiner Studie zu Determinanten, die die Streikdauer beeinflussen, dass ein hohes Maß an Medienaufmerksamkeit

vor einem Tarifkonflikt einen Einfluss auf die Streikdauer hat, d. h., je mehr berichtet wurde, desto länger wurde (unabhängig von anderen Einflussfaktoren) gestreikt. Neben solchen kurzfristigen Wirkungen kann die Medienberichterstattung auch langfristig das politisch-kulturelle Legitimationsumfeld für gesellschaftliche Akteure beeinflussen (Koch-Baumgarten 2013): So zeigte Maurer (2003) in einer Studie zur Politikverdrossenheit als Folge der Medienberichterstattung, dass die kumulative negative Darstellung politischer Ereignisse zu negativeren Einstellungen gegenüber der Politik führt. Zu ähnlichen Erkenntnissen gelangt Schmidt (1993) in Bezug auf die Tarifpolitik in den USA: Der starke Fokus auf Konflikte in der Berichterstattung über Gewerkschaften hatte einen Effekt auf die öffentliche Stimmung gegenüber den Gewerkschaften – insbesondere bei solchen Menschen, die keine gruppenmäßige Verbindung zu Gewerkschaften hatten (z. B. über eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder einer gewerkschaftsnahen Partei).

Diese kurzfristigen wie langfristigen Wirkungen der Medienberichterstattung auf die öffentliche Wahrnehmung und den Verlauf von tarifpolitischen Auseinandersetzungen erscheinen vor allem vor dem Hintergrund zentral, dass die Berichterstattung der Massenmedien kein Spiegel der Wirklichkeit ist (Lippmann 1922). Vielmehr ist die Darstellung realer Ereignisse in den Medien von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Diese gilt es näher zu betrachten.

Zur journalistischen Auswahl von Nachrichten gibt es unterschiedliche Theorien. Ein zentraler Ansatz ist die Nachrichtenwerttheorie.

Diese postuliert, dass Journalisten Ereignisse anhand mehr oder weniger objektiver Ereignismerkmale, der sogenannten Nachrichtenfaktoren, auswählen (Galtung/Ruge 1965). Zu ihnen zählen unter anderem Negativität, Personalisierung, kulturelle und zeitliche Nähe, Konflikthaltigkeit, Status der Akteure und Reichweite eines Ereignisses. Je mehr solcher Faktoren auf ein Ereignis zutreffen und je stärker diese ausgeprägt sind, desto wahrscheinlicher wird, dass berichtet wird, und desto prominenter wird dieses Ereignis in den Medien behandelt (Kepplinger/Bastian 2000). So berichten Journalisten beispielsweise eher über aktuelle, negative und konflikthaltige Ereignisse, an denen prominente Einzelpersonen beteiligt und die potenziell für große Teile der Gesellschaft relevant sind.

Darüber hinaus haben institutionelle bzw. organisationale Einflüsse Auswirkungen auf die Nachrichtenauswahl und -produktion (Breed 1955). Untersuchungen zeigen, dass die redaktionelle Linie eines Mediums die Berichterstattung beeinflussen kann. Die Selektion und Gestalt einer Nachricht erfolgt nach formellen und informellen Redaktionsnormen. Die politische Ausrichtung eines Mediums bestimmt unter anderem die Position, die ein Medium bei gesellschaftlich relevanten Themen einnimmt, und die Darstellung und Bewertung der beteiligten Akteure (Dybski u. a. 2010; Neidhardt/

Eilders/Pfetsch 2004; Maurer/Reinemann 2006; Schönbach 1977). Journalisten orientieren sich zudem an den vermeintlichen Erwartungen der anvisierten Rezipientengruppe des Mediums, für das sie tätig sind. Entsprechend kann die Akzentuierung der Nachrichtenfaktoren zwischen verschiedenen Medien variieren. Beispielsweise sind bestimmte Nachrichtenfaktoren wie die Prominenz der beteiligten Personen oder die Negativität des Geschehens für die Nachrichtenauswahl der Boulevardmedien bedeutsamer als für die überregionalen Qualitätszeitungen (Kepplinger/Ehmig 2006). Schließlich beeinflussen auch die persönlichen Eigenschaften der Journalisten die Ausgestaltung der Medieninhalte. Insbesondere ihr individuelles Rollenverständnis sowie ihre persönlichen Werthaltungen und Einstellungen, aber auch Erfahrungen im sozialen Umfeld haben Auswirkungen auf die Aufbereitung von Themen (Preston 2009; Hanitzsch 2009; Shoemaker/Reese 1996).

Die in Zeitungen und Zeitschriften publizierten Artikel sind das Ergebnis all dieser Einflüsse; sie bilden die Basis für die öffentliche Wahrnehmung in unserem Fall eines Arbeitskampfes sowie der beiden Tarifparteien und ihrer Argumente. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände² sind auf die Massenmedien angewiesen, da deren Berichterstattung es ermöglicht, Öffentlichkeit sowie Politik

Journalistische Auswahlkriterien

² Im Rahmen dieser Studie werden häufig die Begriffe Arbeitgeberverband und Gewerkschaften verwendet, wenn in Aussagen über Tarifkonflikte im Allgemeinen derjenige Tarifakteur gemeint ist, der die Interessen der entsprechenden Seite vertritt. Unter diese Sammelbegriffe fallen dann nicht nur Verbände im eigentlichen Sinne, sondern auch Unternehmen, die in einzelnen Konflikten die Arbeitgeberseite vertreten, oder aber mehrere Verbände, die sich gemeinsam für die Interessen einer Seite einsetzen. Diese Pauschalisierung erfolgt zugunsten einer eingängigeren Darstellung. Bei Aussagen zu einzelnen Tarifkonflikten wird die präzise Bezeichnung der einzelnen Akteure vorgezogen.

von ihren Forderungen zu überzeugen und den Rückhalt bei den eigenen Mitgliedern sowie öffentliche Unterstützung sicherzustellen (Arlt 1998; Hackenbroch 1998; Preusse/Zielmann 2010; Speth 2010; Weißels 2003). Vor diesem Hintergrund versuchen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ihren jeweiligen Standpunkt darzulegen, indem sie über gezielte Öffentlichkeitsarbeit an die Journalisten herantreten. Ziel solcher Kommunikationsbemühungen ist es, die spezifischen Situationsdeutungen, Argumente und Interpretationen möglichst unverzerrt in der Medienberichterstattung über einen Tarifkonflikt unterzubringen, so dass die Geschehnisse aus einer für die eigenen Ziele günstigen Perspektive betrachtet und interpretiert werden. Es lässt sich vermuten, dass die zuvor beschriebenen Einflussfaktoren der Medienberichterstattung für den Erfolg der Kommunikationsziele von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden entscheidend sind (Schweiger 2013). So werden Aussagen oder Pressemitteilungen überproportional häufig von Journalisten aufgegriffen, wenn diese beispielsweise negativ formuliert sind und damit den Nachrichtenfaktor „Negativität“ erfüllen (Jost u. a. 2015; Kepplinger/Maurer 2004).

Konfliktspezifische und medienimmanente Einflüsse

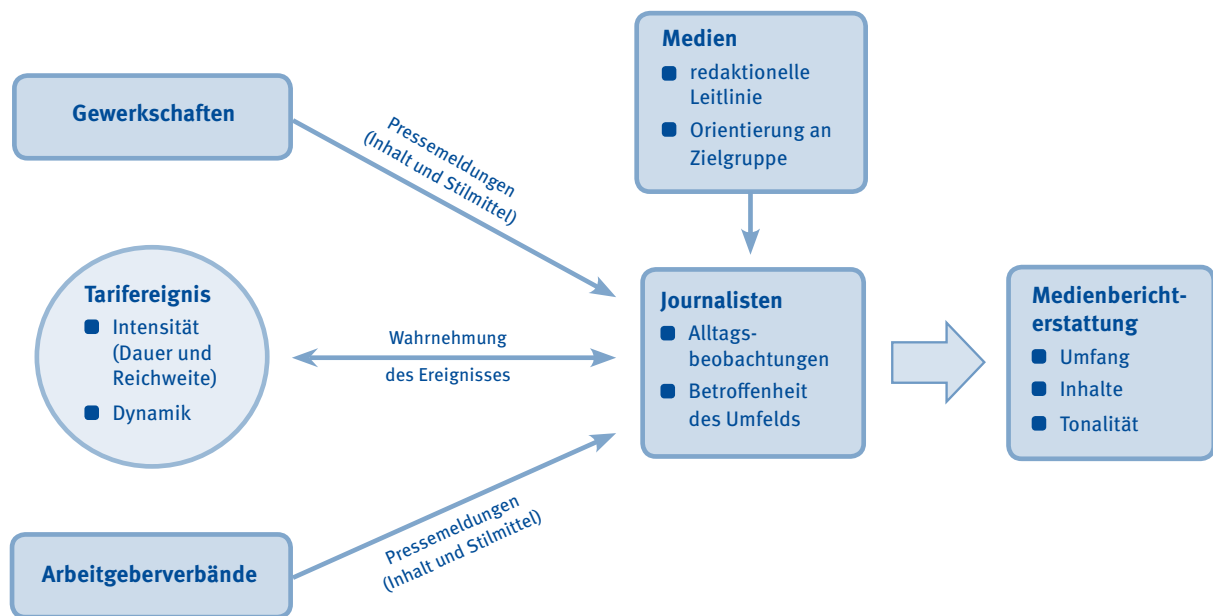
Unklar ist allerdings, welchen spezifischen Einfluss die *Kommunikationsbemühungen* und *konfliktspezifischen* Faktoren (z.B. die Art der beteiligten Akteure, die Reichweite von Arbeitsk Kampfmaßnahmen) einerseits und *medienimmanente* Aspekte (z.B. Art des Mediums, redaktionelle Linie) andererseits auf den *Umfang*, die *Inhalte* und die *Tonalität* der Berichterstattung über Tarifkonflikte aus-

üben. Die Forschung zur Berichterstattung der Medien über Tarifkonflikte ist vor allem durch eine isolierte Betrachtung einzelner – meist herausragender – Tarifaueinandersetzungen vorwiegend aus dem angelsächsischen Raum geprägt (z.B. Douglas 1986; Gunster 2008; Knight 2001; Tracy 2006). Die im deutschen Sprachraum existierenden Analysen beschränken sich ebenfalls auf Einzelfälle (z.B. Koch-Baumgarten 2013). Ein solches Vorgehen ist zielführend, um die spezifischen Mechanismen in einzelnen Tarifkonflikten zu identifizieren. Allerdings erlaubt nur eine konfliktübergreifende Auseinandersetzung mit der Thematik generelle Aussagen über den Einfluss konflikt- und medienpezifischer Merkmale auf die Medienberichterstattung über Tarifkonflikte.

So konnte bislang nur vermutet werden, weswegen über einige Tarifkonflikte umfangreich berichtet wird, während anderen kaum mediale Beachtung zuteil wird, warum manche Argumente und Lösungsvorschläge prominent diskutiert werden, während andere hingegen in der Berichterstattung untergehen. Unbeantwortet ist auch, aus welchen Gründen Medien einige Tarifkonflikte negativ kommentieren, während sie für andere Verständnis zeigen. Darüber hinaus fehlt bis dato die systematische Verknüpfung einer Analyse der arbeitgeber- und arbeitnehmerseitigen Kommunikationsstrategien einerseits und der Medienberichterstattung andererseits (Ausnahme: Hackenbroch 1998). Die vorliegende Studie sucht diese Lücken zu schließen. Dazu sollen zunächst relevante *Kommunikationsmuster der Tarifparteien* während der heißen Phase

Abbildung 1.1:

Einflussfaktoren auf die mediale Berichterstattung über Tarifkonflikte



des Arbeitskampfes identifiziert werden. Anschließend gilt es herauszufinden, wie die Medien über die Tarifkonflikte berichten. Es soll aufgezeigt werden, ob und wie verschiedene *streikspezifische* und *medienimmanente* Faktoren auf die Berichterstattung wirken. Im folgenden Abschnitt werden die Forschungsannahmen konkretisiert und erläutert.

1.2 Zentrale Fragestellungen und Zielsetzung der Untersuchung

Der analytische Rahmen der geplanten Studie erstreckt sich dabei vom eigentlichen Tarifereignis und den daran beteiligten Akteuren (Ge-

werkschaften und Arbeitgeberverbänden) über die Medien und Journalisten bis hin zum Endprodukt der Medienberichterstattung, den veröffentlichten Medienbeiträgen (siehe Abb. 1.1).

Kommunikationsstrategien der Tarifparteien

Als mögliche Informationsquellen für Journalisten sind die Pressemitteilungen der Tarifparteien von zentraler Bedeutung. Daher wird zunächst die Kommunikation der beteiligten Tarifakteure auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite – ihre Pressemitteilungen während eines Arbeitskampfes – analysiert (siehe Kap. 3.1). Hierbei kann zwischen dem *Inhalt* und den *Stilmitteln* der Kommunikation unterschieden

werden. Von Interesse ist zum einen, welche Themen gesetzt, welche Deutungsmuster von den Tarifparteien verwendet und welche Lösungsvorschläge angeboten werden. Da die Tarifakteure bestrebt sind, eine möglichst positive Resonanz für ihre Positionen und Botschaften in den Massenmedien zu erzeugen, erscheint es erfolversprechend, den eigenen Kommunikationsstil an den Selektionskriterien der Medien auszurichten (Mazzoleni/Schulz 1999; Preusser/Zielmann 2010). So können die Akteure etwa versuchen, mit personalisierten oder auf negative Aspekte fokussierten Aussagen die Selektionsschranken der Medien zu passieren. Gerade im Kontext von Konflikten hat sich in der Vergangenheit jedoch gezeigt, dass Journalisten nur begrenzt auf externen Kommunikationsinput (in diesem Fall der Tarifparteien) zurückgreifen und verstärkt auf eigene Recherche setzen (Barth/Donsbach 1992). Ausgehend von dieser Beobachtung sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie medienorientiert kommunizieren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände im Vergleich?
- Welche Parallelen lassen sich zwischen den Kommunikationsbemühungen der Tarifparteien und der Medienberichterstattung über Tarifkonflikte identifizieren?
- Welche Tarifpartei erfährt in der massenmedialen Berichterstattung mehr Resonanz?

Berichterstattungsmuster in verschiedenen Tarifkonflikten und Konfliktphasen

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass die Mediendarstellung von Tarifpolitik zum einen

durch einen Fokus auf prominente Tarifausinandersetzungen und Akteure geprägt ist (Krüger 2015; Krüger/Zapf-Schramm 2012) und zum anderen insbesondere konfliktreiche Phasen in den Blick nimmt (Schmidt 1993). Davon ausgehend, erscheint es plausibel, dass Nachrichtenfaktoren wie Reichweite (z. B. Ausmaß der Betroffenheit durch potenzielle Arbeitskämpfmaßnahmen) und Konflikthaltigkeit sowie Prominenz eine zentrale Rolle in der Berichterstattung über Tarifkonflikte spielen (Tenscher 2006). Es bleibt jedoch unklar, wie sich die Medienberichterstattung entlang dieser Faktoren unterscheidet. Ziel ist es darum, spezifische Muster der Berichterstattung aufzudecken, die sich durch die Besonderheiten und Phasen der jeweiligen Tarifkonflikte erklären lassen (siehe Kap. 3.2).

- Welche Unterschiede zeigen sich in der Medienberichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte?
- Wie unterscheidet sich die Medienberichterstattung über verschiedene Phasen im Tarifkonflikt?

Medienberichterstattung nach Gattung und Lager

Schließlich prägen nicht nur konfliktsspezifische, sondern auch medienimmanente Faktoren die Berichterstattung. So könnte die politische Ausrichtung der Medienhäuser, die sogenannte Leitlinie, dazu führen, dass die Berichterstattung zugunsten einer Seite verzerrt ist. Bisherige Studien zeigen, dass sich die Berichterstattung über Verbände (Hackenbroch 1998), gesellschaftliche Mitbestimmung (Kühne 2011)

oder über einzelne Tarifaueinandersetzungen (Knight 2001) entlang der politischen Ausrichtung der Medien unterscheidet: Linke bzw. liberale Medien tendieren dazu, die Arbeitnehmerseite günstiger darzustellen, während konservative Medien eher die Arbeitgeberseite begünstigen. Zudem lassen sich Medien hinsichtlich des Qualitätsanspruchs ihrer Berichterstattung unterteilen: Den Boulevardmedien wird eine ereigniszentrierte, emotionalisierte Berichterstattung zugeschrieben, die sich am Unterhaltungsbedürfnis ihrer Leserschaft orientiert (Leidenberger 2015; Lünenborg 2013). Demgegenüber wird den überregionalen Qualitätsmedien eine faktenorientierte, von Hintergrundinformationen und Themenvielfalt geprägte Berichterstattung nachgesagt. Es ist zu prüfen, ob sich diese Unterschiede auch in der Berichterstattung über Tarifkonflikte zeigen. Daher gilt es, folgende Fragen zu klären:

- Unterscheiden sich die verschiedenen Mediengattungen in ihrer Berichterstattung über die ausgewählten Tarifkonflikte?
- Hat die redaktionelle Linie eines Mediums einen Einfluss darauf, wie über Tarifkonflikte berichtet wird?

Die dargelegten Forschungsziele zum Einfluss der Kommunikationsbemühungen der Tarifpartner und der konfliktspezifischen sowie medienimmanenten Faktoren auf die Medienberichterstattung über Tarifkonflikte wurden anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse untersucht. Hierzu wurde die mediale Darstellung von elf ausgewählten Tarifkonflikten in der jüngeren Vergangenheit in den Blick genommen. Um ein möglichst umfangreiches Abbild der Medienrealität zu erhalten, wurde ein breites Mediensample – von Boulevardzeitungen über nationale Qualitätszeitungen mit unterschiedlicher redaktioneller Ausrichtung, überregionale Wochenzeitungen und -zeitschriften bis hin zu den Meldungen einer Nachrichtenagentur – analysiert. Schließlich erfolgte eine Verknüpfung mit den Kommunikationsinhalten der Tarifakteure, indem auch die konfliktbezogenen Pressemitteilungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in die Untersuchung mit einfließen. Im Folgenden wird zunächst das methodische Design der vorliegenden Studie vorgestellt, bevor eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse erfolgt.

2 Methode und Design

Ziel der Studie ist es, Faktoren, die die Berichterstattung über Tarifkonflikte beeinflussen, systematisch zu untersuchen, um die bisherigen einzelfallbezogenen Analysen von Berichterstattungsmustern durch eine übergreifende Betrachtung zu ergänzen. Die Inhalte der Medienberichterstattung wurden mittels quantitativer Inhaltsanalyse erfasst. Diese empirische Methode erlaubt es, formale und inhaltliche Merkmale von Botschaften systematisch zu erheben (Früh 2011). Somit können Muster in der Berichterstattung identifiziert und verglichen werden. Im folgenden Abschnitt werden das Design und das Vorgehen der Untersuchung dargelegt.

2.1 Auswahl der Tarifkonflikte

Die für die vorliegende Studie ausgewählten Tarifaufeinandersetzungen sollten ein möglichst breites Spektrum von Branchen (Transport, Gesundheit, Kommunikation, Metall, Medien, Bank- und Versicherungswesen sowie Gebäudereiniger) und beteiligten Tarifakteuren (siehe Tab 2.1) abdecken. Innerhalb der Branchen werden zudem verschiedene Berufsgruppen berücksichtigt, womit die Vielfalt der untersuchten Tarifkonflikte weiter erhöht wird. Zudem sollten die Tarifkonflikte hinsichtlich der durch die Journalisten wahrgenommenen Betroffenheit der Bevölkerung und damit potenzieller Leser variieren. Angenommen wird, dass sich die von den Journalisten zugeschrie-

bene Betroffenheit zusammensetzt aus dem Grad der Beeinträchtigung der Rezipienten im Alltag, der Anzahl der von Arbeitskampfmaßnahmen tangierten Menschen und der Dauer dieser Beeinträchtigungen. Da Tarifaufeinandersetzungen erst dann zu Konsequenzen für Dritte führen können, wenn sie Arbeitskampfmaßnahmen beinhalten, wurden nur solche Konflikte berücksichtigt, in deren Verlauf Warnstreiks oder Streiks stattfanden.

Nach den genannten Kriterien wurden elf Tarifkonflikte der vergangenen Jahre für die Untersuchung ausgewählt und diese entsprechend der potenziellen Betroffenheit kategorisiert (siehe Tab. 2.1). Zu den Tarifaufeinandersetzungen mit *unterstellter geringer Betroffenheit* zählen die beiden Tarifkonflikte der Redakteure. So wurde sowohl 2004 als auch 2011 mehrmals die Arbeit niedergelegt, allerdings erschienen die von den Warnstreiks und Streiks betroffenen Zeitungen in reduziertem Umfang weiterhin. Die entstandenen Beeinträchtigungen können durch die Substituierbarkeit (andere Zeitungen, andere Medien) als gering eingeschätzt werden. Weiter wurde der Tarifkonflikt der Gebäudereiniger (2009) in die Analyse einbezogen. Trotz Streiks, die sich über insgesamt zehn Arbeitstage erstreckten, waren die Einschränkungen für die Mehrheit der Bevölkerung überschaubar. Ebenso verhält es sich mit den Tarifrunden der Versicherungsangestellten und Finanzberater (2011) sowie dem Tarifkonflikt der Bankangestellten (2012):³

³ Im Rahmen der Datenerfassung für diese Studie zeigte sich, dass die beiden genannten Tarifaufeinandersetzungen in der Medienberichterstattung nur eine marginale Rolle spielten (siehe unten). Infolgedessen wurden diese beiden Konflikte im Rahmen der weiteren Betrachtung nicht mehr berücksichtigt.

Tabelle 2.1:

Untersuchte Tarifkonflikte (nach Betroffenheitsgrad)

Branche	Arbeitnehmer	Arbeitgeberverband	Gewerkschaft	Tarifvertragsende	Einigung
geringe Betroffenheit					
Medien	Redakteure	BDZV	DJU/DJV-Ver.di	30.06.2003	25.02.2004
Gebäudereinigerhandwerk	Gebäudereiniger	BIV	IG Bau	30.09.2009	29.10.2009
Medien	Redakteure	BDZV	DJU-Ver.di/DJV	30.06.2010	18.08.2011
Finanzen	Versicherungsangestellte & Finanzberater	AGV	DBV/Ver.di	31.03.2011	21.07.2011
Telekommunikation	Telekom-Mitarbeiter	Telekom AG	DPVKOM/Ver.di	31.12.2010	26.03.2011
Finanzen	Bankangestellte	AGV/VÖB	Ver.di	28.02.2012	06.06.2012
Metallindustrie	Metallarbeiter	AG Gesamtmetall	IG Metall	31.12.2014	24.02.2015
mittlere Betroffenheit					
Gesundheit	Ärzte	VKA	Marburger Bund	31.12.2009	09.06.2010
Transport	Bodenpersonal	Lufthansa	Ver.di	31.01.2013	01.05.2013
hohe Betroffenheit					
Transport	Piloten	Lufthansa	Cockpit	31.12.2013	läuft noch
Transport	Lokführer	Bahn	Transnet/GDL	30.06.2014	30.06.2015

Quelle: WSI-Tarifarchiv und eigene Recherche

Diese beiden Berufsgruppen verliehen ihren Forderungen mit vereinzelt Warnstreiks über mehrere Wochen hinweg Nachdruck. Dennoch sind auch hier die zu unterstellenden Konsequenzen eher gering: Einerseits war der Betrieb nur in ausgewählten Unternehmen beeinträchtigt und essenzielle Dienstleistungen wie die Verfügbarkeit von Bargeld blieben unberührt; der potenzielle Kreis der Kunden, deren beanspruchte Dienstleistung ausfiel oder verscho-

ben werden musste, war eher klein. Ähnliche Konsequenzen können dem Tarifkonflikt der Telekom-Mitarbeiter (2011) attestiert werden. Auch hier blieben grundlegende Leistungen wie beispielsweise das Funktionieren der Telefon- und Datennetze unberührt, weswegen die Journalisten kaum Beeinträchtigungen für die Endverbraucher unterstellt haben dürften. Auch der Tarifkonflikt in der Metallbranche (2015) scheint kaum mit Konsequenzen für die

*Betroffenheit
als Unterscheidungs-
kriterium*

allgemeine Bevölkerung verbunden gewesen zu sein. Zwar legten rund 870.000 Arbeitnehmer die Arbeit zu Warnstreiks nieder, allerdings fielen auch hier die Beeinträchtigungen für Endverbraucher sehr gering aus.

Zur Gruppe mit *unterstellter mittlerer Betroffenheit* zählt die Tarifausschließung zwischen dem Marburger Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) (2010). Zwar waren von der Reduzierung der Gesundheitsversorgung in dem dreiwöchigen Streik nur wenige Menschen direkt betroffen – allerdings wiegt die potenzielle Betroffenheit in einem existenziellen Lebensbereich schwerer als beispielsweise im Fall einer im geringeren Umfang erscheinenden Zeitung oder eines verschobenen Beratungstermins bei einem Finanzdienstleister. Der Ausstand des Bodenpersonals bei Lufthansa (2013) führte zu massiven Beeinträchtigungen im Flugverkehr und hatte direkte Konsequenzen für Passagiere: An zwei Warnstreiktagen mussten Flüge für Tausende Reisende abgesagt oder verschoben werden.

Und schließlich gibt es Tarifkonflikte, aus denen sich nicht nur umfassende Beeinträchtigungen im Alltag ergeben, sondern die auch über einen vergleichsweise langen Zeitraum andauern. Diese Tarifausschließungen bilden die Gruppe der Konflikte mit *unterstellter hoher Betroffenheit*. So ist der Tarifkonflikt der Lufthansa-Piloten (ab 2014) im Gegensatz zu den zeitlich begrenzten Arbeitsniederlegungen des Bodenpersonals von zahlreichen immer wiederkehrenden Arbeitsniederlegungen gekennzeichnet. Durch die Dauer des Konflikts kumulieren sich die Eintrittswahrscheinlich-

keit von Arbeitskämpfmaßnahmen sowie die dadurch entstehenden Beeinträchtigungen für potenziell Betroffene. Ähnlich gelagert ist die Tarifausschließung zwischen der Deutschen Bahn und den Lokführern (2014-2015). Letztere verliehen ihren Forderungen durch zahlreiche teils mehrtägige Streiks Nachdruck. In der Folge saßen täglich Millionen Pendler auf den Bahnsteigen fest oder mussten auf andere Verkehrsmittel ausweichen.

2.2 Überblick über die untersuchten Inhalte

Die von den Tarifparteien veröffentlichten Pressemitteilungen sowie die mediale Berichterstattung über die ausgewählten Tarifkonflikte wurden, wie bereits erwähnt, mit einer quantitativen Inhaltsanalyse erfasst. Diese Methode ermöglicht es, Textbotschaften systematisch zu untersuchen. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Komplexität einer großen Menge an Textbotschaften (z. B. sehr umfangreiche Berichterstattung mit mehreren Hundert Artikeln) auf Kernelemente zu reduzieren, um sie analysieren zu können (z. B. Was waren die zentralen Themen und Akteure? Wie war der Gesamtton der Berichterstattung?) (Rössler 2010). Die Codierung der Texte, d. h. die Erfassung der Inhalte von Pressemitteilungen und Artikeln, erfolgte durch fünf geschulte Codierer. Diese wurden über mehrere Wochen im Umgang mit dem Codebuch vertraut gemacht, in dem festgelegt wird, welche Merkmale der Pressemitteilungen und Inhalte erfasst werden sollen. Auf diese Weise kann eine möglichst

hohe Übereinstimmung beim Codieren der Inhalte und damit eine entsprechend verlässliche Datenqualität gewährleistet werden.

Die Pressemitteilungen wurden analysiert, um relevante inhaltliche Positionen und Deutungsmuster der Tarifparteien auf der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite zu erfassen. Zwar bedienen sich die Tarifakteure in ihrer Kommunikation sehr vielfältiger Formate und Kanäle (Plakate, Videos, Kundgebungen, Flyer usw.), jedoch richten sich diese nicht primär an Journalisten, sondern vor allem an Mitglieder bzw. an vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer, und es werden auch nicht alle Kanäle von allen Tarifparteien bespielt. Pressemitteilungen dagegen sind – neben informellen Gesprächen – das zentrale Instrument zur Kommunikation mit Journalisten (Arlt 1998; Preusse/Zielmann 2010), das beide Tarifparteien über alle untersuchten Konflikte hinweg nutzten. Zwar unterscheidet sich die Art und Weise der Kommunikation in den verschiedenen Kanälen (z. B. informellere Ansprachen in den sozialen Netzwerken im Vergleich zu einem formelleren Stil in den Pressemitteilungen), jedoch kann davon ausgegangen werden, dass in den Pressemitteilungen alle relevanten Inhalte und Positionen transportiert werden. Dies wurde in Telefoninterviews mit Experten der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite bestätigt.

Um ein möglichst repräsentatives Abbild der deutschen Medienlandschaft zu erhalten,

wurden fünf überregionale Qualitätszeitungen (*Welt*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung*, *Die Tageszeitung*), zwei Boulevardzeitungen (*Bild*, *Berliner Kurier*) sowie das *Handelsblatt* als Wirtschafts- und Finanzzeitung analysiert. Weiter umfasst die Analyse zwei Wochenzeitschriften (*Spiegel*, *Focus*) sowie die Wochenzeitung *Die Zeit*.⁴ Zudem wurde mit der *Deutschen Presse-Agentur – dpa* die Presseagentur mit dem größten Marktanteil in Deutschland (Goldmedia 2011), deren Meldungen die Basis der Berichterstattung für zahlreiche Regionalzeitungen bilden (Hagen 1995), in das Sample aufgenommen.

Der Untersuchungszeitraum für die Inhaltsanalyse von Pressemitteilungen sowie der Berichterstattung beginnt vier Wochen vor der Kündigung des Tarifvertrages und endet eine Woche (bzw. acht Tage, um die Ausgabe von Wochenzeitungen/Magazinen einbeziehen zu können) nach der Einigung der Tarifkontrahenten. Die Analyse der Inhalte erfolgte auf der Ebene von Artikeln (zusammenhängende Beiträge unter einer Überschrift) und Pressemitteilungen (alternativ wäre beispielsweise eine Analyse auf der Ebene der einzelnen Aussagen in einem Artikel möglich gewesen). Bei Meldungen, die gemeinsam mit Meldungen zu anderen Themen in den Datenbanken der Medien geführt werden (z. B. alle aktuellen Meldungen aus dem Politikressort an einem Erscheinungstag), wurde nur

Deutungsmuster und Positionen in Pressemitteilungen

⁴ Die überregionalen Wochenzeitschriften und -zeitungen (*Spiegel*, *Focus*, *Zeit*) wurden aus theoretischen Gründen in die Auswahl der zu untersuchenden Medien aufgenommen. Im Rahmen der Datenerfassung zeigte sich allerdings, dass diese nur in sehr geringem Umfang über die ausgewählten Tarifkonflikte berichteten (siehe Tab. A1 im Anhang). Da die Fallzahl für eine Analyse auf quantitativ-statistischer Basis zu gering war, wurde auf eine weitergehende Betrachtung dieser Medien verzichtet.

derjenige Abschnitt codiert, der sich zweifelsfrei auf einen der ausgewählten Tarifkonflikte bezog. Der Tarifkonflikt zwischen der Vereinigung Cockpit und der Lufthansa wurde bis zum 31. August 2015 erfasst. Dieses Datum markiert zugleich das Ende des Erhebungszeitraums der vorliegenden Studie.

Auswahl der Pressemitteilungen und Artikel

Die Artikel und Pressemitteilungen für diese Untersuchung wurden in einem zweistufigen Verfahren ausgewählt. Alle Pressemitteilungen zu den ausgewählten Tarifkonflikten, die in der definierten Zeitspanne veröffentlicht wurden, wurden von den Webseiten der Tarifpartner bezogen. Die entsprechenden Artikel wurden anhand von Suchbegriffen in den Datenbanken *LexisNexis*, *Wiso* und den Online-Archiven von FAZ, SZ sowie in der Datenbank des *dpa*-Basisdienstes gesucht. In einem zweiten Schritt wurde das Ergebnis der Datenbank- und Online-Archiv-Recherche (Artikel plus Pressemitteilungen) anhand eines inhaltlichen Kriteriums bereinigt: Ziel war es, Artikel und Pressemitteilungen zu identifizieren, deren Gegenstand zweifelsfrei der ausgewählte Tarifkonflikt im entsprechenden Zeitraum war. Hierzu wurden Überschrift, Unterzeile sowie der Fließtext daraufhin geprüft, ob auf die entsprechende Tarifaueinandersetzung substantiell Bezug genommen wurde (nicht einbezogen wurden Artikel/Pressemitteilungen, in denen einer der Tarifkonflikte nur beiläufig erwähnt wurde). Kriterien waren die Benennung des entsprechenden Arbeitskampfes (z. B. Metallstreik), die Erwähnung der beteiligten Tarifparteien (z. B. IG Metall und Gesamtmetall) und/oder die Branche (Metallindustrie)

bzw. die Arbeitnehmer (Metallarbeiter), deren Arbeitsbedingungen verhandelt wurden. *dpa* veröffentlichte teilweise mehrere Meldungen über das gleiche Ereignis bzw. aktualisierte bestehende Meldungen. Um Verzerrungen durch diese agenturspezifische Publikationsform zu vermeiden, wurde bei der Analyse nur die aktuellste Meldung in die Analyse aufgenommen. Eine weitere Besonderheit der Stichprobenziehung stellte die Berichterstattung von *Bild* dar: Da *Bild* lediglich als Printversion verfügbar ist, war eine Materialsuche über die Datenbanksuchstrategien nicht möglich. Stattdessen wurden alle in Frage kommenden Ausgaben der gedruckten Zeitung in den entsprechenden Untersuchungszeiträumen auf relevante Artikel überprüft.

Auf diese Weise wurden 5.235 relevante Artikel und 548 Pressemitteilungen identifiziert (siehe Tab. A1 im Anhang). Im Rahmen der Vorauswahl wurde deutlich, dass in den wöchentlich erscheinenden Medien (*Focus*, *Spiegel*, *Die Zeit*) über die meisten Tarifkonflikte nur selten berichtet wird, so dass eine statistische Auswertung dieser Medien aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich gewesen wäre (siehe Tab. A1 im Anhang). Sie wurden darum in der Analyse nicht berücksichtigt. Auch die Tarifkonflikte der Versicherungsangestellten und Finanzdienstleister sowie der Bankangestellten wurden aus der Analyse ausgeschlossen, da insgesamt nur sehr wenige Artikel sich mit den beiden Auseinandersetzungen befassten. Diese beiden Erkenntnisse können bereits als ein Ergebnis der vorliegenden Studie interpretiert werden: Zum einen schreiben die Journalisten

Tabelle 2.2:

Stichprobe und Gewichtung

	Medienartikel			PMs			Gesamt: Medienartikel und PMs		
	erschieden	erhoben	gewichtet	erschieden	erhoben	gewichtet	erschieden	erhoben	gewichtet
Redakteure 2004	195	82	50	62	22	16	257	104	66
Gebäudereiniger	87	79	24	17	17	4	104	96	28
Ärzte	274	89	71	51	23	13	325	112	84
Redakteure 2011	125	77	31	75	30	19	200	107	50
Telekom	110	81	30	37	18	10	147	99	40
Bodenpersonal	225	108	58	13	13	4	238	121	62
Piloten	1602	281	418	49	49	13	1.651	330	431
Lokführer	2226	306	567	165	52	43	2.391	358	610
Metaller	231	96	60	22	14	6	253	110	66
Summe	5.075	1.199	1.309	491	238	128	5.566	1.437	1.437

bei den Wochenzeitungen und politischen Magazinen den hier untersuchten Tarifkonflikten offenbar nur bedingt eine Relevanz für die eigenen Leser zu. Zum anderen erfahren die Tarifkonflikte der Versicherungsangestellten und Finanzdienstleister sowie der Bankangestellten in allen hier untersuchten Medien nur sehr begrenzte Aufmerksamkeit. Dies kann etwa darauf zurückgeführt werden, dass die Journalisten bei diesen beiden Konflikten nicht nur eine geringe, sondern vielmehr eine sehr marginale Betroffenheit der eigenen Leserschaft vermuten.

Die verbliebenen 5.075 Artikel und 491 Pressemitteilungen bilden die Grundgesamtheit der Untersuchung. Hieraus wurde

eine quotierte Stichprobe (eine Quote von bestimmten Merkmalen) gezogen. Eine quotierte statt einer reinen Zufallsstichprobe war notwendig, weil der Umfang der Berichterstattung über die Tarifkonflikte sich teilweise erheblich unterschied. Würde man bei derlei großen Unterschieden in den Artikelzahlen eine zufallsbasierte Stichprobe ziehen, so liefe man Gefahr, bei denjenigen Tarifkonflikten, über die vergleichsweise wenig berichtet wurde, zahlenmäßig zu wenige Artikel zu erhalten. Dies wiederum hätte Probleme in der statistischen Analyse zur Folge.

Ziel war es, eine für eine Auswertung der einzelnen Tarifkonflikte ausreichende Zahl an Fällen aus den jeweiligen Medien zu erhal-

ten. Zudem sollte eine ausreichende Fallzahl je Tarifkonflikt berücksichtigt werden. Daher wurden bei Tarifkonflikten mit geringer medialer Beachtung (z. B. Gebäudereiniger, Telekom) im Vergleich zu anderen (beispielsweise Lokführer, Piloten) überproportional viele Beiträge erhoben. Inhaltsanalytisch untersucht wurden so 1.199 Artikel und 238 Pressemitteilungen. Um das ursprüngliche Verhältnis des Umfangs der Berichterstattung zwischen den Konflikten wiederherzustellen, erfolgte eine statistische Umgewichtung⁵ der einzelnen Fälle (siehe Spalten „erhoben“ und „gewichtet“ in Tab 2.2). Für die Auswertung ergibt sich somit eine gewichtete Stichprobe von 1.309 Artikeln sowie 128 Pressemitteilungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite.

2.3 Untersuchte Dimensionen der Medieninhalte und Pressemitteilungen

Die mittels Inhaltsanalyse erfassten Merkmale der Berichterstattung lassen sich in vier übergeordnete Blöcke unterteilen, die jeweils zur Beantwortung der Forschungsfragen erhoben wurden.

Formale Darstellungsmerkmale

Diese dienen vor allem dazu, die entsprechenden Pressemitteilungen und Artikel später bestimmten Gruppen zuordnen zu können. Er-

fasst wurde hier beispielsweise, in welchem *Medium* oder von welchem Tarifakteur der zu analysierende Beitrag veröffentlicht wurde und welchen *Tarifkonflikt* dieser behandelt. Auch wurden der *Umfang des Beitrags* (in Worten) sowie das *Ressort* erfasst. Es wurde unterschieden, ob ein Artikel auf der *Titelseite*, im *Ressort Politik, Wirtschaft/Finanzen, Regionales/Lokales, Wissenschaft und Technik*, im *Feuilleton* oder im *Sportteil* erschienen ist. Zudem wurden in der Erhebung die unterschiedlichen Stilformen der Artikel berücksichtigt. Unterschieden wurde zwischen *Meldung/Nachricht, meinungsbetonten Stilformen* – wie Kommentar, Leitartikel oder Glosse –, *Reportage* und *Dokumentationen* oder *Interviews* und *Porträts*.

Konflikt, Dynamik und thematische Schwerpunkte

Zudem wurden verschiedene inhaltliche Merkmale der Berichterstattung erfasst, die die allgemeine Darstellung der Tarifkonflikte über Themenschwerpunkte und diskutierte Konsequenzen betreffen oder den zeitlichen Bezug (Konfliktstand) verdeutlichen.

Erfasst wurde zunächst der *Anlass der Berichterstattung*. Bei dieser Kategorie galt es, die Art der Ereignisse zu identifizieren, die als Berichterstattungsursache präsentiert werden und die die Medienberichterstattung sowie die Pressemitteilungen potenziell initiiert haben könnten. Unterschieden wurde hierbei

⁵ Bei der Umgewichtung wurde die Zahl der tatsächlich in der Berichterstattung präsenten Artikel durch die Zahl der erhobenen Artikel dividiert. Mit diesen Quotienten wurden anschließend die erhobenen Artikel gewichtet. So berichtete die *Frankfurter Rundschau* beispielsweise in 18 Artikeln über den Tarifkonflikt des Bodenpersonals der Lufthansa. Erhoben wurden allerdings nur 12 Artikel. Deshalb wurden diese in der Auswertung mit einer 1,5-fachen Gewichtung berücksichtigt. Merkmale dieser Artikel gingen also stärker in die Auswertung ein (siehe Tab. A2 im Anhang).

zwischen *genuinen*, *mediatisierten* und *inszenierten* Ereignissen. Während erstere unbeeinflusst von der medialen Berichterstattung stattfinden (z. B. eine Urabstimmung oder Gesetzesänderung), werden mediatisierte Ereignisse initiiert, um mediale oder öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen (z. B. Stellungnahmen der Tarifparteien oder anderer Akteure). Inszenierte Ereignisse werden demgegenüber ausschließlich für die mediale Berichterstattung geschaffen (z. B. Pressekonferenzen).

Zudem wurden die einzelnen Tarifkonflikte in verschiedene Phasen eingeteilt. Um diese zu erfassen, wurde der *aktuelle Konfliktstand*, auf den ein Artikel oder eine Pressemitteilung inhaltlich Bezug nimmt, erhoben. Diese inhaltliche Zuweisung von Artikeln bzw. Pressemitteilungen zu Phasen ist präziser als eine zeitliche Zuordnung (z. B. über das Erscheinungsdatum eines Artikels), da Phasen des offenen Konflikts mit Verhandlungsphasen in Tarifkonflikten abwechseln und nicht chronologisch streng nacheinander ablaufen. Hierbei wurde unterschieden, ob es sich um Ereignisse zu Beginn des Tarifkonflikts, während der Verhandlungsphase oder während der heißen Arbeitskampfphase handelte oder ob der Konflikt bereits beigelegt bzw. geschlichtet wurde. Zudem wurde die *Bewertung des aktuellen Konfliktstandes* erhoben. Somit lässt sich klären, ob bestimmte Konfliktphasen größere mediale Aufmerksamkeit erhalten und mit welchem Tenor sie entsprechend medial begleitet werden.

Weiter wurden bis zu drei *thematische Schwerpunkte* pro Beitrag, geordnet nach ihrer Relevanz, erfasst. Mit dieser Kategorie kann

unterschieden werden, ob sich ein Beitrag eher der Beschreibung des aktuellen Konfliktstandes, den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Aspekten des Konflikts oder der Tarifpolitik im Allgemeinen widmet oder ob Serviceinformationen, die Darstellung von Einzelschicksalen oder das Porträtieren der Konfliktparteien im Vordergrund stehen.

Schließlich wurden die *Konsequenzen der Tarifauseinandersetzung*, wie sie in der Printberichterstattung sowie in den Pressemitteilungen diskutiert wurden, sowie deren *Valenz* erfasst. Hierbei kann es sich zum einen um unmittelbare Folgen aus dem aktuellen Stand des Konfliktes handeln. Zum anderen wurden auch Konsequenzen verschlüsselt, die sich auf den Zeitraum nach Abschluss des Tarifvertrages und die künftige Situation in der Branche, der jeweiligen Arbeitnehmer oder der beteiligten Organisationen beziehen. Unterteilt wurden die einzelnen Konsequenzen in Folgen für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer, Konsequenzen für das Wirtschaften der beteiligten Unternehmen der Arbeitgeberseite, übergreifende ökonomische Konsequenzen, Folgen für die Qualität des Produktes oder der Dienstleistung und allgemeine politisch-gesellschaftliche Konsequenzen. Anhand der thematischen Schwerpunkte sowie der dargestellten Konsequenzen lässt sich darauf schließen, welche Eigenschaften eines Tarifkonfliktes in den Vordergrund gestellt werden. Diese variieren unter Umständen zwischen den Mediengattungen und -lagern oder zwischen den Kommunikationsaktivitäten der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Die

Bewertung der Konsequenzen wurde auf einer dreistufigen Skala (1 = negative Implikationen; 2 = sowohl positive als auch negative Implikationen; 3 = positive Implikationen) erfasst.

Verwendete Stilmittel

Neben den inhaltlichen Aspekten der Beiträge wurde auch deren stilistische Aufbereitung in den Dimensionen Personalisierung, Emotionalisierung und Konflikthaftigkeit erfasst. Diese wird vor allem im Kontext der Boulevardisierung der Qualitätsmedien (Donsbach/Büttner 2005; Lünenborg 2013), aber auch vor dem Hintergrund der Anpassung an mediale Selektionsroutinen (z. B. in Pressemitteilungen) betrachtet (Schweiger 2013).

Unter *Personalisierung* wird die Bedeutung von Personen im gesamten Artikel verstanden. Personalisierung liegt vor, wenn im Beitrag vor allem über Personen und deren Handeln statt über Sachthemen geschrieben wird, wenn vor allem Einzelpersonen statt Institutionen genannt werden oder diese ausführlich charakterisiert werden.

Weiter wurde codiert, in welchem Ausmaß in einem Beitrag die *Konflikthaftigkeit* der Tarifauseinandersetzung betont wird. Wird der Streik vor allem als Wettkampf dargestellt, darüber spekuliert, welche Tarifpartei gerade die bessere Position hat oder wer der zukünftige Gewinner oder Verlierer sein könnte, spricht dies für die Konfliktorientierung des Artikels. Verschlüsselt wurden sowohl die Konflikthaftigkeit als auch die Personalisierung der Beiträge auf vierstufigen Skalen

(0 = keine; 1 = geringe; 2 = mittlere; 3 = große Personalisierung/Konflikthaftigkeit).

Zudem wurde erfasst, ob ein Beitrag eher sachlich oder eher emotional geschrieben ist. Die Darstellung eines Sachverhalts kann als emotional bezeichnet werden, wenn sie durch ihre formale, d. h. sprachliche Gestaltung, durch ihre äußere Gestaltung und/oder inhaltlich über den informativen Charakter des Beitrags hinausgeht. Auf sprachlicher Ebene zeigt sich *Emotionalisierung* vor allem durch sehr bildhafte Sprache und Extremformulierungen bzw. eine hyperbolische oder pathetische Sprache. Die Emotionalisierung wurde auf einer fünfstufigen Skala (1 = eindeutig nüchtern; 5 = eindeutig emotional) gemessen.

Parteinahme

Um beispielsweise überprüfen zu können, ob die Berichterstattung der Medien ausgewogen ist oder sich Tendenzen von Parteilichkeit in der redaktionellen Ausrichtung zeigen oder ob die Bewertung der Tarifparteien zwischen verschiedenen Konflikten variiert, wurden verschiedene Kategorien erhoben, die zeigen, wie Journalisten Wertungen vornehmen oder eine Seite im Tarifkonflikt indirekt in einem günstigeren Licht präsentieren. Erfasst wurden die Darstellung der Akteure und deren Bewertung, die Bewertung ihrer Handlungen, der Umfang der transportierten Forderungen bzw. Angebote und deren Bewertung sowie der Einsatz opportuner Zeugen in der Berichterstattung über die ausgewählten Konflikte.

Als *Akteure* gelten jene Personen, Gruppen oder Organisationen, die im Artikel über ihre

Aussagen oder Handlungen als aktiv handelnd beschrieben bzw. zitiert werden. Bei den bis zu fünf erfassten Akteuren pro Beitrag wurde unterschieden, ob sie dem Lager der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer,⁶ der Politik oder der Gesellschaft allgemein zugehörig sind. Für jeden Akteur wurde zudem erhoben, ob dieser positiv oder negativ *bewertet* wurde. Zudem wurde unabhängig davon erfasst, welchem Akteur die *Verantwortung für die Lösung* des Tarifkonflikts zugeschrieben wurde.

Weiter ist von Interesse, wie die *Handlungen* der Konfliktparteien während der heißen Phase der Tarifkonflikte – also rund um Arbeitskampfmaßnahmen – bewertet werden. Ziel war es, zu erfassen, wie das *Handeln der Arbeitnehmerseite* im Rahmen des Streiks bewertet wird. Da Streik oftmals mit Einschränkungen für Dritte verbunden ist, stellt sich die Frage, ob dieser als angemessen bewertet wird. Die Arbeitgeberseite ist oftmals gezwungen, auf die Arbeitskampfmaßnahmen zu reagieren. Es fragt sich also, ob das *Verhalten der Arbeitgeberseite* als angemessen oder unangemessen gesehen wird. Gemessen wurde das Verhalten der jeweiligen Tarifpartei auf fünfstufigen Skalen (1 = sehr negativ; 5 = sehr positiv).

Für Tarifparteien ist es zudem von Bedeutung, eigene Positionen und Inhalte über die Medien an die Öffentlichkeit zu tragen. Diese inhaltlichen Positionen können über Pressemitteilungen kommuniziert werden. Dabei obliegt es den Journalisten, welche dieser Inhalte ausgewählt werden und welchem Lager sie mehr Raum für seine Inhalte geben. Um diese Form möglicher Parteinahme zu untersuchen, wurden pro Beitrag jeweils bis zu drei *Angebote des verantwortlichen Akteurs auf Arbeitgeberseite (Verband oder Unternehmen bei Haustarifverträgen)* und *Forderungen der jeweils beteiligten Gewerkschaften, deren Begründungen* sowie *Bewertungen* erfasst.

Bei Forderungen bzw. Angeboten handelt es sich um Ansprüche der Tarifakteure, die sie für die künftige Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in dem entsprechenden Geltungsbereich (beispielweise Branche, Unternehmen) formulieren. Damit eine Forderung oder ein Angebot codiert wird, muss eine klare Haltung des jeweiligen Akteurs (beispielsweise Erhöhung/Senkung des Gehalts) ersichtlich sein. Unterschieden wurde zwischen Forderungen, die das Entgelt oder Sonderzahlungen, die Entgeltstruktur, die Arbeitszeit, Rentenansprüche

⁶ Unter den Begriff des „Lagers“ fallen alle Akteure, die der entsprechenden Seite potenziell zugeordnet werden könnten. Für die Arbeitgeberseite umfasst dies den beteiligten Arbeitgeberverband oder einzelne Unternehmen, die die Arbeitgeberseite repräsentieren, ebenso wie einzelne Vertreter des Verbandes oder der beteiligten Unternehmen, aber auch wenn in den Medien pauschal auf „die Arbeitgeber“ im entsprechenden Konflikt Bezug genommen wurde. Eine ähnliche Gruppierung erfolgte für das Lager der Arbeitnehmer: Hierunter fallen nicht nur die beteiligte Gewerkschaft als Organisation oder einzelne Vertreter, sondern auch einzelne streikende Arbeitnehmer (ohne explizite Gewerkschaftszugehörigkeit), der Betriebsrat eines beteiligten Unternehmens oder wenn die Journalisten in ihren Berichten ganz pauschal auf „die Arbeitnehmer“ im betreffenden Konflikt Bezug nahmen. Zentral für die Zuordnung zum Lager der Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer war die Tatsache, dass sich ein Akteur durch seine Rolle/Funktion im Konflikt klar als zugehörig zur einen oder anderen Seite präsentiert hat. Da Parteinahme oftmals impliziert, dass eine Seite im Konflikt generell günstiger präsentiert wird als die andere, wird in der weiteren Darstellung darauf verzichtet, diese Lager weiter zu differenzieren.

oder qualitative Veränderungen betreffen (beispielsweise Weiterbildungs- und Qualifizierungsaspekte). Auch pauschale Forderungen (etwa nach der Beibehaltung des Status quo) oder Forderungen, die die allgemeine Tarifstruktur betreffen, wurden berücksichtigt. Bei den Begründungen dieser Forderungen und Angebote wurde zwischen ökonomischen, moralischen und politischen Begründungen unterschieden. Auch die individuelle Situation der Arbeitnehmer (z. B. Arbeitsbelastung) konnte als Begründung verschlüsselt werden. Die Bewertungen der Forderungen und Angebote wurden dann auf einer fünfstufigen Skala (1 = sehr negativ; 5 = sehr positiv) erfasst.

Eine weitere Möglichkeit der indirekten Parteinahme besteht darin, sich auf *opportune Zeugen* zu berufen (Bachl/Vögele 2013; Hagen 1993). Journalisten zitieren oder referieren Quellen, die einen Standpunkt vertreten, der ihrer eigenen Auffassung entspricht. So können sie eine bestimmte Position vertreten,

ohne sich dem potenziellen Vorwurf der *direkten* Parteinahme auszusetzen. Erfasst wurde, ob in einem Beitrag Bezüge zur öffentlichen Meinung (bzw. Bevölkerungs- oder Mehrheitsmeinung) hergestellt werden, auf Experten oder Statistiken referiert wird oder (Einzel)fallbeispiele vorkommen. So kann beispielsweise die Bewertung des Verhaltens einer Gewerkschaft im Tarifkonflikt dadurch erfolgen, dass ein Jurist zitiert wird, der die Legalität einer Arbeitskampfmaßnahme anzweifelt. Kam eines oder mehrere dieser Elemente vor, so wurde jeweils auf einer fünfstufigen Skala erfasst, zu wessen Vorteil der externe Beleg ins Feld geführt wurde (1 = zugunsten der Arbeitgeberseite; 5 = zugunsten der Arbeitnehmerseite).

Alle in der Analyse berücksichtigten Kategorien wurden auf ihre Reliabilität als Maß für die formale Genauigkeit bzw. Verlässlichkeit wissenschaftlicher Messungen hin geprüft. Die Ergebnisse des Tests lassen auf eine gute Datenqualität schließen.⁷

7 Für die Überprüfung der Übereinstimmung der verschiedenen Codierer wurde die paarweise Übereinstimmung nach Holsti berechnet. In Bezug auf die formalen Kategorien lag diese im Durchschnitt bei .91; für die inhaltlichen Kategorien bei .76.

3 Kommunikation der Tarifparteien und deren mediale Resonanz

3.1 Zielsetzung des Kapitels

Das folgende Kapitel widmet sich den Kommunikationsstrategien der Tarifparteien. Diese übermitteln in ihren Pressemitteilungen Situationsbeschreibungen, Forderungen und Deutungen des Tarifkonflikts. Ziel dieser Kommunikationsbemühungen ist es, dass die darin enthaltenen Botschaften durch die Massenmedien verbreitet werden. Demgegenüber selektieren Journalisten nach bestimmten Kriterien sowie Routinen und bestimmen so, welche Inhalte und Ereignisse den Weg in die Berichterstattung finden. Um den Inhalt der Pressemitteilungen in der Berichterstattung unterbringen zu können, scheint es für die Tarifparteien daher zu lohnen, sich bei der Aufbereitung ihrer Inhalte an den Kriterien der Medien zu orientieren. Damit verbunden sind folgende Fragen:

- Wie medienorientiert kommunizieren Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften im Vergleich?
- Welche Parallelen lassen sich zwischen den Kommunikationsbemühungen der Tarifakteure und der Medienberichterstattung über Tarifkonflikte identifizieren?
- Welche Tarifpartei erfährt in der massenmedialen Berichterstattung mehr Resonanz?

3.2 Theoretische Überlegungen und Forschungsstand zur Öffentlichkeitsarbeit der Tarifparteien und ihrer massenmedialen Resonanz

Welche Inhalte mit welcher Tonalität in einem Artikel dargeboten werden, wird zentral davon beeinflusst, welche Quellen ein Journalist bei

der Recherche zu einem Artikel benutzt hat. Wird beispielsweise über Arbeitskampfmaßnahmen im Rahmen eines Tarifkonfliktes berichtet, so macht es einen Unterschied, ob bei der Recherche die Pressemitteilungen einer oder beider Tarifparteien zur Verfügung standen und welche Inhalte und Deutungen darin jeweils angeboten wurden (Riesmeyer 2007). So zeigt Barabara Baerns (1985) in ihrer viel beachteten Studie beispielsweise, dass Themen und Timing der Medienberichterstattung stark durch Öffentlichkeitsarbeit geprägt werden: Pressemitteilungen machten 64 Prozent aller „themenleitenden Primärquellen“ der Printberichterstattung aus (Baerns 1985: 87). Auch aktuellere Studien legen eine hohe Übernahmequote von Pressemitteilungen in der journalistischen Berichterstattung nahe – oftmals ohne dass das PR-Material durch die Journalisten weiter bearbeitet worden wäre (Lewis u. a. 2008; eine Übersicht siehe bei Raupp/Vogelgesang 2009).

Einige Forschungsergebnisse relativierten jedoch diese deterministische Sicht auf den Einfluss von Öffentlichkeitsarbeit im Journalismus (d. h. PR bestimmt, worüber die Medien berichten), indem sie zusätzliche Einflussfaktoren berücksichtigen (Riesmeyer 2007; Raupp/Vogelgesang 2009; Schantel 2000). So konnte gezeigt werden, dass in ruhigen Routinezeiten durchaus ein gewisser Einfluss der Öffentlichkeitsarbeit auf den Journalismus zu beobachten ist. Dagegen setzen Journalisten insbesondere in akuten Konflikt- und Krisensituationen mehr auf eigene Recherche statt auf den Input durch PR-Abteilungen (Barth/Donsbach 1992).

Tarifkonflikte, in denen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ihre konkurrierenden Interessen bezüglich Löhnen und Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen, können als solche Konfliktsituationen begriffen werden: Die Tarifparteien kämpfen darin mit unterschiedlichen Interpretationen um die Deutungshoheit, und keine der beiden Perspektiven kann sich ungefiltert in der Berichterstattung niederschlagen. Offen bleibt dabei jedoch, welche der beiden Perspektiven im Tarifkonflikt – die der Arbeitgeber- oder die der Arbeitnehmerseite – mit ihren Deutungsangeboten einen stärkeren Einfluss auf die Berichterstattung ausübt.

Einen unmittelbaren Vergleich der Kommunikationsaktivitäten der beiden Tarifakteure liefert Hackenbroch (1998) in seiner Analyse der Öffentlichkeitsarbeit von Verbänden: Zunächst zeigt er unter Berücksichtigung der personellen Ausstattung der jeweiligen PR-Abteilungen, dass die betrachteten Arbeitnehmerorganisationen (Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB; Industriegewerkschaft Metall, IGM; Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, ÖTV; Deutsche Angestellten-gewerkschaft, DAG; Deutscher Beamtenbund, DBB) die Medien weitaus intensiver in Form von Pressemitteilungen und Pressekonferenzen adressieren als die untersuchten Wirtschaftsverbände (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA; Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI; Deutscher Bauernverband, DBV). Die Analyse der medialen Resonanz der beiden Tarifpartner offenbart in einem zweiten Schritt, dass die untersuchten Gewerkschaften eine deutlich höhere Reso-

nanz erfahren als die Arbeitgeber. Hierbei gilt es allerdings zu beachten, dass dadurch keine Ursache-Wirkungs-Beziehung bewiesen ist. Vielmehr können auch andere Gründe für die höhere mediale Resonanz der Arbeitnehmerseite verantwortlich sein.

Allgemein kann angenommen werden, dass die Publikationschancen einer Pressemitteilung steigen, wenn diese möglichst auf die Bedürfnisse der Journalisten maßgeschneidert wird, da dies eine Arbeits- und Zeitersparnis im Redaktionsalltag ermöglicht (Arlt 1998; Schweiger 2013). In der bisherigen Forschung wurden beispielsweise folgende Merkmale identifiziert, die potenziell zu einer besseren Resonanz in der Berichterstattung führen (Schweiger 2013): Journalisten scheinen die Botschaften in einer Pressemitteilung eher zu übernehmen, wenn darin Personen in den Vordergrund gerückt, Emotionen sowie Konflikte betont und negative Aspekte dargestellt werden. Da journalistische Berichterstattung den Anspruch hat, über aktuelle Ereignisse zu berichten, versucht die PR zudem, diese Ansprüche zu bedienen, indem sie auf sogenannte Pseudoereignisse (Kepplinger 2001) setzt. Darunter werden Ereignisse verstanden, die eigens inszeniert oder gestaltet werden, um sie als Aufhänger für journalistische Berichterstattung anbieten zu können (z. B. Pressekonferenzen, öffentlichkeitswirksame Aktionen). Die Frage, ob und wie Medien die Kommunikationsangebote der Tarifakteure übernehmen, hängt demnach stark davon ab, wie medienorientiert Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften kommunizieren.

*Gewerkschaften
adressieren Medien
intensiver*

Die bisherigen wissenschaftlichen Befunde zur Öffentlichkeitsarbeit der Tarifparteien zeichnen diesbezüglich ein eher defizitäres Bild: Die PR von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ist vor allem binnenorientiert (Arlt 1998; Speth 2010; Tenscher 2006). Dies zeigt sich bei den Gewerkschaften in der großen Bedeutung von Mitgliederzeitschriften (Arlt 1998; Douglas 1986; Koch-Baumgarten 2013). Bei den Arbeitgeberverbänden offenbart sich die ausgeprägte Mitgliederorientierung unter anderem darin, dass ihre Kommunikationsaktivitäten häufig die Form eines Arbeitsnachweises über erbrachte Leistungen annehmen (Preusse/Zielmann 2010). Dagegen wurde medienorientierte Kommunikation nach außen von beiden lange Zeit vernachlässigt (Douglas 1986; Koch-Baumgarten 2013; Preusse/Zielmann 2010; Tenscher 2006). Als Ursachen hierfür gelten vor allem die geringe strukturelle Verankerung und geringe finanzielle Spielräume: Die Öffentlichkeitsarbeit von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften kann innerhalb der Organisation nur selten autonom und oftmals auch nicht finanziell eigenständig agieren (Gewerkschaften: Arlt 1998; ähnlich für Gewerkschaften in den USA: Douglas 1986; Arbeitgeberverbände: Preusse/Zielmann 2010). Dies führt in der Konsequenz dazu, dass eine langfristige strategische Planung der Organisationskommunikation erschwert wird (Arlt 1998). Darüber hinaus sind PR-spezifische Tätigkeiten innerhalb der Tariforganisationen nur selten differenziert, vielmehr führen oft wenige Personen alle öffentlichkeitsbezogenen Aufgaben „aus einer Hand“ aus (Arlt 1998;

Preusse/Zielmann 2010). Die Pressestellen haben daher häufig den Charakter von reinen „Ausführungsorganen“ der Organisationsspitze, denen es an spezifischem Wissen um die journalistische Entscheidungslogik fehlt, so dass mediengerichtete Botschaften nicht an den Publikationskriterien der Massenmedien ausgerichtet sind (Arlt 1998: 215). Bei den Arbeitgeberverbänden zeigen neuere Studien zwar, dass die Medienarbeit inzwischen der Schwerpunkt verbandlicher Öffentlichkeitsarbeit ist. Jedoch erfolgt diese vorwiegend mit veralteten Methoden und Ansätzen (Preusse/Zielmann 2010; Speth 2010).

Eine mögliche Erklärung für diesen offenbar defizitären Zustand der Öffentlichkeitsarbeit liefert der Blick auf die zentralen Handlungsfelder der Tarifakteure. In der Interaktion mit dem Tarifkontrahenten herrschen langfristig gewachsene und stark routinisierte Kooperationsstrukturen. Da die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf Kompromiss- bzw. Konsensfindung angewiesen ist, steht öffentliche Eskalation nicht im Vordergrund. Vielmehr erfolgt ein nichtöffentlicher Austausch hinter verschlossenen Türen (Koch-Baumgarten 2013; Mayntz 1993). Auch im politischen System wird weitestgehend abseits der öffentlichen Arena über Mechanismen des Lobbyings (z. B. Hintergrundgespräche, Kontakte in die Ministerialbürokratie) Einfluss genommen (Koch-Baumgarten 2013; Sebaldt/Straßner 2004; Weßels 2003). Hinsichtlich der eigenen Mitgliederbasis der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bedurfte es lange Zeit keiner

Pressestellen selten autonom

Öffentlichkeitsarbeit im Verlautbarungsmodus

öffentlichen Kommunikation, da dank eines hohen Organisationsgrades und einer starken Binnenkommunikation alle relevanten Zielgruppen erreicht werden konnten (Douglas 1986; Preusse/Zielmann 2010; Weßels 2003).

Die Massenmedien spielten nur in Ausnahmefällen eine Rolle, etwa bei Eskalationen im Verhandlungsverlauf, die den Aufbau von öffentlichem Druck erforderlich machten (Tenscher 2006; Weßels 2003). Dadurch erklärt sich, dass der Umgang mit den Massenmedien vor allem durch ein Instrumentalisierungsparadigma geprägt war (Koch-Baumgarten 2013): War man auf öffentliche Aufmerksamkeit über die Massenmedien angewiesen, so erfolgte die Öffentlichkeitsarbeit im Verlautbarungsmodus. Die eigenen Botschaften wurden so gestaltet, dass sie den organisationsinternen Kriterien genügten (Kampfrhetorik, sachliche Richtigkeit, tarifpolitische Details), ohne dass eine spezifische mediengerechte Aufbereitung eine Rolle spielte (Arlt 1998). In der Gesamtschau kommen deshalb verschiedene Autoren zu dem Schluss, dass die Kommunikationsaktivitäten der Tarifparteien wenig professionell, wenig modern und letztlich nicht zielführend waren, um eine unterstützende öffentliche Meinung zu generieren⁸ (Preusse/Zielmann 2010; Arlt 1998).

Eine solche Vernachlässigung der externen öffentlichen und mediengerichteten Kommunikation lässt sich vor dem Hintergrund sozialer, politischer und ökonomischer Wandlungsprozesse jedoch nicht mehr aufrechterhalten

(Speth 2010): Sowohl Arbeitgeberverbände als auch Gewerkschaften haben mit sinkenden Mitgliederzahlen bzw. einer Repräsentationslücke zu kämpfen (Schroeder 2014; Schroeder/Speth 2010; Wiesenthal/Clasen 2003). Dies verringert insbesondere die Effektivität der klassischen Binnenkommunikationskanäle (z.B. eigene Verbandsmedien; Hackenbroch 1998) und die Massenmedien gewinnen zunehmend an Bedeutung (Steiner/Jarren 2009): Um öffentliche Unterstützung aufzubauen, sind vor allem Gewerkschaften, aber auch Arbeitgeberverbände (wenn auch in geringerem Ausmaß aufgrund kleinerer zahlenmäßiger Mitgliederbasis) darauf angewiesen, ihre Botschaften erfolgreich massenmedial zu vermitteln (z.B. über öffentlichkeitswirksame Kampagnen; vgl. Rehder 2014; Speth 2010; Tenscher 2006). Dadurch kommt dem Ausbau und der Professionalisierung der gewerkschafts- und arbeitgeberseitigen Öffentlichkeitsarbeit eine immense Bedeutung zu (Koch-Baumgarten 2013; Schweiger 2013; Tenscher 2006). In der Konkurrenz um öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung ist es das Ziel, die eigenen Botschaften, Situationsdeutungen und Interpretationen möglichst breit und unverzerrt im massenmedialen Diskurs unterzubringen (Hackenbroch 1998). Hierzu bedarf es des spezifischen Wissens um die massenmedialen Themenselektions-, Produktions-, und Darstellungsroutinen (Preusse/Zielmann 2010). Obgleich sich die Professionalisierung und der Ausbau der PR der Tarifparteien

8 Zu einem ähnlichen Schluss gelangt Tenscher (2006) beispielsweise für die Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall im Tarifkonflikt in der ostdeutschen Metallbranche im Jahr 2003.

nur zögerlich vollzieht (Douglas 1986; Weßels 2003), lassen sich inzwischen bereits vereinzelt Beispiele innovativer und moderner Medienkampagnen seitens der Tarifakteure finden (z. B. die Lidl-Kampagne für die Einrichtung von Betriebsräten von Ver.di; Ryan 2004; Rehder 2014; Tenscher 2006).

Im Folgenden ist es das Ziel, die Kommunikationsaktivitäten der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften über alle hier betrachteten Tarifkonflikte hinweg zu vergleichen. Berücksichtigen die Tarifakteure die Darstellungskriterien der Medien in ihren Pressemitteilungen oder gestalten sie ihre medienorientierte Kommunikation weiterhin in einem Verlautbarungsmodus? Zudem soll aufgezeigt werden, welche Parallelen es zwischen den Pressemitteilungen der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sowie der Medienberichterstattung gibt. Existieren übereinstimmende Muster in den Themen, Konsequenzen sowie Forderungen und Positionen? Diese Betrachtung kann einen Anhaltspunkt dafür liefern, welcher Seite im Tarifkonflikt es besser gelingt, ihre Botschaften im massenmedialen Diskurs zu platzieren. Abschließend wird ein Blick darauf geworfen, welche der beiden Tarifparteien in der Medienberichterstattung vorteilhafter dargestellt wird.

3.3 Die Kommunikation der Tarifparteien im Vergleich: Wie medienorientiert kommunizieren sie?

Ein erster Hinweis dafür, wie medienorientiert die beiden Tarifakteure in einem Tarifkonflikt

kommunizieren, ist die reine *Häufigkeit* von Pressemitteilungen (siehe Abb. 3.1), die veröffentlicht werden (ähnlich: Hackenbroch 1998). Versuchen die Tarifparteien ihre Botschaften nur sehr vereinzelt oder in großem Umfang an die Journalisten heranzutragen? Zwar bedienen sich die Tarifakteure zunehmend neuer Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit wie strategischer Kampagnen (Rehder 2014) oder der direkten Zielgruppenansprache via soziale Netzwerke (Schrädie 2015; Hoffjann/Gusko 2013). Allerdings adressieren Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften die Medien im laufenden Tarifkonflikt noch immer vor allem über das klassische Instrument der Pressemitteilung (Preusse/Zielmann 2010).

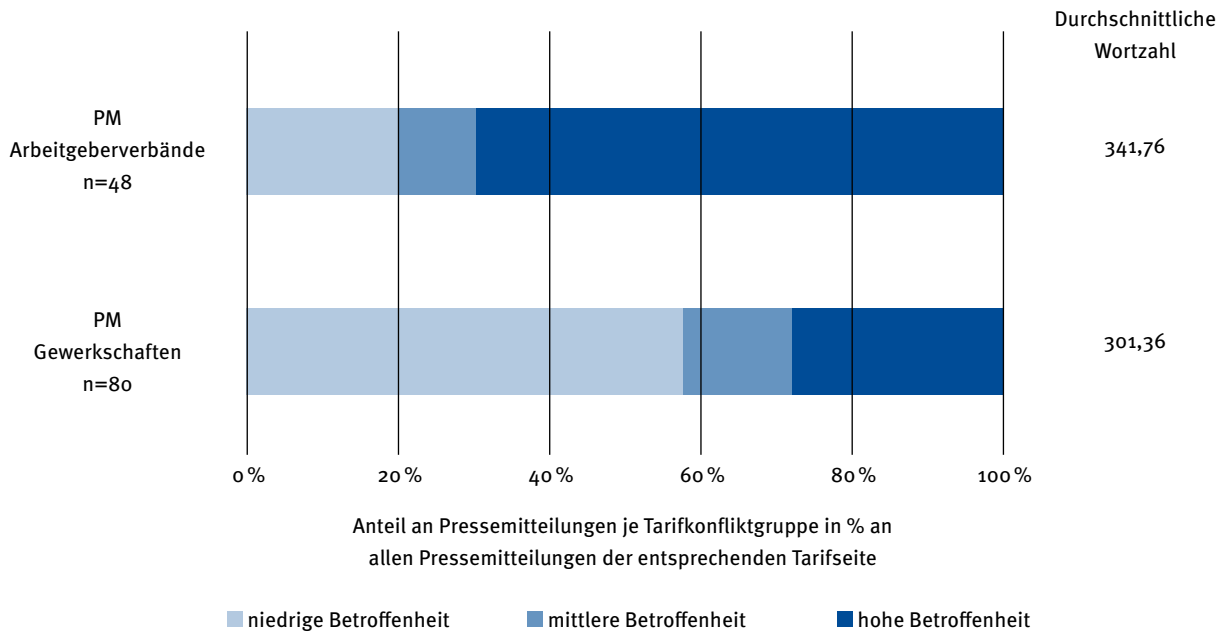
In der Stichprobe der vorliegenden Analyse, die repräsentativ für die Grundgesamtheit der betrachteten Tarifkonflikte ist, veröffentlichten die Gewerkschaften insgesamt 67 Prozent mehr Pressemitteilungen als die Arbeitgeberseite (Arbeitnehmerseite, im Folgenden abgekürzt als AN: 80; Arbeitgeberseite, im Folgenden abgekürzt als AG: 48). Demnach zeigt sich – ähnlich wie in der Studie von Hackenbroch (1998) –, dass die Gewerkschaften die Medien deutlich intensiver ansprechen als die Gegenseite. Betrachtet man dagegen den durchschnittlichen *Umfang* einer Pressemitteilung der beiden Tarifparteien, so zeigen sich nur geringfügige Unterschiede: Gemessen an der durchschnittlichen Anzahl der Wörter, fallen die Pressemitteilungen der Arbeitgeberverbände etwas länger aus als die der Gewerkschaften. Allerdings ist die Differenz von 40 Wörtern als gering einzuschätzen. Deutliche Unterschiede offenbaren

Vergleich der Pressemitteilungen beider Seiten

Mehr Pressemitteilungen von Gewerkschaften

Abbildung 3.1:

Häufigkeit der Pressemitteilungen in Tarifkonflikten



sich hingegen, wenn danach differenziert wird, wie viele Pressemitteilungen verschiedene Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in unterschiedlichen Tarifkonflikten veröffentlicht haben. Die Akteure wurden dazu zunächst in drei Gruppen eingeteilt: Tarifpartner, die an Tarifkonflikten mit unterstellter geringer, mittlerer oder hoher Bevölkerungsbetroffenheit beteiligt waren (zur Einteilung der Tarifkonflikte siehe Kap. 2). Anschließend wurden deren Kommunikationsaktivitäten miteinander verglichen. Ein Großteil aller Gewerkschafts-pressemittelungen (58 Prozent) wurde im Kontext der Tarifkonflikte mit vermeintlich geringer Bevölkerungsbetroffenheit (Redakteure

2004, Gebäudereiniger 2009, Redakteure 2011, Telekom-Mitarbeiter 2011, Metallarbeiter 2015) veröffentlicht. Dagegen entfällt ein Großteil der Pressemitteilungen (70 Prozent), die von der Arbeitgeberseite veröffentlicht wurden, auf die Deutsche Bahn und die Lufthansa, die an den Tarifkonflikten mit vermeintlich hoher Bevölkerungsbetroffenheit beteiligt waren. Eine mögliche Erklärung für dieses gegenläufige Muster in der Verteilung der Pressemitteilungen auf die jeweiligen Akteure könnte die entsprechende Zielgruppe liefern, die über die Massenmedien angesprochen werden soll: Während die Gewerkschaften in den Tarifkonflikten mit niedriger Betroffenheit eine

vergleichsweise große Mitgliederbasis und Anhängerschaft aufweisen (z. B. IG Metall), sind es bei den Arbeitgeberverbänden bei Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit (Bahn, Luft-hansa) sehr viele Endverbraucher, die durch potenzielle Arbeitsk Kampfmaßnahmen betroffen wären. Es handelt sich jeweils um eine sehr große und heterogene Gruppe, die am besten über die reichweitenstarken Massenmedien erreicht werden kann. Dagegen können die Gewerkschaften bei Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit (z. B. die GDL im Tarifkonflikt der Lokführer) ihre Basis wesentlich einfacher über interne Kommunikationskanäle erreichen. Ebenso sind die Arbeitgeber (die einzelnen Unternehmen in der entsprechenden Branche) bei Tarifkonflikten mit niedriger Bevölkerungs-betroffenheit vor allem mit Geschäftskunden konfrontiert (z. B. Gebäudereiniger), so dass eine Adressierung über die Massenmedien wenig zielführend erscheint. Diesen Zusammenhang zwischen Wichtigkeit der allgemeinen Öffentlich-keit und Intensität der Öffentlichkeitsarbeit eines Verbandes (gemessen am Personalein-satz) konnte Hackenbroch in seiner Studie aus dem Jahr 1998 für Gewerkschaften bereits aufzeigen.

Auch der Blick auf das *Timing der Veröffentlichung* (siehe Abb. 3.2) von Pressemitteilungen offenbart deutliche Unterschiede in der Kommunikation der Tarifakteure. Hierzu wurde die Häufigkeit sowohl der veröffentlichten Pressemitteilungen als auch der publizierten Artikel getrennt nach den verschiedenen Konfliktphasen in einem Tarifkonflikt betrachtet. Für jeden Beitrag wurde erfasst, ob er sich auf den Anfang,

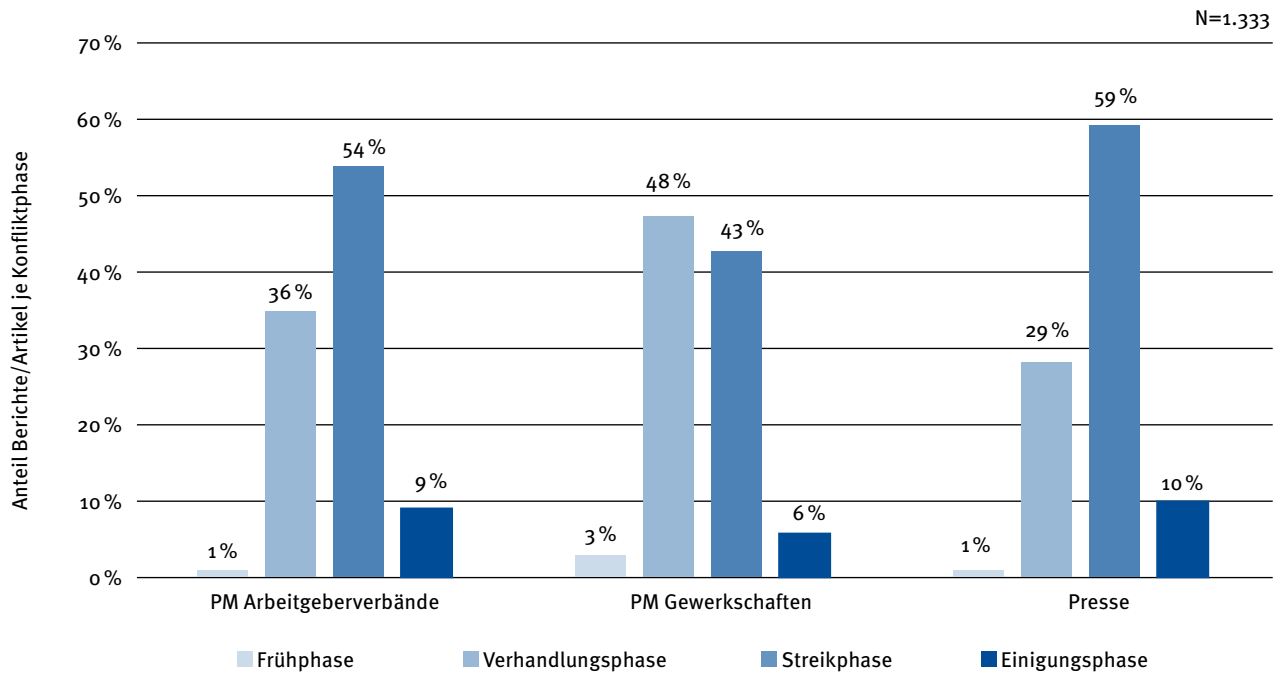
die Verhandlungsphase, eine Phase mit öffent-lichen Arbeitsk Kampfmaßnahmen (Streikphase) oder das Ende des Tarifkonfliktes bezieht (zur Phaseneinteilung siehe auch Kap. 2).

Zunächst zeigt sich, dass sowohl in der Anfangs- als auch in der Endphase eines Tarif-konflikts vergleichsweise wenige Pressemit-teilungen und Medienberichte (anteilig an allen veröffentlichten Pressemitteilungen und Arti-keln) publiziert werden. Sowohl die Tarifpartei-en als auch die Journalisten konzentrieren ihre Kommunikationsaktivitäten deutlich auf die Hochphasen des Konflikts: Die Verhandlungs-runden zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie die Phasen, in denen Warnstreiks und Streiks stattfinden, werden besonders umfangreich von Kommunika-tionsaktivitäten der Tarifakteure sowie Medien-berichterstattung begleitet. Allerdings zeigt sich im Vergleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ein deutlicher Unterschied in der Bedeutsamkeit der beiden Phasen für deren jeweilige Kommunikationsaktivitäten. Während die Arbeitgeberverbände vor allem in Streikphasen vergleichsweise aktiv sind (ins-gesamt 54 Prozent aller arbeitgeberseitigen Pressemitteilungen werden in dieser Phase veröffentlicht), betreiben die Gewerkschaften eher in der Verhandlungsphase den höheren Kommunikationsaufwand. Eine mögliche Er-klärung hierfür könnte sein, dass die Streik-phasen aufgrund ihres Konfliktcharakters und der Betroffenheit von Unbeteiligten oh-nehin mediale Aufmerksamkeit erzeugen. Die Gewerkschaften erkämpfen sich in dieser Pha-se die öffentliche Aufmerksamkeit gewisser-

*Kommunikations-
aufwand in Tarifrunden
und Streiks*

Abbildung 3.2:

Timing der Pressemitteilungen und Artikel nach Konfliktphasen



maßen mittels öffentlichkeitswirksamer Streikaktionen, so dass die Kommunikationsarbeit in Form von Pressemitteilungen nicht mehr so notwendig erscheint.

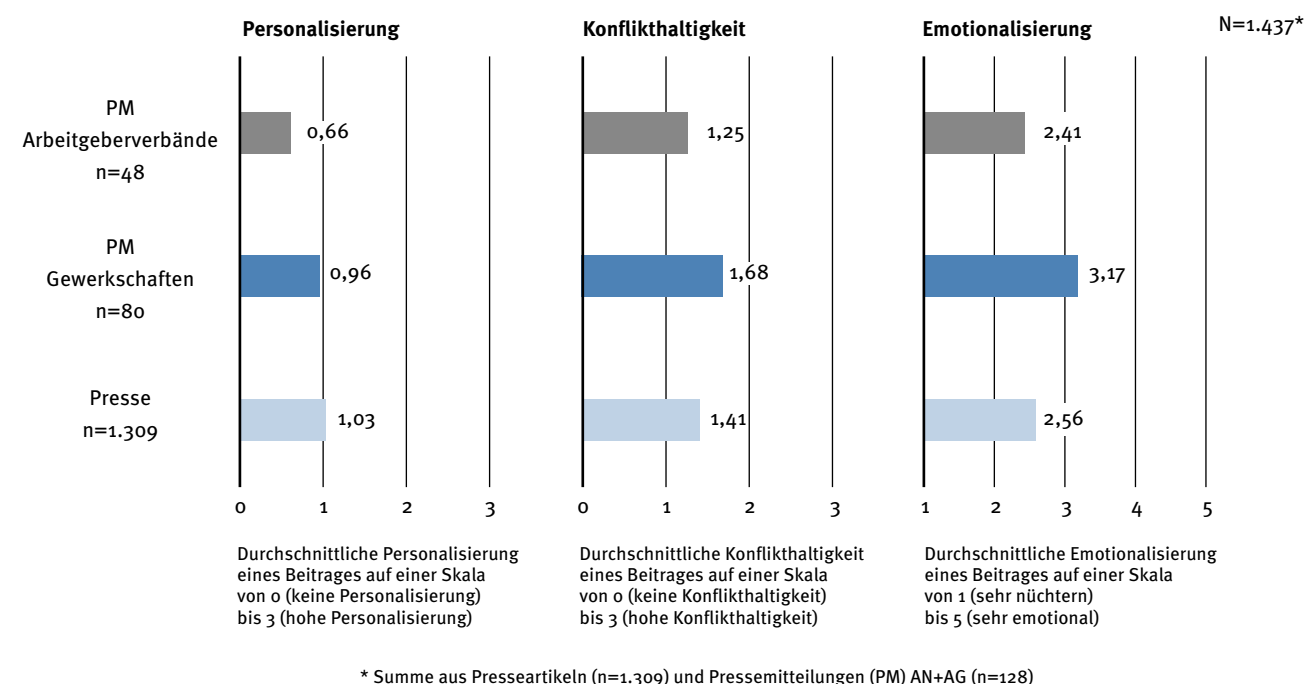
Dieser vermeintliche Vorteil der Arbeitnehmerseite hinsichtlich der öffentlichen Aufmerksamkeit, die ihr im Kontext von Streikaktivitäten zuteil wird, verursacht wiederum Handlungsdruck bei den Arbeitgeberverbänden. Sie versuchen über eigene Kommunikationsaktivitäten die Deutungshoheit in dieser Konfrontationsphase zu erlangen. Die Medienberichterstattung zeigt eine noch deutlichere Fokussierung auf die Konfliktphase (59 Prozent

aller Medienartikel erschienen in der Streikphase, 29 Prozent in der Verhandlungsphase). Die Ursache für diese Verteilung der Medienberichterstattung liegt vermutlich vornehmlich in der Tatsache begründet, dass Medien ohnehin Konfliktmomente stärker fokussieren als langwierige, konsensorientierte und intransparente Verhandlungen (vgl. Koch-Baumgarten 2013). Allerdings könnte die Tatsache, dass Medien vor allem im offenen Konflikt aufmerksam werden und vielfach darüber berichten, ein potenzielles Einfallstor für Einflussbemühungen seitens der Tarifakteure darstellen. Dem steht jedoch die Erkenntnis entgegen, dass der

Handlungsdruck auf Arbeitgeberverbände?

Abbildung 3.3:

Einsatz von Stilmitteln in Pressemitteilungen und Medienartikeln



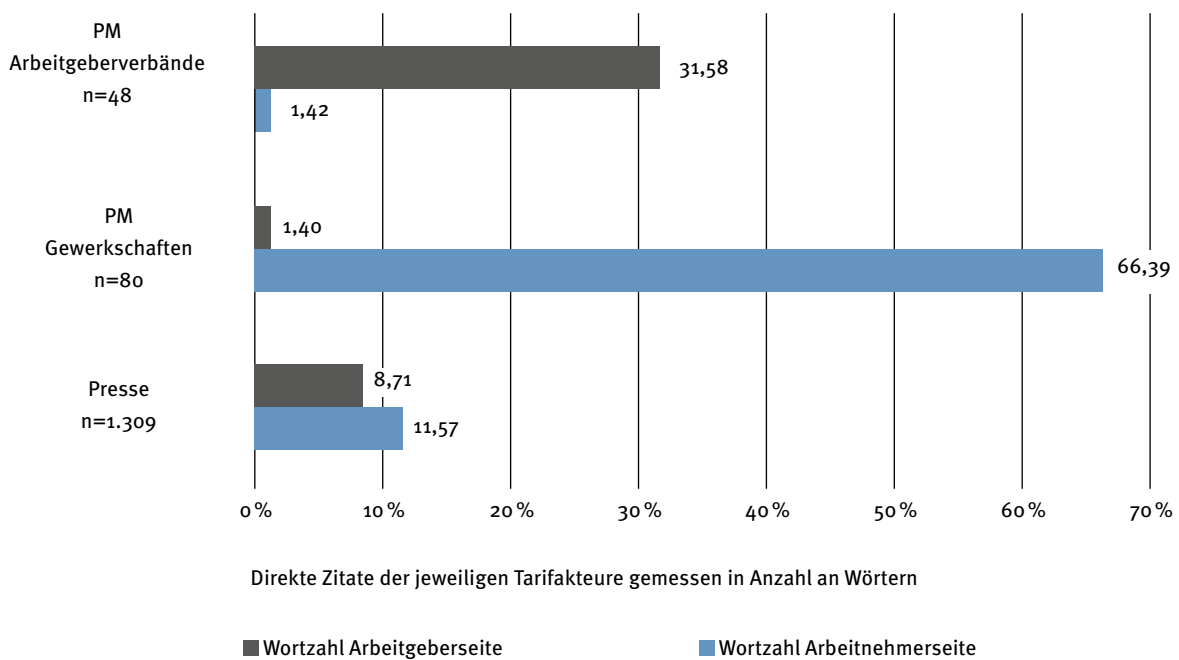
Einfluss von PR auf den Journalismus gerade in akuten Konfliktsituationen eher gering ist und sich daher keiner der beiden Tarifakteure mit seinen Situationsdeutungen durchsetzen kann (Barth/Donsbach 1992).

Neben der Häufigkeit, mit der die Tarifparteien die Medien adressieren, ist vor allem die *stilistische Gestaltung* (siehe Abb. 3.3) der Pressemitteilungen ein deutlicher Indikator für eine Medienorientierung in der Kommunikation. Die Massenmedien sehen sich zunehmend in der Not, neue Leser zu gewinnen oder deren Zahl zumindest konstant zu halten. Daher orientieren sie sich nicht nur bei der Auswahl

ihrer Themen, sondern auch bei der Gestaltung ihrer Berichterstattung an vermeintlichen Publikumsinteressen (Lünenborg 2013): Der Fokus wird zunehmend auf einzelne Personen gerichtet, statt Sachthemen in den Vordergrund zu stellen. Zudem werden vor allem Konfliktmomente herausgestellt und Emotionen bedient. Wollen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ihre Inhalte, Positionen sowie Situationsdeutungen über die Massenmedien in der Öffentlichkeit verbreiten, so liegt es nahe, sich an diesen Darstellungsmechanismen der Massenmedien zu orientieren (Schweiger 2013). Ein Vergleich zwischen der stilistischen Gestaltung der Presse-

Abbildung 3.4:

Zitate der Tarifakteure in den Pressemitteilungen und Medienbeiträgen



mitteilungen von Arbeitgeberverbänden bzw. Gewerkschaften und der Presseberichterstattung kann daher Aufschluss über das Ausmaß der Medienorientierung geben.

Es zeigt sich, dass weder in den Pressemitteilungen der beiden Tarifparteien noch in der Presseberichterstattung selbst in größerem Ausmaß auf *Personen* fokussiert (Personalisierung) wird: Die Pressemitteilungen der Gewerkschaften und die Medienartikel sind in ähnlichem Maße personalisiert (wenn auch insgesamt auf niedrigem Niveau), wohingegen die Pressemitteilungen der Arbeitgeberverbände in diesem Punkt deutlich zurückliegen

(durchschnittlich auf einem Wert von 0,66). Während sich bei der Personalisierung bereits eine Orientierung der Gewerkschaften an den Mediendarstellungskriterien – wenn auch auf niedrigem Niveau – andeutet, zeigt sich dieses Muster mit Blick auf die Hervorhebung von *Konflikten* und *Emotionen* deutlicher. Sowohl in den Pressemitteilungen der Tarifakteure als auch in der Medienberichterstattung zeigt sich durchschnittlich eine geringe bis mittlere Konflikthaltigkeit sowie eine eher nüchterne bis ambivalente Darstellung. Jedoch bemühen die Gewerkschaften diese beiden Stilmittel in ihren Pressemitteilungen wesentlich deut-

Kaum Personalisierung

licher, als das bei den Arbeitgebermitteilungen der Fall ist. Tatsächlich übertrifft das Ausmaß der Kontroverse sowie der Emotionen in den Pressemitteilungen der Arbeitnehmerseite sogar die Medienberichterstattung selbst. Diese Medienorientierung im Sinne einer Betonung von Emotionen zeigt sich beispielsweise darin, dass Enttäuschungen über den aktuellen Verhandlungsstand geäußert und, damit einhergehend, Vorwürfe an die Gegenseite formuliert werden, wie in einer Pressemitteilung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) zu lesen ist: „Deshalb lässt er [der Bahnvorstand, Anmerkung C. K.] die Fahrgäste und Güterkunden verantwortungslos im Regen stehen“ (GDL 20.04.2015).

Eine weitere Möglichkeit, den Aufmerksamkeitskriterien der Massenmedien in den eigenen Pressemitteilungen zu genügen, besteht darin, O-Töne bzw. *direkte Zitate* (siehe Abb. 3.4) zu liefern. So lassen sich die eigenen Botschaften und Situationsdeutungen – vereinfacht dargestellt – über möglichst plakative und attraktive Formulierungen gewissermaßen hübsch verpackt an die Journalisten herantragen, in der Hoffnung, dass diese sie dann in den Artikeln veröffentlichen. In der vorliegenden Analyse wurde der Umfang (in Wörtern) der direkten Zitate erfasst, die sich eindeutig der Arbeitgeber- bzw. der Arbeitnehmerseite zuschreiben lassen.⁹ Zunächst zeigt sich – wenig überraschend –, dass sowohl die Arbeitgeber-

als auch die Arbeitnehmerseite die jeweilige Gegenseite in den eigenen Pressemitteilungen kaum direkt zu Wort kommen lässt (durchschnittlich mit 1,4 Wörtern je Pressemitteilung). Akteure aus dem eigenen Lager kommen dagegen wesentlich ausführlicher zu Wort. Bei den Gewerkschaften fallen die direkten Zitate der eigenen Anhänger – mit durchschnittlich 66,39 Wörtern – sogar doppelt so umfangreich aus wie die direkten Zitate der Arbeitgebervertreter in den eigenen Pressemitteilungen (durchschnittlich 31,58 Wörter). Bedenkt man die Tatsache, dass der Gesamtumfang (in Wörtern) der Pressemitteilungen beider Tarifparteien sehr ähnlich ist, dann lässt sich schlussfolgern, dass die Gewerkschaften über ihre Pressemitteilungen deutlich mehr Zitationsanreize an die Journalisten herantragen.

In den Presseartikeln werden die angebotenen direkten Zitate erwartungsgemäß nicht in vollem Umfang wiedergegeben. Im Durchschnitt werden Akteure der Arbeitgeberseite mit 8,71 Wörtern und die Akteure der Arbeitnehmerseite mit 11,57 Wörtern direkt in den Medien zitiert. Dieser Unterschied könnte der Tatsache geschuldet sein, dass die Gewerkschaften den Journalisten in ihren Pressemitteilungen auch tatsächlich ein größeres Angebot an direkten Zitaten zur Verfügung stellen. Eine strenge Kausalität lässt sich mit den vorliegenden Daten jedoch nicht belegen. Für beide Tarifparteien zeigt sich, dass sie in der

*Gewerkschaften
bieten mehr Zitate*

⁹ Hierbei war es unerheblich, welcher Akteur der jeweiligen Seite direkt zitiert wurde (offizieller Vertreter eines Verbandes, die Organisation als Ganzes, Unternehmensvertreter oder einzelner streikender Arbeitnehmer). Von Belang war im Rahmen dieser Analyse lediglich, dass ein Akteur, der zweifelsfrei der einen oder anderen Seite im Tarifkonflikt zugeordnet werden konnte, direkt zitiert wurde.

Medienberichterstattung nur mit sehr knappen Zitaten zu Wort kommen. Dies könnte ein Indiz für eine übergreifende Entwicklung sein, der zufolge es eine zunehmende Tendenz im Journalismus gibt, immer knappere Zitate („Sound Bites“) in einen eigenen interpretativen Kontext einzubetten (sogenannter „Sound Bite Journalism“; vgl. Hallin 1992; Donsbach/Jandura 2003).

3.4 Parallelen in der Kommunikation der Tarifakteure und den Presseartikeln

Im Folgenden soll nun betrachtet werden, ob es inhaltliche Parallelen zwischen den Pressemitteilungen der beiden Tarifakteure und den Medienartikeln gibt. Hackenbroch (1998) hat beispielsweise bei einem inhaltlichen Vergleich der Pressemitteilungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden herausgefunden, dass Wirtschaftsverbände einen deutlichen Schwerpunkt bei ökonomischen Themen setzen, während Gewerkschaften sich wesentlich intensiver Fragen der Tarifautonomie widmen. Es bleibt fraglich, ob solche inhaltlichen Unterschiede heute noch immer existieren und inwiefern sich in der Medienberichterstattung Parallelen zu den beobachteten Schwerpunktsetzungen identifizieren lassen.

Die Analyse erfolgt nicht in Form einer strengen Ursache-Wirkungs-Analyse im statistisch-methodischen Sinne. Vielmehr werden augenscheinliche inhaltlichen Parallelen zwischen den Pressemeldungen der Tarifparteien und den Medienberichten identifiziert, was einen ersten Anhaltspunkt dafür liefert,

welche mediale Resonanz die Kommunikationsaktivitäten von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften erfahren.

Zunächst können die Ereignisse verglichen werden, die sowohl den Medien als auch den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden als *Anlass zur Berichterstattung bzw. für Kommunikationsaktivitäten* (siehe Tab. 3.5) dienen. Sowohl Arbeitgeberverbände als auch Gewerkschaften versuchen den öffentlichen Diskurs unter anderem zu beeinflussen, indem sie öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen und Kampagnen initiieren, aber auch Pressekonferenzen abhalten und gezielt Medieninterviews geben. Die Medien können diese Aktionen (sogenannte Pseudo-Ereignisse) wiederum als Anlass zur Berichterstattung aufgreifen, was die Präsenz der Tarifakteure in den Medien steigert und die Chance erhöht, deren eigene Botschaften im öffentlichen Diskurs zu platzieren. Zur Analyse dieses Aspektes wurden verschiedene Typen von Ereignissen unterschieden, die zum Anlass von Medienberichterstattung werden können (Kepplinger 2001):

- *Genuine* Ereignisse beziehen sich auf aktuelle Geschehnisse, die auch ohne die Existenz des Mediensystems stattfinden könnten (z. B. Naturkatastrophen, Wahlen, Haushaltsdebatte im Bundestag, Tarifrunden, Kündigung des Tarifvertrages).
- Dagegen werden unter *inszenierten* Ereignissen solche Geschehnisse verstanden, die nur deshalb stattfinden, weil sie Medienaufmerksamkeit erzeugen (z. B. Pressekonferenzen).

Tabelle 3.5:

Aktueller Anlass von Pressemitteilungen und Artikeln

	PM Arbeitgeberverbände n=48	PM Gewerkschaften n=80	Presse n=1.290
Genuine Ereignisse	26 %	40 %	64 %
Medienwirksame Ereignisse der Arbeitgeberverbände	64 %	1 %	6 %
Medienwirksame Ereignisse der Gewerkschaften	10 %	59 %	15 %
Sonstige Ereignisse	0 %	0 %	15 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %

■ Daneben gibt es *mediatisierte* Ereignisse, die zwar auch ohne Medienaufmerksamkeit stattfinden würden, jedoch eigens so gestaltet werden, dass sie Medienaufmerksamkeit auf sich ziehen (z. B. die öffentliche Inszenierung der Kündigung eines Tarifvertrages).

Inszenierte und mediatisierte Ereignisse werden nachfolgend zusammengefasst.

Erwartungsgemäß nehmen die beiden Tarifakteure jeweils ihre eigenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen am häufigsten zum Anlass für Pressemitteilungen (AG: 64 Prozent; AN: 59 Prozent). Während die Gewerkschaften jedoch so gut wie keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Gegenseite kommuni-

zieren, tauchen immerhin in 10 Prozent der Arbeitgeberpressemittellungen medienwirksame Ereignisse der Gewerkschaften auf. Dies ist in Anlehnung an das Timing der Veröffentlichung von Pressemitteilungen und Medienberichten (siehe Abb. 3.2, S. 32) womöglich darauf zurückzuführen, dass die Arbeitgeberverbände sich gezwungen sehen, auf die öffentlichkeitswirksamen Streikaktionen der Gewerkschaften zu reagieren, etwa indem sie die Arbeitsk Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften in ihren Pressemitteilungen aufgreifen und versuchen, diese in ein negatives Licht zu rücken, um so die Deutungshoheit der Situation im öffentlichen Diskurs zu erlangen. Im Vergleich dazu nehmen die beiden Tarifparteien

Gewerkschaftsaktionen medienwirksam

seltener genuine Ereignisse zum Anlass ihrer Mitteilungen an die Medien: Die Arbeitgeberverbände veröffentlichen nur 26 Prozent ihrer Pressemitteilungen und die Gewerkschaften 40 Prozent ihrer Pressemitteilungen anlässlich genuin auftretender Ereignisse wie der Kündigung eines Tarifvertrages oder einer Verhandlungsrunde. Der Blick auf die Berichterstattung in den Medien zeigt jedoch ein anderes Muster: Ein Großteil der Medienberichte (64 Prozent) wird angestoßen durch genuine Geschehnisse. Die restlichen 36 Prozent Medienberichte haben medienwirksame Ereignisse zum Anlass, wobei sich insbesondere diejenigen der Arbeitnehmerseite als erfolgreich erweisen. Insgesamt 15 Prozent aller Medienartikel gründen auf einer medienwirksamen Aktion der Gewerkschaften, während dies nur in sechs Prozent der Fälle für Aktionen der Arbeitgeberseite zutrifft. Dies spricht dafür, dass es den Gewerkschaften besser gelingt, sich mit eigenen Aktionen und medienwirksamen Inszenierungen in der Presseberichterstattung zu platzieren.

Themen und Konsequenzen des Tarifkonfliktes

Neben den Anlässen zur Herausgabe von Pressemitteilungen und zur Veröffentlichung von Artikeln in den Printmedien lassen sich auch die inhaltlichen Muster vergleichen: Zum einen kann danach unterschieden werden, welche *Themen* (siehe Tab. 3.6) im Mittelpunkt der Pressemitteilungen einerseits und Medienberichte andererseits stehen. Zum anderen kann das Augenmerk auf die *Konsequenzen des Tarifkonfliktes* (siehe Tab. 3.7) gelegt werden,

die in den Pressemitteilungen und Artikeln diskutiert werden. Im Rahmen der vorliegenden Inhaltsanalyse wurden pro Artikel bzw. Pressemitteilung bis zu drei Themenschwerpunkte und bis zu zwei Konsequenzen des Tarifkonfliktes, die in dem Beitrag diskutiert wurden, erfasst.¹⁰ Zunächst zeigt sich, dass in allen drei Beitragsarten (Pressemitteilungen AG, Pressemitteilungen AN, Medienberichte) in etwa gleich viele Themen dargestellt wurden (durchschnittlich zwischen 2,27 und 2,39 Themen). In allen drei Berichtformen dominiert eine ereignislastige Darstellung des Tarifkonfliktes; insbesondere die Gewerkschaften stellen in fast allen Pressemitteilungen die Ereignisse der Tarifauseinandersetzung anhand von Fakten dar. Daneben diskutieren sie intensiv die Forderungen und Angebote (60 Prozent aller AN-Pressemitteilungen) und benennen Ursachen und Probleme in der Tarifauseinandersetzung (39 Prozent). Im Gegensatz dazu liefern die Arbeitgeberverbände in ihren Pressemitteilungen vor allem Serviceinformationen für Betroffene der Arbeitskampfmaßnahmen (in 56 Prozent AG-Pressemitteilungen). Darüber hinaus widmen auch sie sich den Hintergründen der Auseinandersetzung, indem sie Forderungen und Angebote (32 Prozent) diskutieren, aber auch die Folgen (30 Prozent) der Auseinandersetzung thematisieren.

Die Medienberichterstattung ist im Vergleich zu den Themenschwerpunkten der Pressemitteilungen beider Seiten thema-

¹⁰ Die Prozentuierung der Themen und Konsequenzen erfolgt auf der Basis der Beiträge (d. h. sämtlicher Pressemitteilungen des jeweiligen Tarifakteurs und der Gesamtzahl der Artikel). Dies führt dazu, dass in der Summe mehr als 100% resultieren, da bis zu drei Themen und zwei Konsequenzen je Artikel erfasst werden konnten.

Tabelle 3.6:

Themen in den Pressemitteilungen und Artikeln

	PM Arbeitgeberverbände n=48	PM Gewerkschaften n=80	Presseartikel n=1.309
Ereignislastige Darstellung des Konfliktstandes	67 %	90 %	72 %
Diskussion Forderungen/Angebote	32 %	60 %	29 %
Diskussion Ursachen und Probleme	21 %	39 %	30 %
Diskussion Folgen	30 %	14 %	25 %
Ökonomie und Arbeit	7 %	14 %	13 %
Serviceinformation	56 %	5 %	10 %
Darstellung der Tarifparteien	7 %	4 %	8 %
Darstellung von Einzelschicksalen	0 %	0 %	8 %
Die Tarifpolitik im gesell.-polit. System	1 %	7 %	23 %
Sonstige Themen	6 %	7 %	9 %
Quote* (durchschnittl. Themen pro Beitrag)	2,27	2,39	2,29

* Höchstens drei, da maximal drei Themen erfasst wurden.

Tabelle 3.7:

Konsequenzen des Tarifkonfliktes in den Pressemitteilungen und Artikeln

	PM Arbeitgeberverbände n=32	PM Gewerkschaften n=30	Presseartikel n=874
Folgen für Arbeitsbedingungen Arbeitnehmer	20 %	52 %	12 %
Konsequenzen für Arbeitgeberseite (langfr./Gewinne)	7 %	15 %	15 %
Folgen für Produktion/Herstellung/ Bereitstellung der Dienstleistung	42 %	26 %	41 %
Übergreifende ökonomische Konsequenzen	10 %	13 %	14 %
Unmittelbare Konsequenzen für Endverbraucher	68 %	28 %	51 %
Folgen für die Qualität des Produktes/ der Dienstleistung	9 %	3 %	2 %
Gesell.-polit. Konsequenzen	6 %	15 %	19 %
Sonstige Konsequenzen	2 %	4 %	6 %
Quote* (durchschnittl. Konsequenzen je Beitrag)	1,08	0,59	1,06

* Höchstens zwei, da maximal zwei Konsequenzen erfasst wurden.

tisch wesentlich breiter und vielfältiger aufgestellt – eher wie ein Mischprodukt aus dem kommunikativen Input der Tarifakteure. Die vergleichsweise umfangreiche Diskussion der Tarifpolitik im gesellschaftspolitischen System (in 23 Prozent aller Medienartikel) sticht hervor und lässt sich vermutlich darauf zurückführen, dass gerade im Kontext der Lokführer- und Pilotenkonflikte das Tarifeinheitsgesetz in den Medien umfangreich diskutiert wurde.

Mit Blick auf die Diskussion der *Konsequenzen* (siehe Tab. 3.7), die aus der Tarifauseinandersetzung kurzfristig und langfristig erwartet werden, zeigen sich ähnlich deutliche Unterschiede zwischen den Pressemitteilungen der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften: Während in den AG-Pressemitteilungen und in den Medienartikeln durchschnittlich rund eine Konsequenz diskutiert wird, geschieht dies in den Pressemitteilungen der Gewerkschaften wesentlich seltener (nur durchschnittlich 0,59 Konsequenzen je Meldung). Erstere fokussieren sich in ihren Kommunikationsinhalten vor allem auf die Folgen für die Endverbraucher (in 68 Prozent aller Pressemitteilungen), was mit dem Themenfokus auf Serviceinformationen korrespondiert. Darüber hinaus werden die Folgen für die Produktion von Gütern bzw. die Bereitstellung von Dienstleistungen diskutiert, die aus der Tarifauseinandersetzung resultieren (42 Prozent). Es dominiert also deutlich die Produzentenperspektive und die Absicht, die Folgen für unbeteiligte Verbraucher hervorzuheben.

Bei den Gewerkschaften sticht dagegen die Perspektive auf die Arbeitsbedingungen der

Arbeitnehmer (in 52 Prozent aller Pressemitteilungen) hervor, aber auch die Folgen für die Endverbraucher finden Beachtung. Die bereits von Hackenbroch (1998) dargestellten Unterschiede (Arbeitgeberverbände betonen ökonomische Themen, Gewerkschaften Fragen der Tarifautonomie) scheinen sich hier zumindest in Ansätzen zu bestätigen. Insgesamt wird bei den Gewerkschaften eine größere Vielfalt an Konsequenzen aus dem Tarifkonflikt diskutiert. Die Medienberichterstattung offenbart dagegen eine deutliche Parallele zur Diskussion der Konsequenzen in den AG-Pressemitteilungen: Thematisch dominieren die Konsequenzen für den Endverbraucher (51 Prozent aller Artikel) und die Produzentenperspektive auf die Folgen für die Herstellung bzw. Bereitstellung der Ware oder Dienstleistung (41 Prozent). Diese inhaltliche Ähnlichkeit zwischen Printberichterstattung und Arbeitgebermitteilungen könnte sich daraus erklären, dass die Gewerkschaften in ihren Kommunikationsinhalten zahlenmäßig wesentlich weniger Konsequenzen an die Medien transportieren.

3.5 Mediale Resonanz: Parteinahme zugunsten der Tarifakteure in der Printberichterstattung

Inhaltliche Parallelen zwischen den Pressemitteilungen der Tarifparteien und der Medienberichterstattung sind ein erster Hinweis darauf, welche Tarifakteure eine höhere mediale Resonanz erfahren. Ein wesentlich deutlicherer Hinweis ist eine direkte oder indirekte Parteinahme der Journalisten zugunsten der Arbeit-

*Gewerkschaften
diskutieren weniger
Konsequenzen*

Tabelle 3.8:

Forderungen und Angebote der Tarifparteien

	Forderungen Gewerkschaften*		Angebote Arbeitgeberverbände		
	PM Gewerkschaften n=116	Presseartikel n=908	PM Arbeitgeberverbände n=42	PM Gewerkschaften n=93	Presseartikel n=623
Entgelt	58 %	64 %	38 %	27 %	36 %
Sonderzahlungen	1 %	0 %	13 %	19 %	8 %
Arbeitszeit	6 %	5 %	7 %	27 %	14 %
Renten	3 %	9 %	10 %	7 %	17 %
Qualitative Forderungen	13 %	4 %	6 %	1 %	4 %
Regelungen allg. Tarifstruktur	7 %	9 %	17 %	5 %	10 %
Sonstige Forderungen/Angebote	12 %	9 %	7 %	14 %	12 %
	100 %	100 %	98 %**	100 %	101 %**
Anteil begründeter Forderungen	40 %	11 %	45 %	8 %	21 %
Anteil bewerteter Forderungen	18 %	12 %	24 %	38 %	23 %
<i>Bewertung (1-5)</i>	4.04	2.38	3.91	1.65	2.69

* AG PMs sind hier nicht aufgeführt, da zu geringe Fallzahl. **Abweichungen von 100 % resultieren aus Rundungsfehlern.

geber- bzw. Arbeitnehmerseite. Dabei sprechen sich die Journalisten in den seltensten Fällen klar und eindeutig zugunsten der einen oder anderen Seite aus, vielmehr bevorteilen sie (bewusst oder unbewusst) die Positionen oder Akteure, indem die eine oder die andere Seite in ein positiveres Licht gerückt und umfangreicher dargestellt wird. Insbesondere die Positionen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, wie sie sich in deren *Forderungen und Angeboten* (siehe Tab. 3.8) ausdrücken, bieten den Journalisten einen Ansatzpunkt, eine Seite zu begünstigen, indem sie

deren Standpunkt in den Medien hervorheben, während der der Gegenseite heruntergespielt wird. Im Rahmen der vorliegenden quantitativen Inhaltsanalyse wurden die Forderungen der Gewerkschaften und die Angebote der Arbeitgeberverbände erfasst, wie sie in den Pressemitteilungen der Tarifkontrahenten und in der Medienberichterstattung dargestellt wurden. Pro Beitrag wurden bis zu drei Forderungen und bis zu drei Angebote erhoben (ausgewiesen ist der Anteil an Mitteilungen/Artikeln, der die entsprechenden Forderungen/Angebote enthält). Zudem wurde für jede Forderung und

jedes Angebot ermittelt, ob diese begründet und ob und wie diese bewertet wurden. In der Tabelle ist demnach zum einen dargestellt, wie über die Angebote der Arbeitgeberverbände in allen drei Berichtsformen kommuniziert wird (drei Spalten rechts). Ebenso ist zu sehen, wie über die Forderungen der Gewerkschaften in deren eigenen Pressemitteilungen und in der Medienberichterstattung berichtet wird (erste und zweite Spalte in der Tabelle). Die Darstellung der Gewerkschaftsforderungen in den Pressemitteilungen der Arbeitgeberverbände wurde im Rahmen der Datenerhebung zwar erfasst, sie wird in der weiteren Analyse jedoch nicht beachtet, weil die Fallzahl zu klein ist. Inhaltlich bedeutet dies, dass die Arbeitgeberverbände in ihren Pressemitteilungen nicht oder nur in sehr geringem Umfang über die Forderungen der Gegenseite reden.

Forderungen und Angebote

Betrachtet man nun die inhaltliche Struktur der *Forderungen der Gewerkschaften*, wie sie in den eigenen Pressemitteilungen und der Medienberichterstattung dargestellt werden, so zeigt sich, dass die Gewerkschaften am häufigsten Entgeltforderungen (58 Prozent der AN-Pressemitteilungen enthalten Entgeltforderungen) darlegen. Diese Forderungen der Gewerkschaften werden in der Medienberichterstattung sogar noch betont (in 64 Prozent der Artikel). Die größte Diskrepanz zeigt sich hinsichtlich der qualitativen Forderungen: Während qualitative Aspekte (beispielsweise Gesundheitsschutz, die Übernahme von Azubis und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben) in 13 Prozent aller Pressemitteilungen der Gewerkschaften

thematisiert werden, tauchen diese gewerkschaftsseitigen Ansprüche in nur vier Prozent aller Artikel der Presseberichterstattung auf. Hinsichtlich der *Angebote der Arbeitgeberverbände* zeigt sich zunächst ein überraschendes Bild: Während die Arbeitgeberverbände über die Forderungen der Arbeitnehmerseite kaum berichten, gilt dies umgekehrt nicht. Die Gewerkschaften berichten sogar häufiger über die Angebote der Arbeitgeber als diese über ihre eigenen Positionen. Hinsichtlich der inhaltlichen Struktur der Arbeitgeberangebote in den eigenen und gewerkschaftsseitigen Pressemitteilungen sowie der Medienberichterstattung lässt sich kein eindeutiges Muster erkennen. Insgesamt weisen die Arbeitgeberangebote in allen drei Textformen eine größere inhaltliche Variationsbreite auf als die Darstellung der Gewerkschaftsforderungen.

Neben der inhaltlichen Struktur der Angebote und Forderungen sind insbesondere deren *Begründung und Bewertung* aufschlussreich. Diese sorgen dafür, dass die Angebote und Forderungen inhaltliches Gewicht erhalten, weil sie nachvollziehbar gemacht werden und substantiell erscheinen. Für die Forderungen der Gewerkschaften zeigt sich, dass die Gewerkschaften in weniger als der Hälfte aller Fälle ihre eigene Position begründen und nur eine von fünf Forderungen bewerten. Der Anteil an Begründung und Bewertung der gewerkschaftsseitigen Forderungen ist in der Presseberichterstattung noch geringer: Lediglich elf Prozent aller dargestellten Gewerkschaftsforderungen werden begründet, zwölf Prozent bewertet, wobei die Bewertung auf einer Skala

von 1 = ‚sehr negativ‘ bis 5 = ‚sehr positiv‘ eher leicht negativ ausfällt.

Bei den Angeboten der Arbeitgeberverbände zeigt sich, dass diese ihre Angebote ebenfalls in weniger als der Hälfte aller Fälle begründen und nur in rund einem Viertel bewerten. Die Presse begründet und bewertet die Arbeitgeberangebote nicht ganz so selten wie die der Gegenseite (21 Prozent aller dargestellten AG-Angebote werden begründet und 23 Prozent aller dargestellten AG-Angebote werden bewertet). Im Vergleich zu den gewerkschaftlichen Forderungen werden die Angebote der Arbeitgeberverbände zwar ebenfalls leicht negativ, aber tendenziell etwas besser bewertet. Interessant erscheint insbesondere, wie die Gewerkschaften über die Angebote der Gegenseite berichten: Kaum jedes zehnte dargestellte Angebot der Gegenseite wird begründet – vermutlich um der Gegenposition keine inhaltliche Substanz zu liefern. Jedoch werden 38 Prozent aller Arbeitgeberangebote in den Pressemitteilungen der Gewerkschaften bewertet, und das vor allem negativ. Dieses Muster erinnert stark an die Wahlkampfstrategie des negativen Campaigning von politischen Parteien: Die Inhalte und Positionen der Gegenseite werden verknapp aufgegriffen, aber gleichzeitig in ein negatives Licht gerückt (Lau/Sigelman/Rovner 2007; Walter/Vliegenthart 2010).

Die Darstellung der inhaltlichen Positionen von Arbeitgeberverbänden und Gewerk-

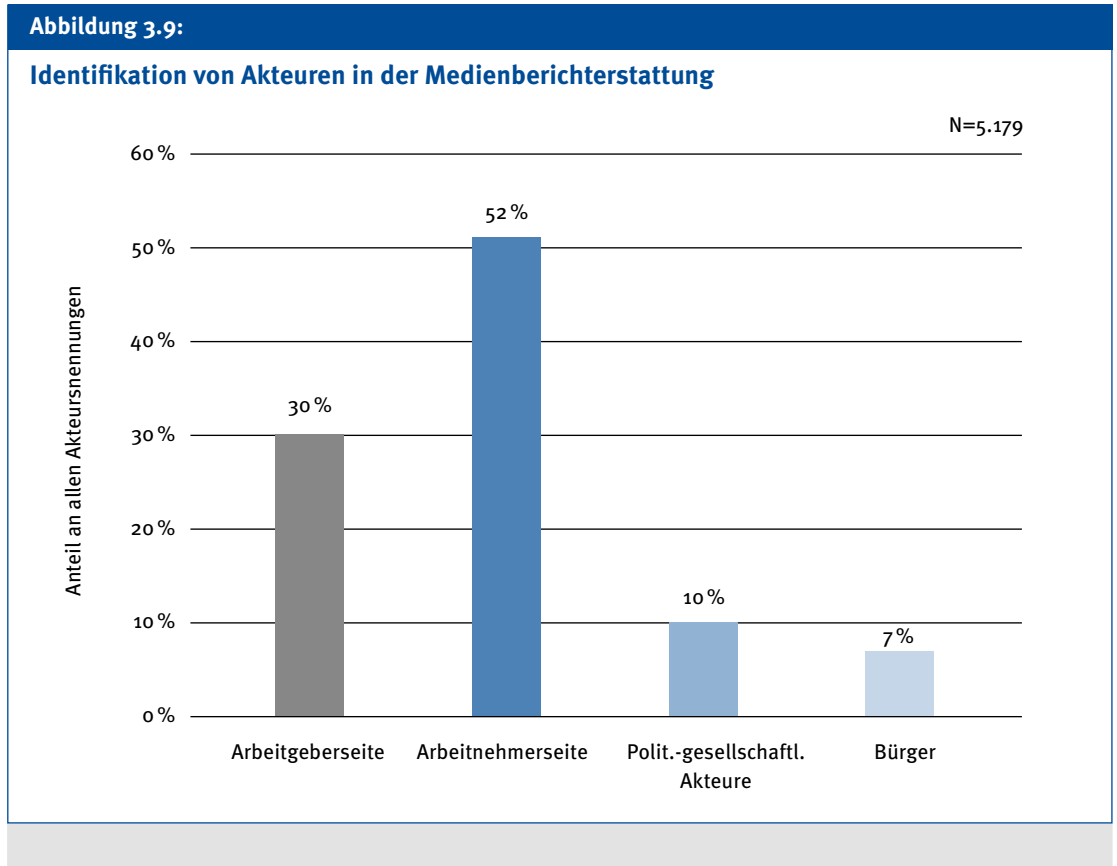
schaften im Tarifkonflikt stellt bereits ein deutliches Indiz dafür dar, welche Seite hierbei eine günstigere mediale und damit öffentliche Resonanz erhält. Über die inhaltliche Position hinaus ist auch die *Sichtbarkeit von Akteuren* der jeweiligen Seite eine Möglichkeit, Öffentlichkeit für den entsprechenden Tarifakteur herzustellen. Bei der Analyse der Medienberichterstattung wurde erfasst, welche Akteure als aktiv handelnde in der Printberichterstattung präsentiert werden (siehe Abb. 3.9).¹¹ Pro Artikel konnten bis zu fünf Akteure erfasst werden.

Es zeigt sich, dass mehr als die Hälfte aller in der Medienberichterstattung genannten Akteure Arbeitnehmervertreter sind; dagegen sind nur knapp ein Drittel der Arbeitgeberseite zuzuordnen. Andere Akteure wie Personen des gesellschaftlichen oder politischen Lebens (z. B. Schlichter) und Bürger (z. B. betroffene Verbraucher) spielen nur eine untergeordnete Rolle. Damit wird deutlich, dass die handelnden Personen der Arbeitnehmerseite das Bild der Medienberichterstattung über die ausgewählten Tarifkonflikte prägen. Insgesamt zeigt sich hinsichtlich der Parteinahme der Medien in ihrer Berichterstattung über die ausgewählten Tarifkonflikte, dass zwar deutlich mehr Personen und Organisationen der Gewerkschaftsseite in den untersuchten Printmedien dargestellt werden. Allerdings erfahren die inhaltlichen Positionen der Arbeitgeberseite im

Dominanz der Gewerkschaftsakteure

„Negative Campaigning“ im Tarifkonflikt

¹¹ Hierbei wurde lediglich unterschieden, ob es sich um aktiv handelnde Akteure handelt, die zweifelsfrei der einen oder anderen Seite im Tarifkonflikt zugeordnet werden konnten. Dabei war unerheblich, ob es sich dabei um den Arbeitgeberverband oder die Gewerkschaft als Ganzes, einen einzelnen offiziellen/inoffiziellen Vertreter, einen Betriebsrat oder einen Unternehmensvertreter der entsprechenden Branche handelte.



Sinne ihrer Angebote im Tarifstreit eine substanziellere (d. h., sie werden häufiger begründet) und leicht positivere Darstellung als die der Arbeitnehmerseite.

3.6 Zusammenfassung

Art und Inhalte der Medienberichterstattung sind maßgeblich durch die Quellen beeinflusst, die den Journalisten bei der Recherche zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Berichterstattung über Tarifkonflikte sind dies insbesondere die Pressemitteilungen der beiden Tarifparteien. Allerdings können die Tarif-

akteure naturgemäß nicht davon ausgehen, dass sich ihre Deutungsangebote in vollem Umfang in der Berichterstattung niederschlagen. Entscheidend für eine hohe mediale Resonanz ist die Medienorientierung der Öffentlichkeitsarbeit von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Ziel der Analyse des dritten Kapitels war es deshalb, die Kommunikationsaktivitäten der beiden Tarifakteure hinsichtlich ihrer Medienorientierung zu vergleichen. Zudem wurden in einem zweiten Schritt Parallelen zwischen der Medienberichterstattung und den Pressemitteilungen der beiden Tarifkontrahenten identifiziert und schließlich die

Resonanz der Tarifakteure in den Medien anhand ausgewählter Merkmale der Parteinahme in der Berichterstattung betrachtet.

Der Vergleich der Kommunikationsaktivitäten von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zeigt, dass Gewerkschaften die Massenmedien wesentlich intensiver und medienorientierter (in stilistischer Hinsicht und was die angebotenen O-Töne angeht) adressieren. Dieser Befund steht im Einklang mit den Erkenntnissen von Hackenbroch (1998). Des Weiteren zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Akteuren auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, die vermutlich durch die jeweilige Zielgruppenorientierung bedingt sind: Je mehr eine beteiligte Gewerkschaft bzw. ein Arbeitgeberverband darauf angewiesen ist, eine breite und heterogene Gruppe zu erreichen, desto intensiver werden Journalisten mit Pressemitteilungen bedacht (zu ähnlichen Ergebnissen gelangt Hackenbroch 1998). Zudem zeigen sich deutliche Unterschiede im Timing der Pressemitteilungen: Gewerkschaften konzentrieren ihre Kommunikationsaktivitäten vor allem auf die Verhandlungsphase, während die Arbeitgeberverbände insbesondere im offenen Tarifkonflikt Pressemitteilungen veröffentlichen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Arbeitnehmerseite durch Warnstreiks und Streiks ohnehin öffentliche Aufmerksamkeit genießt und deshalb keine unmittelbare kommunikative Handlungsnotwendigkeit gesehen wird. Auf die Arbeitgeberverbände dagegen üben die öffentlichkeitswirksamen Streikmaßnahmen einen Handlungsdruck bzw. Druck zur Kommunikation aus.

Vergleicht man nun die inhaltlichen Muster der Pressemitteilungen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften mit denen der Medienberichterstattung, so zeigt sich zunächst, dass es den Gewerkschaften offenbar besser gelingt, mit inszenierten öffentlichkeitsorientierten Aktionen Medienberichterstattung zu initiieren. Dagegen offenbart die inhaltliche Diskussion der Konsequenzen eines Tarifkonfliktes in den Medien eine deutliche Parallele zu den Arbeitgeber-Pressemitteilungen. Die thematische Darstellung weist in allen drei Elementen (Pressemitteilungen AG, Pressemitteilungen AN, Medienberichterstattung) einen deutlichen Ereignisfokus auf. Während die Gewerkschaften darüber hinaus insbesondere auf die Hintergründe des Tarifkonflikts eingehen, setzen die Arbeitgeberverbände zusätzlich stark auf Serviceinformationen für Endverbraucher zum Tarifkonfliktgeschehen. Die Medienberichterstattung erscheint thematisch als ein Mischprodukt aus beiden Quellen. Abschließend kann festgehalten werden, dass sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerseite hinsichtlich einzelner Merkmale offenbar einen Einfluss auf die spezifische Gestalt der Medienberichterstattung haben, die Journalisten jedoch eine eigene Perspektive auf die Sachlage einbringen.

Während die inhaltlichen Parallelen bereits andeuten, welche Seite im Tarifkonflikt welche Resonanz in der hier untersuchten Printberichterstattung erfährt, zeigen Anzeichen von Parteinahme deutlicher, inwiefern Medien auf eine der Seiten reagieren. Im Rahmen der vorliegenden Analyse wurden hierzu die

*Fokus auf
Einzelereignisse*

*Parteinahme
der Medien?*

*AG-Angebote
positiver bewertet*

Sichtbarkeit der Tarifakteure sowie die Darstellung der inhaltlichen Positionen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften betrachtet. Hier zeigte sich zunächst, dass Gewerkschaftsakteure in der Presse deutlich mehr hervortreten als Vertreter der Gegenseite. Jedoch werden die arbeitgeberseitigen Angebote tendenziell substantieller dargestellt (weil häufiger begründet) und etwas häufiger positiv bewertet als die Forderungen der Gewerkschaften.

In der Gesamtschau der Analyse zeigt sich zunächst, dass die Kommunikationsaktivi-

täten der Tarifakteure deutliche Unterschiede aufweisen. Die Gewerkschaften agieren medienorientierter, das heißt sie orientieren sich mehr an Merkmalen, die Medien in ihren Berichten aufgreifen. Ein direkter Niederschlag dessen lässt sich in der Medienberichterstattung jedoch nicht aufzeigen: Der Vergleich verschiedener inhaltlicher Elemente in der Printberichterstattung einerseits und in den Pressemitteilungen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften andererseits zeigt, dass die mediale Resonanz deutlich differenzierter betrachtet werden muss.

4 Spezifische Muster in der Medienberichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte und Konfliktphasen

4.1 Zielsetzung des Kapitels

Im vierten Kapitel sollen spezifische Muster in der Medienberichterstattung über Tarifkonflikte identifiziert werden. Da sich Tarifkonflikte hinsichtlich verschiedener Eigenschaften wie der beteiligten Akteure, des Ausmaßes des Konflikts und der Reichweite potenzieller Arbeitskampfmaßnahmen unterscheiden, ist es plausibel, dass sich auch die Medienberichterstattung über Tarifkontakte entlang solcher Eigenschaften unterscheidet. Darüber hinaus fällt die Aufbereitung durch die Medien in den verschiedenen Phasen des Tarifkonflikts jeweils anders aus, da Zielsetzungen, Argumente und allgemeine Stimmung zu verschiedenen Zeitpunkten einer Tarifauseinandersetzung variieren. Dabei stellen sich folgende Fragen:

- Welche Unterschiede zeigen sich in der Medienberichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte?
- Wie unterscheidet sich die Medienberichterstattung über verschiedene Phasen im Tarifkonflikt?

4.2 Theoretischer Hintergrund und Forschungsstand

Medienberichterstattung vermag ganz unterschiedliche Darstellungen von ein und demselben Ereignis zu liefern (Lippmann 1922). Ein oft zitiertes Beispiel ist die Parade anlässlich des McArthur's Day in Chicago im Jahr 1951: Während die Übertragung im Fernsehen suggerierte, es handele sich um ein freudiges und aufregendes Event, das von den Anwesenden

enthusiastisch begleitet wurde, berichteten Teilnehmende vor Ort von einem durchweg von Langeweile und wenig Stimmung geprägten Ereignis (Lang/Lang 1953). Ähnliches ist für die Anti-Vietnamkriegs-Proteste in London im Jahr 1968 dokumentiert: Während der Großteil der Demonstration friedlich verlief, zeigte sich eine kleinere randständige Gruppe als gewaltbereit. Die Medienberichterstattung über dieses Ereignis war jedoch nahezu ausschließlich von den Geschehnissen rund um diese Gruppe radikaler Demonstranten geprägt (Halloran u. a. 1970).

Die Ursachen für diese Diskrepanz zwischen der Mediendarstellung und der Realität sind vielfältig: Neben den Quellen, die der Berichterstattung zugrunde liegen, lassen sich etwa Vorgaben in der Redaktion und durch die Verleger, aber auch allgemeine kulturelle und politische Einflüsse ausmachen (Breed 1955; Hanitzsch 2009; Maurer/Reinemann 2006; Preston 2009; White 1950). Zudem nehmen Journalisten die Realität nicht ungefiltert wahr, sondern werden dabei durch ihre früheren Erfahrungen, Einstellungen und Zielsetzungen sowie Persönlichkeitsfaktoren geleitet (Donsbach 2004; Lippmann 1922; Noelle-Neumann/Mathes 1987). Demnach stellt die Medienberichterstattung weniger ein Abbild als vielmehr eine journalistische Interpretation der Realität dar (Schulz 1976).

Journalisten halten vor allem solche Ereignisse für berichtenswert, die auf Interesse beim Publikum des eigenen Mediums stoßen könnten (Östgaard 1965; Kepplinger/Ehmig 2006; Schulz 1976; Maier/Stengel/Marschall

2010). Die Nachrichtenwertforschung hat hierbei verschiedenste Merkmale von Ereignissen identifiziert (sogenannte Nachrichtenfaktoren), denen Journalisten mit Blick auf den vermuteten Anklang beim Publikum eine besondere Bedeutung beimessen und an denen sie sich in ihrer Nachrichtenauswahl und -bearbeitung orientieren. Je mehr und je intensiver ein Ereignis solche spezifischen Nachrichtenfaktoren aufweist, desto höher ist sein Nachrichtenwert und desto wahrscheinlicher wird darüber berichtet (Galtung/Ruge 1965; Schulz 1976; Kepplinger/Ehming 2006). Journalisten schreiben über Ereignisse mit höherem Nachrichtenwert häufiger, prominenter und umfangreicher (Schulz 1976). Eine Analyse der privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehnachrichten im Jahr 2004 zeigt beispielsweise, dass bevorzugt über Ereignisse berichtet wird, an denen Akteure mit hoher gesellschaftlicher Macht (Einfluss) und/oder bekannte Persönlichkeiten (Prominenz) beteiligt sind, in denen es um konkrete Handlungen statt um abstrakte Prozesse geht (Faktizität) und in denen diskrepante Haltungen aufeinandertreffen bzw. Konflikte ausgetragen werden (Kontroverse). Zudem berichteten die Fernsehjournalisten tendenziell eher über Ereignisse, die eine große Bevölkerungsgruppe betreffen (Reichweite) oder die Schäden verursachen (Schaden), sich gut in Form von Bildern präsentieren lassen (Visualität) und bereits eine gewisse Karriere als Medienthema haben (Etablierung) (Maier/Ruhrmann/Klietsch 2006). Diejenigen Eigenschaften einer Nachricht, die sie berichtenswert machen, werden zudem besonders her-

vorgehoben (z. B. werden die negativen Konsequenzen einer Naturkatastrophe umfangreich dargestellt) (Galtung/Ruge 1965).

Diese Mechanismen der Nachrichtenauswahl und Gestaltung schlagen sich in prägenden und systematischen Mustern innerhalb der Berichterstattung über aktuelles Geschehen nieder. Frühere Studien haben auch bei der Medienberichterstattung über Tarifpolitik derlei Muster identifiziert. So rangierten im Jahr 2014 die Lokführer- und Pilotenstreiks unter den Top-10-TV-Nachrichtenthemen, während die anderen Tarifkonflikte des Jahres (z. B. des öffentlichen Dienstes oder des Bankgewerbes, der chemischen Industrie sowie der Elektro- und Stahlindustrie) nicht in der Rangliste auftauchen (Krüger 2015). Ähnliches lässt sich für die Jahre 2006 am Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes und 2007 am Bahntarifkonflikt zeigen (Krüger/Zapf-Schramm 2012). Offenbar stellen einzelne Tarifaussensetzungen vergleichsweise herausragende Berichterstattungsanlässe für die Journalisten dar, während das Gros der Tarifpolitik kaum Beachtung findet (Tenscher 2006). Ähnlich verhält es sich, blickt man auf die Akteure: In der Berichterstattung stehen einzelne Gewerkschaften – hier vor allem die IG Metall und Ver.di – deutlich im Vordergrund, während andere Gewerkschaften nur am Rande eine Rolle spielen (Medientenor 2004, Forschungsbericht Nr. 148, zit. nach Maurer/Reinemann 2006). Auch Vertreter von Wirtschaftsverbänden finden sich, je größer und einflussreicher ihr Verband ist, desto eher in der Medienöffentlichkeit wieder (Preusse/Zielmann 2010). Diese Erkenntnisse werden

*Gros der Tarifpolitik
findet wenig Beachtung*

durch die Ergebnisse einer Inhaltsanalyse der Politikberichterstattung im Jahr 1990 jedoch etwas differenziert: Nicht unbedingt allein der Status der Akteure, sondern vielmehr die Kombination aus Status und Intensität der verbandlichen Öffentlichkeitsarbeit scheinen die massenmediale Resonanz auf einzelne Akteure zu erklären (Hackenbroch 1998).

Die Fokussierung auf einzelne Tarifauseinandersetzungen sowie Akteure könnte auf die Bedeutsamkeit der Nachrichtenfaktoren Betroffenheit (Bedeutsamkeit eines Ereignisses für die Bevölkerung aus Sicht des Journalisten) sowie Prominenz (der beteiligten Akteure) hindeuten (Ähnliches vermutet Tenscher 2006). Überdies zeigt sich – ähnlich wie in der Berichterstattung über Politik und Wirtschaft generell (Negativismustendenz; vgl. Maurer 2003; Soronka 2012) – ein stark ausgeprägter Fokus auf Konfliktmomente: Es wird im Vergleich zu anderen Aspekten der Tarifpolitik überproportional häufig über Streikaktivitäten berichtet (Hartmann 1975; Schmidt 1993). Schmidt (1993) offenbarte in ihrer Langzeitanalyse der Medienberichterstattung über Gewerkschaftsaktivitäten in den USA zwischen 1946 und 1985 sogar eine umgekehrte Abhängigkeit: Während die Streikaktivitäten in diesem Zeitraum zurückgingen, nahm die Zahl der Medienartikel über Streikmaßnahmen zu, was die Autorin zu dem Schluss brachte, dass die Frequenz von Arbeitskampfmaßnahmen im Vergleich zu ihrem tatsächlichen Auftreten übertrieben werde.

Zudem werden Arbeitskampfmaßnahmen vorwiegend aus einer negativen Perspektive dargestellt: Warnstreiks und Streiks erschei-

nen als Störung der öffentlichen Ordnung und Stabilität (Gunster 2008; Hartmann 1975; Knight 2001). Sigrid Koch-Baumgarten (2013) erklärt diese starke Konzentration der Journalisten auf Arbeitskampfmaßnahmen wie folgt: Während das Gros der Tarifauseinandersetzungen stark routiniert, meist konsensorientiert unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet, tragen Arbeitskampfmaßnahmen den Konflikt in die breite Öffentlichkeit und bringen ihn auf die Agenda der Massenmedien (ähnlich argumentiert Tenscher 2006). Dies führt zur Entstehung eines publizistischen Konfliktes und damit zu einer intensiven sowie kontroversen Phase der Berichterstattung, in der die „Auseinandersetzung [...] zwischen mindestens zwei Kontrahenten [...] mit Hilfe der Massenmedien vor dem Publikum ausgetragen“ wird (Kepplinger 2009). Dieser Fokus vieler Journalisten auf Streiks und Konfliktmomente interpretiert Hartmann (1975) jedoch als sinnvoll: Da Konflikte Abweichungen vom Normalzustand darstellen und auf soziale Spannungen und gesellschaftlich bedeutsame Fragen hindeuten, sei eine solche Fokussierung nicht nur nachvollziehbar, sondern auch wünschenswert, da nur so gesellschaftliche Problemlagen beseitigt werden könnten.

Gleichzeitig zeigen frühere Erkenntnisse, dass Journalisten gerade im Rahmen publizistischer Konflikte eine Seite gegenüber der anderen in ein günstigeres Licht rücken. Im Zuge dessen werden beispielsweise bestimmte Ereignisse ausgewählt, andere dagegen nicht aufgegriffen, oder es werden bestimmte Themenaspekte innerhalb einer Nachricht

Streik als Störung

Fokus auf Konflikte

hervorgehoben, andere heruntergespielt, und schließlich kommen bestimmte Stimmen zu Wort, während andere stumm bleiben, um – bewusst oder unbewusst – die eigene Sichtweise der Journalisten zu stützen (Hagen 1992; Kepplinger 1989; Kühne 2011; Staab 1990).

Derartige Muster identifizieren frühere Studien auch für die mediale Darstellung der Tarifpolitik: In der Berichterstattung über Politik im Allgemeinen wird über Arbeitgeberverbände und Unternehmen tendenziell etwas häufiger berichtet als über Gewerkschaften (Wegener 2001). Dieser Befund lässt sich jedoch plausibel erklären, da über Unternehmer aufgrund ihrer vergleichsweise höheren Prominenz häufiger berichtet wird als über Vertreter der Arbeitnehmerschaft. Betrachtet man jedoch differenziertere Ergebnisse, die die Bezugnahme auf einzelne Gewerkschaften und einzelne Arbeitgeberverbände unterscheiden (und nicht Arbeitgeberverbände und Unternehmen in einen Topf werfen), dann unterscheidet sich die Häufigkeit der Bezugnahme in der Medienberichterstattung kaum (Friedrichsen 1992; Schenk/Rössler 1996).

Zu einem etwas anderen Ergebnis kommt Hackenbroch (1998) in seiner Analyse der Politikberichterstattung im Jahr 1990. Er zeigt, dass die betrachteten Gewerkschaften deutlich mehr mediale Resonanz erfahren als die Arbeitgeberverbände (zu ähnlichen Erkenntnissen gelangte Hartmann 1975 für Großbritannien). Unabhängig von der reinen Häufigkeit, mit der die Akteure beider Seiten im Tarifkonflikt thematisiert werden, konkludiert Hartmann (1975) in seiner Analyse, dass die Gewerkschaftsseite im Ver-

gleich zur Arbeitgeberseite nicht nur negativer bewertet wird, sondern dass deren Position auch als weniger legitim dargestellt wird. Nehmen Journalisten tiefergehende Analysen der Tarifauseinandersetzung vor (über die reine Ereignisberichterstattung hinaus), so werden, wie Knight (2001) und Tracy (2006) in ihren Fallstudien herausfanden, häufig die negativen Implikationen der Gewerkschaftsaktionen (Gefährdung der öffentlichen Unterstützung und der internen Solidarität durch übermäßige Streikaktivitäten etc.) und selten deren Perspektive auf die Arbeitnehmerinteressen in der Berichterstattung über Tarifkonflikte aufgegriffen. Dagegen wird das Handeln der Arbeitgeberseite im Kontext von Arbeitskämpfmaßnahmen nur selten problematisiert.

Schließlich zeigt Knight (2001) in seiner Studie zur Medienberichterstattung über den Streik im öffentlichen Dienst in Ontario im Jahr 1996 eine weitere, wenn auch sehr indirekte Form der Parteinahme auf: Der dominante Themenrahmen der Berichterstattung über den analysierten Streikfall war ein rein ökonomischer, der die Ereignisse eher aus der Sichtweise der Arbeitgeberseite transportierte, indem die finanziellen Notwendigkeiten von Kürzungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst hervorgehoben wurden, während ein moralisch ausgeprägter Themenfokus auf die Rechte der Arbeitnehmer (Gewerkschaftsseite) eher unterging und die Gewerkschaft als Vertreterin materialistischer Eigeninteressen dargestellt wurde.

Eine mögliche Erklärung für die Begünstigung der Arbeitgeberseite mag darin liegen, dass die werbetreibende Wirtschaft aus

ökonomischen Gründen generell eine hohe Relevanz für die Medien hat und dass gerade Journalisten im Wirtschaftsressort (wo die Berichterstattung über Tarifpolitik vor allem stattfindet) traditionell eine ausgeprägte Nähe zu Unternehmen aufweisen (Rönnebeck 1990; Schröter 1990). Daraus folgend, könnte eine – wenn auch subtile und unbewusste – Parteinahme zugunsten der Arbeitgeberseite resultieren (Ryan 2004).

Der bisherige Forschungsstand zur Medien-darstellung von Tarifpolitik legt den Schluss nahe, dass vorwiegend über herausragende einzelne Tarifkonflikte und prominente Tarif-akteure berichtet wird. Zudem liegt der Fokus der Massenmedien deutlich auf dem Konflikt-geschehen in Form von Arbeitskampfmaß-nahmen, die häufig als öffentliche Störung dargestellt werden. Schließlich zeichnen sich auch für die Berichterstattung über Tarifkonflikte Muster ab, die im Kontext anderer gesell-schaftlicher Konflikte bereits identifiziert werden konnten: Die Medien begünstigen durch die Art der Darstellung – bewusst oder unbe-wusst – eine Seite im Konflikt. Die bisherigen Erkenntnisse suggerieren, dass dies vor allem zuungunsten der Gewerkschaften erfolgte.

Da Art und die Inhalte der Berichterstat-tung über Tarifkonflikte weitreichende Conse- quenzen für die beteiligten Akteure sowie das Verhandlungsgeschehen und -ergebnis haben können, ist ein Einblick in die zentralen Muster und Mechanismen der Berichterstattung im-mens wichtig. Der bisherige Forschungsstand ist jedoch durch mehrere Einschränkungen gekennzeichnet:

- Es dominieren Fallstudien, die nur einen – meist herausragenden – Tarifkonflikt be-trachten (z. B. Knight 2001; Koch-Baumgar-ten 2013; Tenscher 2006; Tracy 2006; Aus-nahmen: Flynn 2000; Hackenbroch 1998; Schmidt 1993).
- Zudem sind viele der Erkenntnisse bereits mehrere Jahrzehnte alt, so dass unklar ist, ob sie auch heute noch zutreffen.
- Schließlich sind viele Erkenntnisse im anglo-amerikanischen Kontext gewonnen worden (Flynn 2000; Gunster 2008; Knight 2001; Tracy 2006; Schmidt 1993). In Anbetracht der zahlreichen Unterschiede zwischen der deutschen und der US-amerikanischen, ka-nadischen und britischen Tarifpolitik bleibt eine Verallgemeinerung fragwürdig.

Im Folgenden soll deshalb ein Blick auf die Muster in der Berichterstattung über ausge-wählte deutsche Tarifkonflikte der jüngeren Vergangenheit geworfen werden. Dazu wird zum einen der Blick auf verschiedene Tarifkon-fliktgruppen und zum anderen auf verschiede-ne Tarifkonfliktphasen gelegt.

4.3 Unterschiede in der Bericht- erstattung über verschiedene Tarifkonflikte

Um die Unterschiede in der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte identifizieren zu können, erscheint es wenig sinnvoll, die Darstellungsmerkmale einzelner Tarifkonflikte miteinander zu vergleichen. Ein solches Vorge-hen würde lediglich zahlreiche Spezifika statt übergreifender Muster zum Vorschein bringen.

*Dauer und Intensität
der Konflikte*

Stattdessen müssen übergreifende Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zwischen den Tarifkonflikten identifiziert werden, die den Journalisten als potenzielle Diskriminierungsmerkmale bei der Entscheidung dienen, ob und wie darüber berichtet werden soll (siehe Kap. 2). Da Journalisten ein gut verkäufliches Medienprodukt anbieten wollen, orientieren sie sich an den angenommenen Interessen und Bedürfnissen ihres Publikums. Dementsprechend schreiben sie verschiedenen Ereignissen eine unterschiedlich große Relevanz für ihre Leser zu (Lünenborg 2013). Dies führt dazu, dass Journalisten dem Geschehen in verschiedenen Tarifkonflikten auch einen unterschiedlichen Nachrichtenwert beimessen (Tenscher 2006). So wird beispielsweise über Tarifkonflikte der Bank- und Versicherungsangestellten wesentlich seltener berichtet als über die Tarifkonflikte der Ärzte (siehe Kap. 2). Dies muss nicht zwangsläufig etwas mit der tatsächlichen Relevanz eines Tarifkonfliktes für die betroffene Zielgruppe zu tun haben (z. B. finanzielle Schäden für Unternehmen, Zahl der unter einen Tarifvertrag fallenden Arbeitnehmer oder der von Arbeitskampfmaßnahmen betroffenen Kunden), sondern stellt eine Vermutung des Journalisten dar. Dieser bedient sich dabei verschiedener Heuristiken (Entscheidungshilfen) wie Erfahrungen aus seinem persönlichen Umfeld, da er die tatsächlichen Interessen und Betroffenheiten seines Publikums nur vermuten kann (Fohrbeck/Wiesand 1972). Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden die Tarifkonflikte entlang der folgenden Frage klassifiziert und in verschiedene Betroffenheitsgruppen ein-

*Orientierung an den
Publikumsinteressen*

geteilt: Wie lange (Dauer) und wie nachhaltig betreffen die Arbeitskampfmaßnahmen eines Tarifkonfliktes einen Großteil der Leser im Alltag (Intensität)?

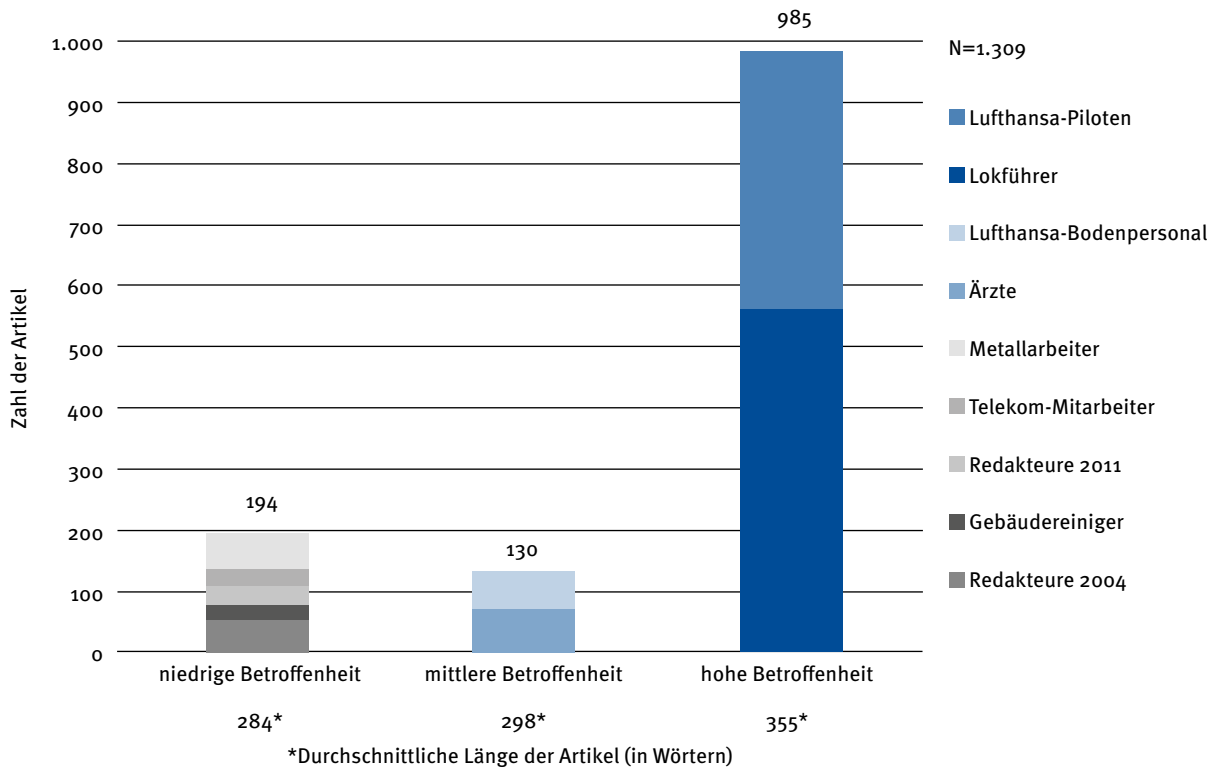
- (vermeintliche) geringe Betroffenheit:
Redakteure 2004, Gebäudereiniger 2009, Redakteure 2011, Telekom-Mitarbeiter 2011, Metallarbeiter 2015
- (vermeintliche) mittlere Betroffenheit:
Ärzte 2010, Lufthansa-Bodenpersonal 2013
- (vermeintliche) hohe Betroffenheit:
Lufthansa-Piloten 2014, Lokführer 2014

Während die Streikmaßnahmen in der geringen Betroffenheitsgruppe meist von kürzerer Dauer und zugleich vergleichsweise wenige Privatkunden betroffen waren, gilt für die Tarifkonflikte mit hoher Betroffenheit das Gegenteil: Hier erstreckten sich die Streikmaßnahmen zum einen über einen langen Zeitraum und betrafen zum anderen vermeintlich viele Endverbraucher (und zugleich potenzielle Leser). In der Gruppe mittlere Betroffenheit wurden Tarifkonflikte zusammengefasst, in denen sich die Streikmaßnahmen zwar nur über einen kurzen Zeitraum erstreckten, dafür aber sehr viele Menschen betreffen konnten (für die Einteilung der Tarifkonflikte in Gruppen siehe auch Kap. 2).

Da für jeden untersuchten Medienbeitrag erfasst wurde, auf welchen Tarifkonflikt sich dieser in erster Linie bezieht, konnte die Berichterstattung über Tarifpolitik nach diesen drei Gruppen differenziert werden. Die Printberichterstattung in allen ausgewählten Medien über die verschiedenen Tarifkonfliktgruppen

Abbildung 4.1:

Häufigkeit der Berichterstattung über Tarifkonfliktgruppen



wird nun hinsichtlich der Art der Darstellung (Häufigkeit, Dynamik), der Themen und des Tenors der Darstellung sowie der Parteinahme verglichen.

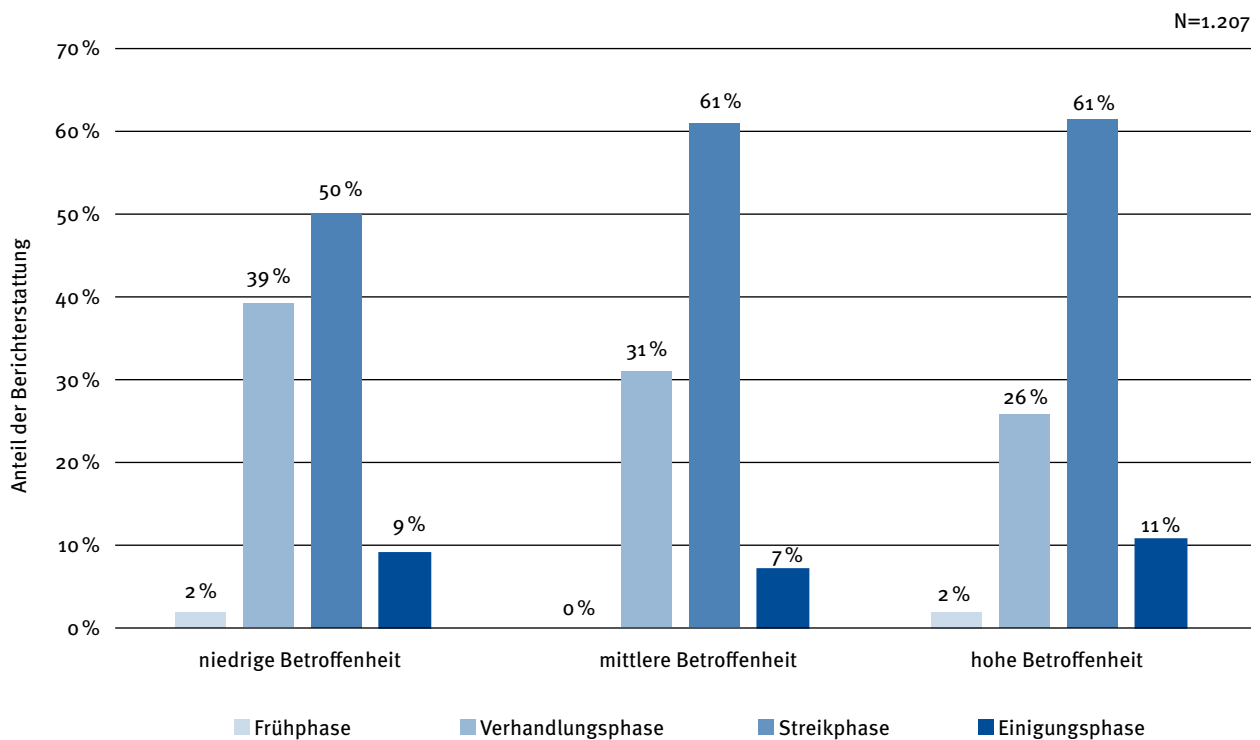
4.3.1 Art der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonfliktgruppen

Einen ersten Hinweis darauf, ob die verschiedenen Tarifkonfliktgruppen unterschiedliche Medienaufmerksamkeit erfahren, liefert der Blick auf die Häufigkeit der Medienberichte zu den verschiedenen Tarifkonfliktgruppen (siehe

Abb. 4.1). Hier offenbart sich ein sehr deutliches Bild: Von den insgesamt 1.309 untersuchten Medienberichten über Tarifkonflikte entfallen 75 Prozent auf Tarifkonflikte mit vermeintlich hoher Betroffenheit (Lokführer und Piloten, n=985). Die Tarifkonflikte mit geringer und mittlerer Betroffenheit vereinen dagegen nicht einmal die Hälfte des Berichterstattungsvolumens auf sich (zusammen 25 Prozent: niedrige Betroffenheit n=194; mittlere Betroffenheit n=130). Bereits bei der Datenerhebung (siehe Kap. 2.2) zeigte sich, dass die Journalisten bei

Abbildung 4.2:

Unterschiede im Timing der Berichterstattung über Tarifkonfliktgruppen



manchen Tarifaueinandersetzungen (wie z. B. den Tarifkonflikten der Versicherungs- sowie Bankangestellten, siehe Tab. A1 im Anhang) fast keinerlei Betroffenheit der eigenen Leser unterstellen und daher nur in äußerst geringem Ausmaß darüber berichten. Dagegen hat eine vermeintlich hohe Betroffenheit zu überproportional viel Berichterstattung geführt. Blickt man auf das Berichterstattungsvolumen (siehe Abb. 4.1), das die einzelnen Tarifkonflikte innerhalb der Gruppen jeweils auf sich vereinen, so zeigt sich, dass sich die Berichterstattung

innerhalb der Gruppen relativ gleichmäßig auf die einzelnen Tarifkonflikte verteilt. Dies scheint die hier vorgenommene Gruppeneinteilung zu bestätigen, da die Journalisten diesen Tarifkonflikten ein vergleichbares Maß an Aufmerksamkeit schenken und ihnen demnach vermutlich einen ähnlichen Nachrichtenwert zuschreiben.

Die durchschnittliche Länge der Presseartikel (siehe Abb. 4.1; Angabe der Wortzahl unter dem Balkendiagramm) offenbart ebenfalls einen starken Fokus auf Tarifkonflikte

Hohe Betroffenheit, viel Berichterstattung

mit hoher Betroffenheit: Während Artikel über Tarifkonflikte mit niedriger und mittlerer Betroffenheit aus durchschnittlich 284 bzw. 298 Wörtern bestehen, umfassen die Pressebeiträge zu Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit durchschnittlich 355 Wörter. Demnach widmen die Journalisten den Tarifkonflikten der Lokführer und Piloten in etwa einen Absatz mehr als den Tarifkonflikten mit (unterstellter) niedriger und mittlerer Betroffenheit.

Neben dem Umfang lassen sich auch Unterschiede im *Timing* der Berichterstattung (siehe Abb. 4.2) ausmachen: Zunächst zeigt sich bei allen drei Tarifkonfliktgruppen insofern ein ähnliches Muster, als deutlich mehr Artikel (zwischen 50 Prozent und 61 Prozent) in Konfliktphasen als in Verhandlungsphasen (zwischen 26 Prozent und 39 Prozent) veröffentlicht werden. Während diese Diskrepanz bei den Tarifkonflikten mit vermeintlich niedriger Betroffenheit jedoch nur gut zehn Prozentpunkte umfasst, öffnet sich die Schere zwischen Verhandlungs- und Konfliktphase bei den Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit: Hier entfallen knapp zwei Drittel der Berichterstattung auf Perioden, die von Streikmaßnahmen geprägt sind, und nur ein gutes Viertel der Gesamtberichterstattung über diese Tarifkonflikte konzentriert sich auf das Verhandlungsgeschehen (Unterschied: 35 Prozentpunkte). Insofern kann von einer deutlichen Konfliktfokussierung der Journalisten bei Tarifauseinandersetzungen mit vermeintlich hoher Betroffenheit ausgegangen werden, was in der Konsequenz auch Folgen für den Verhandlungsverlauf innerhalb eines Tarifkonflikts haben kann. Denn

eine starke Betonung des Konflikts ist mit einer einvernehmlichen Verhandlungslösung nur schwer zu vereinbaren (Spörer-Wagner/Marcinkowski 2011).

4.3.2 Themenschwerpunkte und allgemeiner Tenor der Berichterstattung

Bereits der Blick auf die Art der Berichterstattung über die nach Betroffenheit gruppierten Tarifkonflikte (Umfang und Timing) offenbarte einen Fokus auf Konflikte mit vermeintlich hoher Betroffenheit. Dieser Eindruck lässt sich auch hinsichtlich der Inhalte und des Tenors der Berichterstattung bestätigen. Für die quantitative Inhaltsanalyse wurde zunächst erfasst, ob und wie die *aktuelle Lage* in den Artikeln zu den verschiedenen Tarifkonflikten auf einer Skala von 1 = ‚sehr negativ‘ bis 5 = ‚sehr positiv‘ *bewertet* wurde (siehe Abb. 4.3).

Insgesamt zeigt sich hinsichtlich der Bewertung der aktuellen Lage in der Berichterstattung ein leicht negativer Gesamttenor über alle Tarifkonflikte hinweg. Bei Tarifkonflikten mit niedriger und mittlerer Betroffenheit wird in etwa jedem zweiten Artikel eine Bewertung der aktuellen Lage abgegeben. Dieser Anteil an Wertungen hinsichtlich der aktuellen Situation steigert sich bei Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit auf etwa zwei Drittel der Gesamtberichterstattung. Gleichzeitig wird die aktuelle Lage für die Tarifkonflikte der Lokführer und Piloten durchschnittlich am negativsten bewertet: Während der Konfliktstand bei Tarifkonflikten mit vermeintlich niedriger Betroffenheit durchschnittlich einen Skalenwert von 2,57 aufweist, sinkt dieser Wert mit der

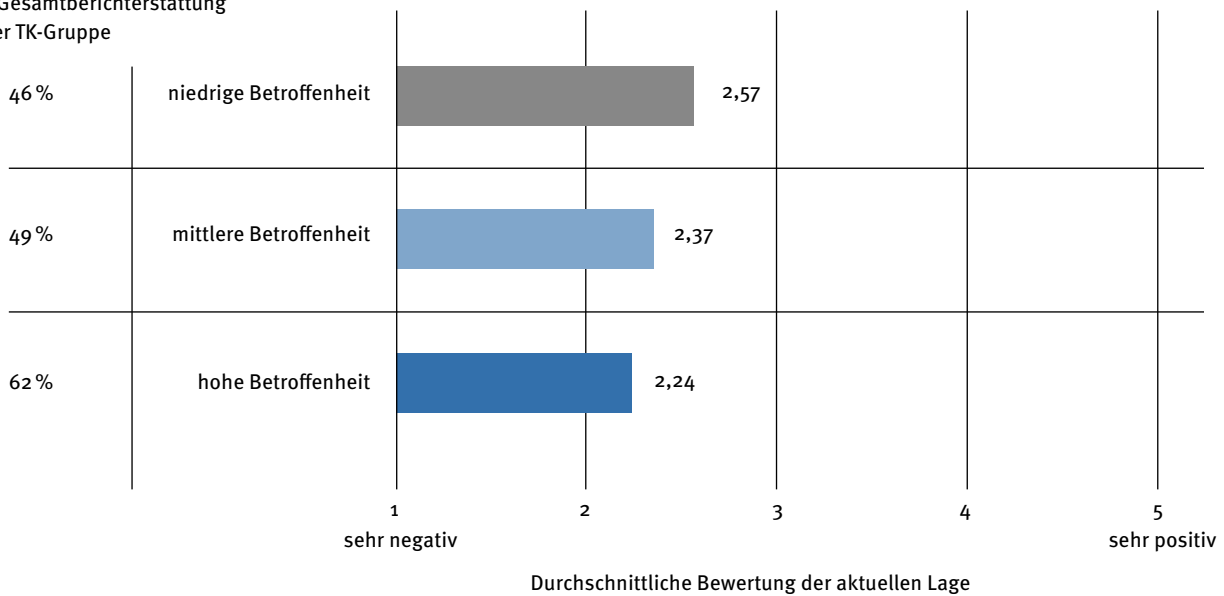
Schere zwischen Verhandlungs- und Konfliktphase

Abbildung 4.3:

Bewertung der aktuellen Lage in der Berichterstattung

Anteil Artikel mit Bewertung der Lage an Gesamtberichterstattung über TK-Gruppe

N=768



Hohe Betroffenheit, kritische Berichterstattung

Zunahme des Betroffenheitsgrads kontinuierlich ab, so dass für Tarifkonflikte mit vermeintlich hoher Betroffenheit (2,24) der negativste Wert im Vergleich der drei Tarifkonfliktgruppen resultiert. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass über Tarifkonflikte mit hoher Betroffenheit nicht nur stärker wertend, sondern auch kritischer berichtet wird, während Tarifkonflikte mit vermeintlich niedriger Betroffenheit eher in einem positiveren Licht dargestellt werden. Nicht nur das Ausmaß der Kontroverse ist in der Berichterstattung über Tarifkonflikte mit vermeintlich hoher Betroffenheit größer, sondern auch die thematische Vielfalt. Je Artikel konnten bis zu drei Themenschwerpunkte

(siehe Tab. 4.4) erfasst werden. Zunächst zeigt sich hier, dass Artikel zu den Tarifkonflikten mit mittlerer Betroffenheit (Lufthansa-Bodenpersonal sowie Ärzte) durchschnittlich mehr Themenschwerpunkte enthalten als die Berichte zu Tarifkonflikten mit niedriger und hoher Bevölkerungsbetroffenheit (2,42, 2,25 bzw. 2,27 Themenschwerpunkte). Daher kann gefolgert werden, dass Ereignisse, die im Rahmen dieser Tarifkonflikte stattfanden, weitaus häufiger thematisch eingebettet wurden. Was die inhaltliche Vielfalt anbelangt, dominiert jedoch die Berichterstattung über die Tarifkonflikte der Lokführer und Piloten: Hier wird im Vergleich zu den anderen beiden Tarifkonfliktgruppen

häufig über die Tarifparteien an sich, Einzelschicksale im Rahmen des Konflikts sowie die Tarifpolitik im gesellschaftspolitischen System geschrieben. Dieser breitere Themenfokus geht zulasten der nachrichtlichen Darstellung der Einzelereignisse im Tarifkonflikt. Ähnlich wie Schmidt (1993) es in ihrer Langzeitanalyse der Mediendarstellung von Gewerkschaften in den USA gezeigt hat, offenbarte sich auch in der vorliegenden Studie, dass ein ereignislastiger Themenfokus zwar in der Berichterstattung über alle Tarifkonflikte hinweg dominiert. Jedoch ist die Fokussierung auf Ereignisse für Tarifkonflikte mit mittlerer und niedriger Betroffenheit weitaus stärker ausgeprägt als für Tarifkonflikte mit hoher Betroffenheit (82 Prozent bzw. 89 Prozent im Vergleich zu 67 Prozent).

Ähnliches zeigt sich hinsichtlich der Diskussion der Forderungen und Angebote: Während mehr als die Hälfte aller Artikel zu Tarifkonflikten mit vermeintlich niedriger und mittlerer Betroffenheit diese thematisieren, gilt dies nur für 21 Prozent der Artikel zu den Lokführer- und Pilotenauseinandersetzungen. Dagegen beschäftigen sich die Medienberichte vergleichsweise häufiger mit den Ursachen und Problemen der Auseinandersetzungen mit hoher Betroffenheit. Bei den Tarifkonflikten des Lufthansa-Bodenpersonals sowie der Ärzte (mittlere Betroffenheit) zeigt sich ein im Vergleich stärker ausgeprägter Fokus auf die Perspektive der Arbeitgeberseite, da relativ gesehen häufiger die Folgen der Auseinandersetzung sowie der Themenkomplex Ökonomie und Arbeit thematisiert werden (vgl. Knight 2001).

Insgesamt lässt sich folgern, dass mit der Betroffenheit auch die thematische Vielfalt zunimmt: Während Tarifkonflikte mit vermeintlich niedriger Betroffenheit vor allem im Lichte einer nachrichtlichen Darstellung der unmittelbaren Ereignisse und Angebote/Forderungen präsentiert werden, steigert sich die Themenbreite zunehmend mit der unterstellten Bevölkerungsbetroffenheit. Insbesondere die zunehmende Konzentration auf Ursachen, Probleme und Folgen der Auseinandersetzung suggeriert, dass diese Konflikte in den Medien auch stärker problematisiert werden.

Diese Problematisierung wird noch deutlicher, wenn man die mediale Diskussion um die *Konsequenzen* (siehe Tab. 4.5) der Tarifkonflikte betrachtet. Je Medienbeitrag wurden bis zu zwei Konsequenzen erfasst. Es zeigt sich zunächst, dass mit zunehmender Betroffenheit auch die durchschnittliche Zahl der diskutierten Konsequenzen je Beitrag stark ansteigt (von 0,54 für Tarifkonflikte mit niedriger Betroffenheit hin zu 1,16 für Tarifkonflikte mit vermeintlich hoher Betroffenheit). Aber nicht nur die absolute Zahl der durchschnittlich diskutierten Folgen offenbart das größere Ausmaß der Problematisierung in der Berichterstattung über die Tarifkonflikte mit hoher Betroffenheit, auch die inhaltliche Ebene liefert hier Aufschluss: Bei Tarifkonflikten mit unterstellter niedriger Betroffenheit (Metaller, Redakteure, Telekom-Mitarbeiter etc.) liegt ein sehr starker Fokus auf den Folgen für die Arbeitnehmer (56 Prozent aller Artikel). Nur in etwa einem Drittel aller Beiträge werden die Konsequenzen für die Arbeitgeberseite (Folgen für Produktion/Bereitstellung

*Themenvielfalt steigt,
je höher
die Betroffenheit*

Tabelle 4.4:

Themenvielfalt der Berichterstattung über die verschiedenen Tarifkonfliktgruppen

	niedrige Betroffenheit n=194	mittlere Betroffenheit n=130	hohe Betroffenheit n=985
Ereignislastige Darstellung des Konfliktstandes	89 %	82 %	67 %
Diskussion Forderungen/Angebote	56 %	53 %	21 %
Diskussion Ursachen und Probleme	22 %	22 %	33 %
Diskussion Folgen	18 %	33 %	26 %
Ökonomie und Arbeit	16 %	18 %	12 %
Serviceinformation	2 %	9 %	12 %
Darstellung der Tarifparteien	4 %	3 %	9 %
Darstellung von Einzelschicksalen	3 %	6 %	10 %
Die Tarifpolitik im gesell.-polit. System	10 %	12 %	27 %
Sonstiges	7 %	5 %	10 %
Quote* (durchschnitt. Themen pro Beitrag)	2,25	2,42	2,27

*Höchstens drei, da je Artikel maximal drei Themen erfasst wurden.

des Produktes: 32 Prozent) thematisiert. Dieser arbeitnehmerkonzentrierte Fokus schwindet bei der mittleren Betroffenheitsgruppe bereits sehr stark zugunsten der Arbeitgeber- (Folgen für Produktion/Bereitstellung des Produktes: 60 Prozent) sowie der Endverbraucherperspektive (55 Prozent). Bei den Tarifkonflikten mit vermeintlich hoher Betroffenheit dominiert schließlich die Darstellung der Konsequenzen für die Endverbraucher (55 Prozent) – noch vor dem Blick aus der Arbeitgeberperspektive auf die Konsequenzen für die Produktion/Bereitstellung des Produktes (40 Prozent). Die Folgen

für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer spielen lediglich eine untergeordnete Rolle (7 Prozent), dagegen werden übergreifende politisch-gesellschaftliche Konsequenzen vergleichsweise häufig thematisiert (22 Prozent vs. 8 Prozent und 4 Prozent).

Diese Verschiebung des inhaltlichen Fokus bei der Diskussion der Konsequenzen aus den Tarifkonflikten in den Medien findet auch eine Entsprechung auf der Ebene der Wertungen: Erfasst wurde die *Bewertung der diskutierten Konsequenzen* im Allgemeinen sowie die *Bewertung von Streikmaßnahmen* im Spe-

*Fokus auf Folgen für
Endverbraucher*

Tabelle 4.5:

Diskussion der Konsequenzen in der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonfliktgruppen

	niedrige Betroffenheit n=77	mittlere Betroffenheit n=89	hohe Betroffenheit n=708
Folgen für Arbeitsbedingungen Arbeitnehmer	56 %	12 %	7 %
Konsequenzen für Arbeitgeberseite (langfr./Gewinne)	7 %	17 %	15 %
Folgen für Produktion/Bereitstellung des Produktes	32 %	60 %	40 %
Ökonomische Konsequenzen	8 %	7 %	16 %
Kurzfr. Konsequenzen für Endverbraucher	8 %	55 %	55 %
Folgen für die Qualität des Produktes	9 %	2 %	1 %
Polit.-gesell. Konsequenzen	8 %	4 %	22 %
Sonstige Konsequenzen	9 %	2 %	6 %
Quote* (durschnitt. Konsequenzen je Beitrag)	0,54	1,09	1,16

*Höchstens zwei, da maximal zwei Konsequenzen je Artikel erfasst wurden.

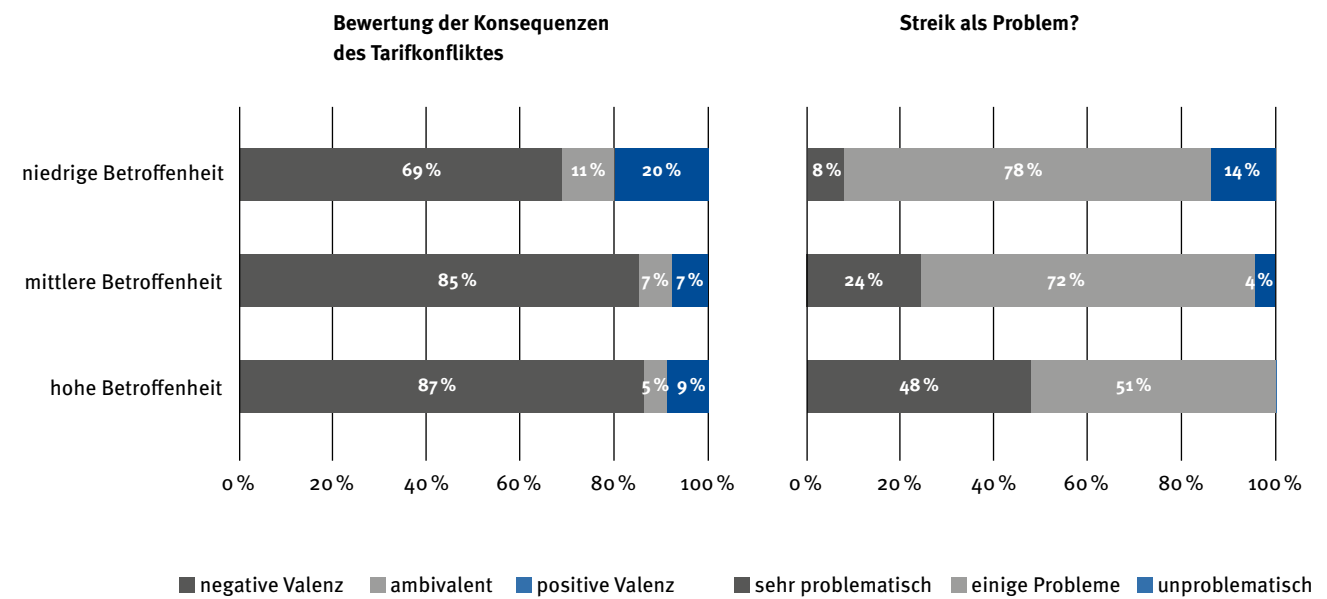
ziellen (siehe Abb. 4.6). Insgesamt zeigt sich zwar für beide Bewertungsdimensionen ein deutlicher Überhang an negativen Wertungen. Jedoch erfahren sowohl die allgemeinen Folgen der Tarifaueinandersetzung als auch die Streikmaßnahmen im Besonderen bei Tarifkonflikten mit (unterstellter) niedriger Bevölkerungsbetroffenheit häufiger eine positive Wertung (20 Prozent und 14 Prozent) gegenüber der Berichterstattung zu Tarifkonflikten mit mittlerer (7 Prozent und 4 Prozent) und hoher Bevölkerungsbetroffenheit (9 Prozent und 0 Prozent).

Daraus kann geschlossen werden, dass die Folgen für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsbedingungen Gegenstand der eigentlichen Auseinandersetzung sind, nur dann im Fokus stehen, wenn die Konsequenzen dieser Auseinandersetzung für andere kaum spürbar sind. Sind jedoch Einschränkungen für Endverbraucher (und damit potenzielle Leser der Medien) zu erwarten, so verliert diese arbeitnehmerfokussierte Perspektive massiv an Bedeutung. Stattdessen zeigt sich in der Berichterstattung deutlich, dass den Tarifkonflikten mit vermeintlich hoher Betroffenheit eine stärker gesellschaft-

Arbeitnehmerinteressen gehen unter

Abbildung 4.6:

Bewertung der Konsequenzen des Tarifkonfliktes sowie der Streikmaßnahmen



N=858, alle Artikel mit einer Wertung der Konsequenzen des Tarifkonfliktes.

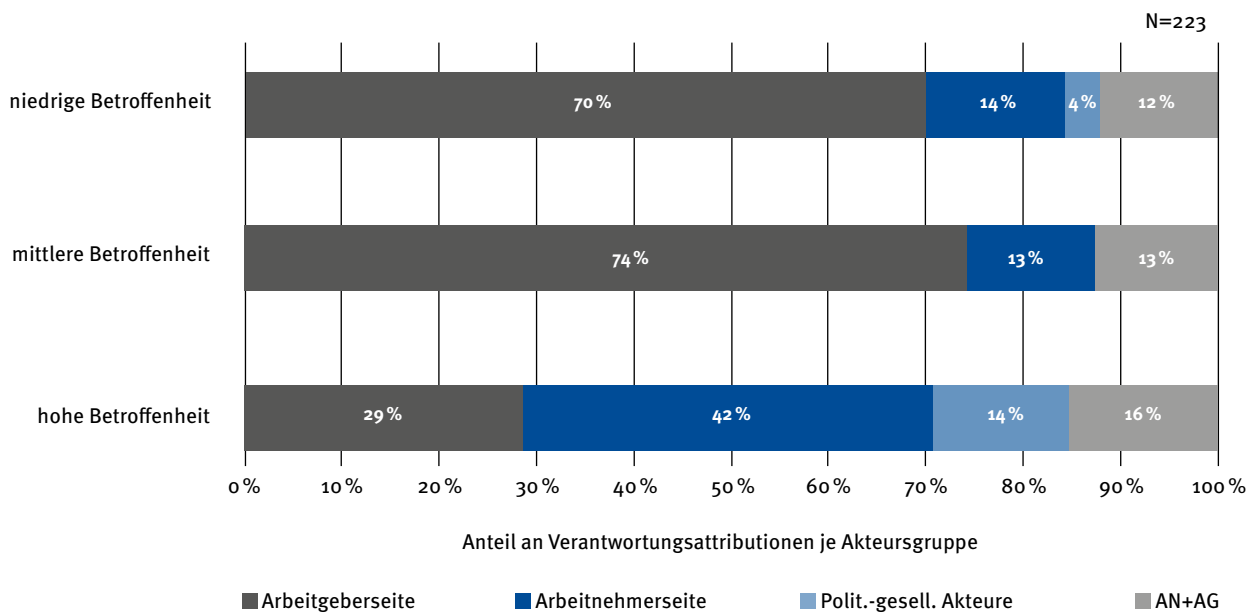
N=667, alle Artikel, die die Streikmaßnahmen bewerten.

liche und politische Relevanz zugeschrieben wird. Alternativ könnte diese Verschiebung im Berichterstattungsfokus auch darauf zurückgeführt werden, dass bei Tarifkonflikten mit niedriger Bevölkerungsbetroffenheit durch potenzielle Arbeitskämpfmaßnahmen gleichzeitig wesentlich mehr Arbeitnehmer (Metaller, Redakteure, Telekom-Mitarbeiter etc.) betroffen waren, deren Arbeitsbedingungen verhandelt wurden. Dagegen ist die Arbeitnehmerschaft bei den Tarifkonflikten mit mittlerer und hoher Bevölkerungsbetroffenheit zahlenmäßig vergleichsweise klein, so dass die gesellschaftlichen und politischen Folgen

aus Sicht der Journalisten keine ausreichende Relevanz haben. Nichtsdestotrotz ist der Tenor der Diskussion um Folgen aus den Tarifauseinandersetzungen für Tarifkonflikte mit vermeintlich hoher Betroffenheit wesentlich negativer und kritischer als für Tarifkonflikte mit vermeintlich niedriger Betroffenheit. Unabhängig von der spezifischen Erklärung für diese Perspektivverschiebung könnte hierin ein allgemeinerer Ansatzpunkt liegen, um zu erklären, warum in der allgemeinen Öffentlichkeit manchen Tarifauseinandersetzungen mehr und anderen weniger Verständnis entgegengebracht wird.

Abbildung 4.7:

Unterschiede in der Attribution von Lösungsverantwortung nach Akteursgruppen



Hinweis: AG+AN bedeutet, dass beiden Tarifparteien die Verantwortung zur Lösung des Konfliktes gleichermaßen zugeschrieben wird.

4.3.3 Unterschiede in der Parteinahme der Journalisten entlang verschiedener Tarifkonfliktgruppen

Die bisherigen Analysen haben deutliche Unterschiede im Ausmaß der medialen Aufmerksamkeit und in der inhaltlichen sowie wertenden Darstellung der verschiedenen Tarifkonflikte offenbart. Nachfolgend soll untersucht werden, ob es Unterschiede in der medialen Parteinahme je nach berichtetem Konflikt gibt. Parteinahme äußert sich beispielsweise in der Zuschreibung von Verantwortung für die Lösung des Konflikts, d. h., welchen Akteur präsentieren die Journalisten

als primären Lösungsverantwortlichen (siehe Abb. 4.7)? Zunächst bleibt festzuhalten, dass eine explizite Verantwortungsattribution in der Berichterstattung über die ausgewählten Tarifkonflikte insgesamt nur selten zu finden ist. In nur 17 Prozent aller Medienartikel lassen sich derartige Aussagen identifizieren.

In diesen Fällen zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Tarifkonflikten mit niedriger und mittlerer Bevölkerungs-betroffenheit einerseits und den Konflikten der Piloten und Lokführer (angenommene hohe Betroffenheit) andererseits. Während bei den Erstgenannten ganz klar die Arbeitgeberseite

Selten explizite Verantwortungs-zuschreibung

als verantwortlich für die Beilegung des Konflikts angesehen wird (70 Prozent und 74 Prozent aller Verantwortungszuschreibungen), sind es bei Letzteren vor allem die Gewerkschaften GDL und Vereinigung Cockpit (42 Prozent aller Verantwortungszuschreibungen). In allen drei Konfliktgruppen ist der Anteil an gemeinsamer Verantwortungszuschreibung an Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in etwa gleich, jedoch zeigt sich bei Tarifkonflikten mit (unterstellter) hoher Betroffenheit, dass die Journalisten hier zunehmend auch andere politische und gesellschaftliche Akteure ins Spiel bringen und zum Handeln auffordern (14 Prozent aller Verantwortungszuschreibungen). Da bei Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit nicht nur ein stärkerer Fokus auf gesellschaftspolitische Themen gelegt wird (siehe Themenvielfalt, Tab. 4.4, S. 58), sondern auch politischen und gesellschaftlichen Akteuren mehr Verantwortung zur Lösung dieser Konflikte zugeschrieben wird, kann geschlussfolgert werden, dass Journalisten diesen Konflikten eine größere gesellschaftspolitische Relevanz zuschreiben.

Ein weiterer Hinweis für Parteinahme in der Medienberichterstattung über Tarifkonflikte ist das Ausmaß *direkter Zitate* (siehe Abb. 4.8), das einer Tarifpartei zuerkannt wird. Je mehr einer

der beiden Tarifakteure seine Botschaften ungefiltert und unbearbeitet öffentlich verbreiten kann, desto größer die Chance, dass die eigenen Situationsdeutungen erfolgreich öffentlich etabliert werden können und damit das Geschehen aus einer für den entsprechenden Tarifakteur günstigen Perspektive betrachtet wird. Um dies untersuchen zu können, wurde für jeden Medienartikel erfasst, wie viele direkte Zitate (Wörterzahl) auf die Arbeitgeberseite und die Arbeitnehmerseite jeweils entfallen.¹² Abbildung 4.8 differenziert nach den einzelnen Tarifkonflikten im Untersuchungssample und zeigt die durchschnittliche Zahl direkt zitierter Aussagen. Insgesamt wird offenbar, dass die Arbeitnehmerperspektive mit durchschnittlich 11,57 Wörtern etwas häufiger direkt zu Wort kommt als die Arbeitgeberperspektive (8,71 Wörter). Dies steht in Einklang mit den Ergebnissen, zu denen Hartmann (1975) für die Berichterstattung über Tarifpolitik in Großbritannien gelangte. Diese Gesamttendenz verdeckt jedoch deutliche Unterschiede: Während bei fast allen Tarifkonflikten in der Gruppe „angenommene niedrige Betroffenheit“ eine sehr deutlich ausgeprägte Dominanz der Arbeitnehmer- gegenüber der Arbeitgeberseite offenbar wird (Ausnahme: Metalltarifkonflikt¹³),

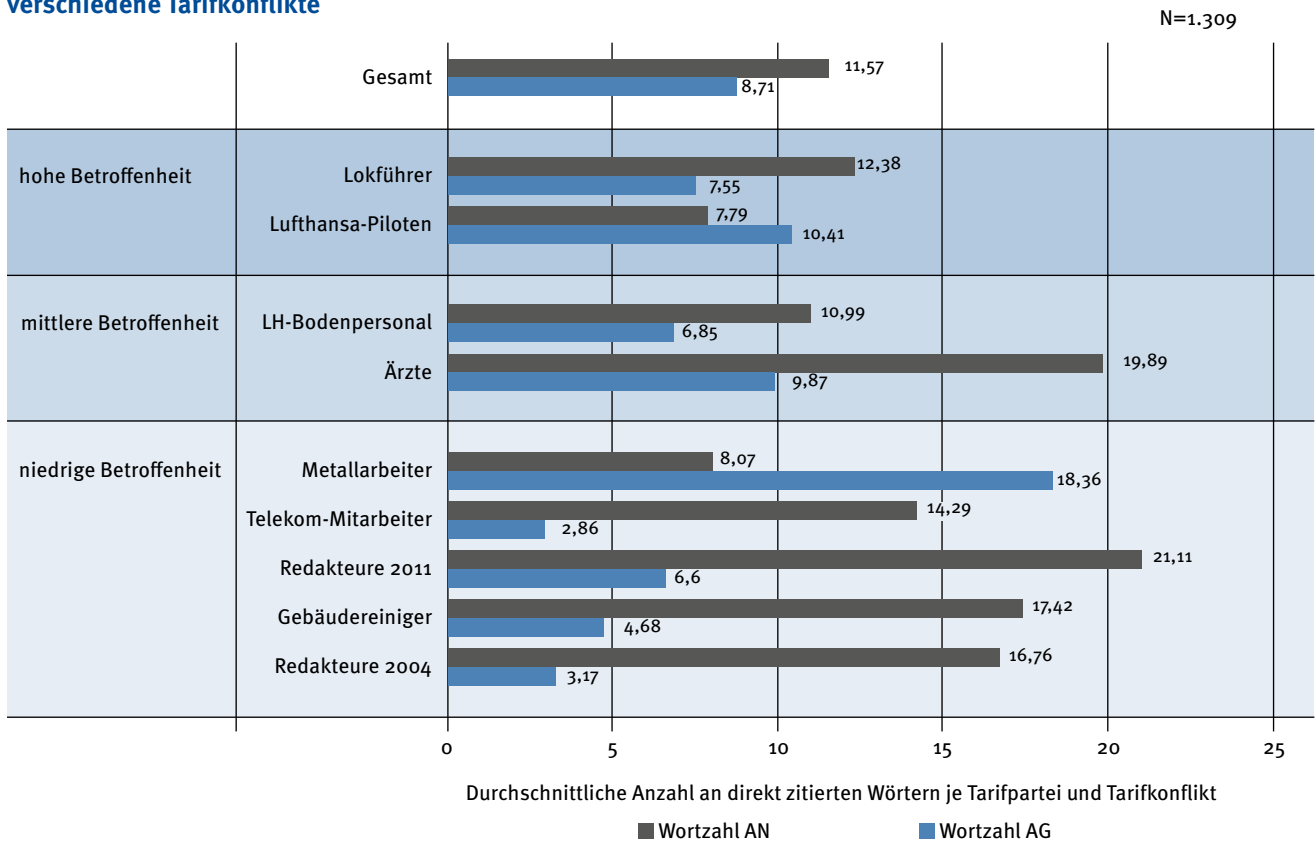
*Arbeitnehmerseite
kommt häufiger zu Wort*

12 Hierbei war es unerheblich, welcher Akteur der jeweiligen Seite direkt zitiert wurde (offizieller Vertreter eines Verbandes, die Organisation als Ganzes, Unternehmensvertreter oder einzelner streikender Arbeitnehmer). Von Belang war im Rahmen dieser Analyse lediglich, dass ein Akteur, der zweifelsfrei der einen oder anderen Seite im Tarifkonflikt zugeordnet werden konnte, direkt zitiert wurde.

13 Die vergleichsweise hohe Wörterzahl, die im Rahmen der Berichterstattung über den Metalltarifkonflikt auf die Arbeitgeberseite entfällt, ist darauf zurückzuführen, dass es im Untersuchungszeitraum Interviews mit Vertretern der Arbeitgeberseite, jedoch keine mit Vertretern der Arbeitnehmerseite gab. Bereits wenige Interviews (insgesamt vier im Rahmen unserer Stichprobe) fließen jedoch in diesen Vergleich mit sehr vielen Wörtern ein. Diese Messung soll verdeutlichen, in welchem Umfang sich die Tarifakteure mit ihren eigenen Worten in den Medien äußern konnten. Daher wurden die Interviews, die tendenziell mit einer sehr hohen Wörterzahl in diesen Vergleich eingehen, nicht aus dem Vergleich ausgeschlossen.

Abbildung 4.8:

Direkte Zitation von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte



verschwimmen diese deutlichen Unterschiede bei den Tarifkonflikten mit mittlerer und hoher Betroffenheit. In diesen beiden Gruppen sind die Unterschiede zwischen den direkten Zitaten, die auf die Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerseite entfallen, wesentlich geringer (Ausnahme: Ärzte) bzw. sogar umgekehrt. Die Lufthansa beispielsweise kommt beim Pilotentarifkonflikt häufiger direkt zu Wort als die Vereinigung Cockpit. Dieses Muster korrespondiert stark mit demjenigen bei der

Zuschreibung von Lösungsverantwortung. Es scheint ganz so, als würden die Gewerkschaften bei den Tarifkonflikten mit angenommener niedriger Betroffenheit in einem günstigen Licht dargestellt, wohingegen bei Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit die Arbeitgeberseite tendenziell vorteilhafter präsentiert wird (im Hinblick auf direkte Zitate).

Dieses Muster scheint sich auch zu bestätigen, wenn man auf die indirekte Parteinahme in der Medienberichterstattung über Tarifpolitik

*Hohe Betroffenheit:
Arbeitgeber im Vorteil*

*Selten direkte
Parteinahme
der Journalisten*

blickt. Dass Journalisten direkt für die eine oder andere Seite Partei nehmen, geschieht überaus selten (z. B. in Kommentaren), weil ein solches Vorgehen nur bedingt mit dem journalistischen Objektivitätsideal vereinbar ist. Eine andere Möglichkeit, dennoch eine der beiden beteiligten Seiten in einem günstigeren Licht zu präsentieren, besteht darin, bestimmte externe – vermeintlich objektive und damit glaubwürdig erscheinende – Quellen heranzuziehen. Der Journalist kann also beispielsweise eine persönliche Tendenz zugunsten der Arbeitgeberseite ausdrücken, indem er Statistiken zitiert, die deren Position stützen. Gleichzeitig werden keine Statistiken erwähnt, die die Argumente der Arbeitnehmerseite begünstigen. Über diese Auswahl bzw. Auslassung kann der Journalist – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – eine Seite im Konflikt vorteilhafter präsentieren. Dementsprechend wurde in der vorliegenden Analyse erfasst, ob in der Medienberichterstattung über Tarifkonflikte Bezug auf Experten, die öffentliche Meinung und Statistiken genommen wird oder ob Fallbeispiele (z. B. die Darstellung des Arbeitsalltags der Reinigungskraft Erna Müller) gebracht werden, die eine der beiden Seiten im Konflikt in ein günstigeres Licht rücken. Jede derartige Bezugnahme wurde daraufhin eingestuft, ob sie eindeutig zugunsten der Arbeitgeberseite (1) oder eindeutig zugunsten der Arbeitnehmerseite (5) erfolgte (mit den Werten dazwischen konnte nuanciert werden). Zunächst zeigt sich, dass dieses Mittel der Parteinahme (siehe Abb. 4.9) insgesamt nur selten herangezogen wird. Bei Tarifkonflikten

*Indirekte
Parteinahme bei
hoher Betroffenheit*

mit vermeintlich höherer Bevölkerungsbetroffenheit wird allerdings fast doppelt so häufig (29 Prozent aller Artikel zu Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit vs. 15 Prozent aller Artikel zu Tarifkonflikten mit niedriger Betroffenheit) auf Experten, Fallbeispiele, Statistiken und die öffentliche Meinung verwiesen. Hinsichtlich der Richtung der Parteinahme (pro Arbeitgeberseite vs. pro Arbeitnehmerseite) zeigt sich ebenfalls das zuvor identifizierte Muster: Während in der Berichterstattung über Tarifkonflikte mit vermeintlich niedriger Betroffenheit eher zugunsten der Arbeitnehmerseite indirekt Partei genommen wird, wird bei der Darstellung von Tarifkonflikten mit vermeintlich hoher Betroffenheit durch den Einsatz solcher Stilmittel eher die Arbeitgeberseite bevorteilt. Die Berichterstattung über Tarifkonflikte mit mittlerer Betroffenheit zeigt ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis.

4.3.4 Zusammenfassung

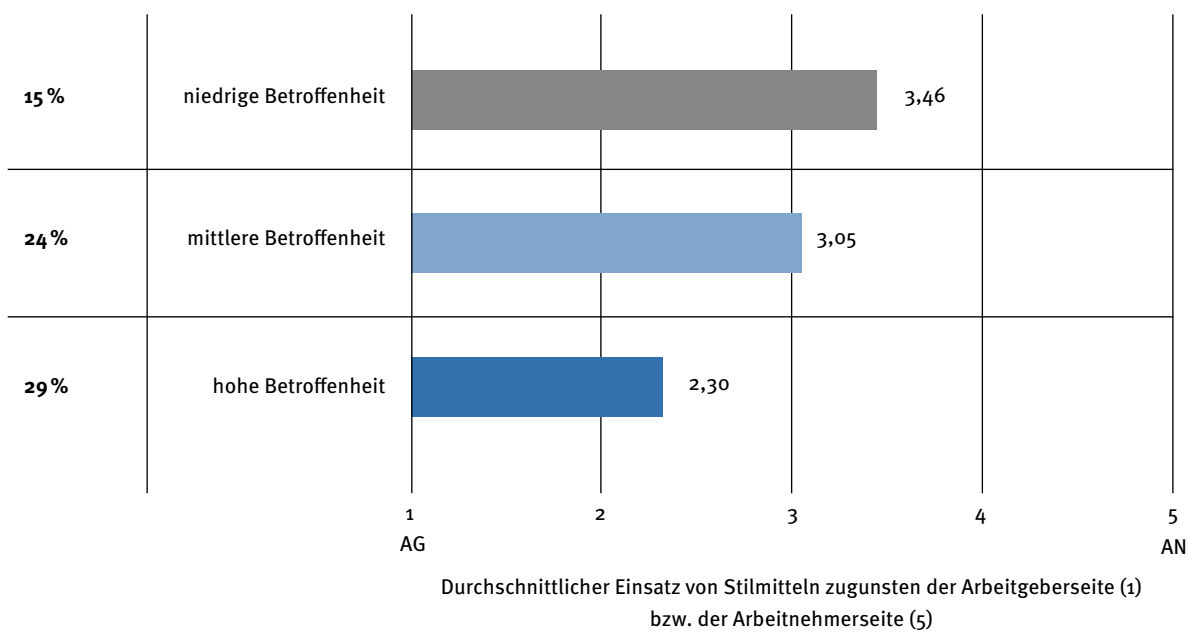
Die Medien berichten über ähnliche Ereignisse erstaunlich unterschiedlich. Diese Erkenntnis ist nicht neu, jedoch sollte sie mit Blick auf die hier betrachteten Tarifkonflikte genauer untersucht werden. Dazu wurde die Berichterstattung zu verschiedenen Tarifkonflikten in drei Gruppen eingeteilt. Die Einteilung erfolgte vor dem Hintergrund möglicher journalistischer Relevanzkriterien: Da Journalisten ihren Lesern ein attraktives Produkt anbieten wollen, orientieren sie sich in der Frage, was berichtenswert ist, daran, was für die eigenen Leser von Relevanz sein könnte. Entsprechend wurden die Tarifkonflikte nach Dauer und Inten-

Abbildung 4.9:

Indirekte Parteinahme der Medien in verschiedenen Tarifkonflikten

Anteil an Artikeln, die indirekte Parteinahme enthalten

N=347



sität potenzieller Streikmaßnahmen in die drei Betroffenheitsgruppen (niedrig, mittel, hoch) eingeteilt.

Der Vergleich der Medienberichterstattung über diese drei Gruppen offenbart zunächst, dass über Tarifkonflikte mit vermeintlich hoher Bevölkerungsbetroffenheit weitaus häufiger und umfangreicher berichtet wird. Die höhere Medienaufmerksamkeit für die Tarifkonflikte der Lokführer und Piloten verglichen mit den Tarifkonflikten mit (unterstellter) niedriger und mittlerer Betroffenheit geht gleichzeitig

mit einem starken Fokus auf Konflikt- statt auf Verhandlungs- oder Einigungsphasen einher. In der Konsequenz kann vermutet werden, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für diese Tarifauseinandersetzungen höher ist und der Fokus auf Konflikte dazu führt, dass die Stimmung aufgeheizter ist, öffentlich kontroverser diskutiert wird und die Meinungen in der Bevölkerung stärker polarisiert sind, was für das Erreichen einer einvernehmlichen Verhandlungslösung nicht unbedingt förderlich ist.

Negativer Gesamtenor

Der allgemeine Tenor der Medienberichterstattung über sämtliche hier untersuchten Tarifkonflikte ist eher negativ (siehe Bewertung der allgemeinen Lage, der diskutierten allgemeinen Konsequenzen sowie der Streikmaßnahmen), und gleichzeitig wird vorwiegend nachrichtlich und ereignisfokussiert über die Tarifauseinandersetzungen berichtet. Im Vergleich der drei Betroffenengruppen zeigt sich jedoch für Tarifkonflikte mit hoher Betroffenheit abermals die Betonung von Konflikt und Kontroverse: Die Journalisten verfassen im Kontext dieser Tarifauseinandersetzungen nicht nur insgesamt mehr wertende Beiträge, sondern sie sind in ihrer Grundhaltung gleichzeitig auch kritischer und negativer. Thematisch zeigt sich im Vergleich zu den anderen beiden Konfliktgruppen ein deutlicher ausgeprägter Fokus auf Probleme und Ursachen des Konflikts, was zur Problematisierung des Geschehens beitragen kann. Die häufigere und umfangreiche Berichterstattung über die Tarifkonflikte der Lokführer und Piloten schlägt sich insgesamt jedoch auch in einer größeren thematischen Breite nieder, während bei den Tarifkonflikten mit niedriger und mittlerer Betroffenheit der nachrichtliche Darstellungsstil und die Diskussion der Forderungen bzw. Angebote dominiert.

Deutliche Unterschiede zwischen den drei Betroffenengruppen offenbaren sich auch in den diskutierten Konsequenzen: Während die Berichterstattung zu Tarifkonflikten mit niedriger Betroffenheit die Folgen für die Arbeitnehmer thematisiert, fokussiert die Darstellung der Tarifkonflikte mit mittlerer Betroffenheit

eher die Folgen für Arbeitgeber und Endverbraucher. Bei den Tarifkonflikten mit hoher Betroffenheit stehen dagegen die Folgen für die Endverbraucher deutlich im Fokus, wobei auch die Konsequenzen für die Arbeitgeber – nicht jedoch die für die Arbeitnehmer – und gesellschaftspolitische Aspekte aufgegriffen werden. Diese Verschiebung im Fokus geht zudem mit einer zunehmenden negativen Wertung einher. Auch mit Blick auf die Parteinahme in der Medienberichterstattung zugunsten der einen oder anderen Seite im Tarifkonflikt lassen sich ähnliche Muster identifizieren: Zwar wird insgesamt nur selten über indirekte Mittel wie Bezug zu Experten, auf Statistiken, Rekurs auf die öffentliche Meinung bzw. Fallbeispiele oder über die Zuschreibung von Lösungsverantwortung Partei genommen, jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen. In der Berichterstattung über Tarifkonflikte mit niedriger Betroffenheit werden durch diese subtilen Mittel eher die Gewerkschaften in ein positives Licht gerückt. Mit dem Betroffenheitsgrad dreht sich das Bild und die Arbeitgeberverbände erfahren in der Berichterstattung über Tarifkonflikte mit hoher Betroffenheit eher Rückenwind. Insgesamt kann vermutet werden, dass aus diesen deutlichen Unterschieden in der Diskussion der Konsequenzen und deren Valenz sowie der Parteinahme Implikationen für die öffentliche Unterstützung der Tarifakteure resultieren (vergleichbar mit den Erkenntnissen von Schmidt 1993).

Im Lichte der vorliegenden Ergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass das Bild der

Tarifpolitik in den Medien sehr stark durch die Berichterstattung über Tarifkonflikte mit hoher Betroffenheit geprägt ist, wobei diese zugleich kontroverser, konflikträchtiger und kritischer bzw. negativer präsentiert werden als Tarifkonflikte mit vermeintlich geringerer Betroffenheit. Zudem zeigen sich deutliche Unterschiede in der inhaltlichen Darstellung der Konflikte (Folgen, Themenschwerpunkte, Parteinahme), die durchaus Konsequenzen für das Verhandlungsgeschehen und das öffentliche Ansehen der entsprechenden Akteure haben können.

4.4 Unterschiede in der Berichterstattung über verschiedene Konfliktphasen

Die Berichterstattung über Tarifpolitik unterscheidet sich nicht nur jeweils zwischen den verschiedenen Tarifkonflikten, sondern kann sich auch entlang verschiedener Konfliktphasen verändern. Um die inhaltlichen Muster und Unterschiede in der Berichterstattung im Verlauf von Tarifkonflikten identifizieren zu können, wurde die Berichterstattung zu allen hier untersuchten Tarifkonflikten in vier Phasen eingeteilt (siehe Kap. 2), die sich an zentralen Meilensteinen innerhalb des Konfliktverlaufs orientieren:

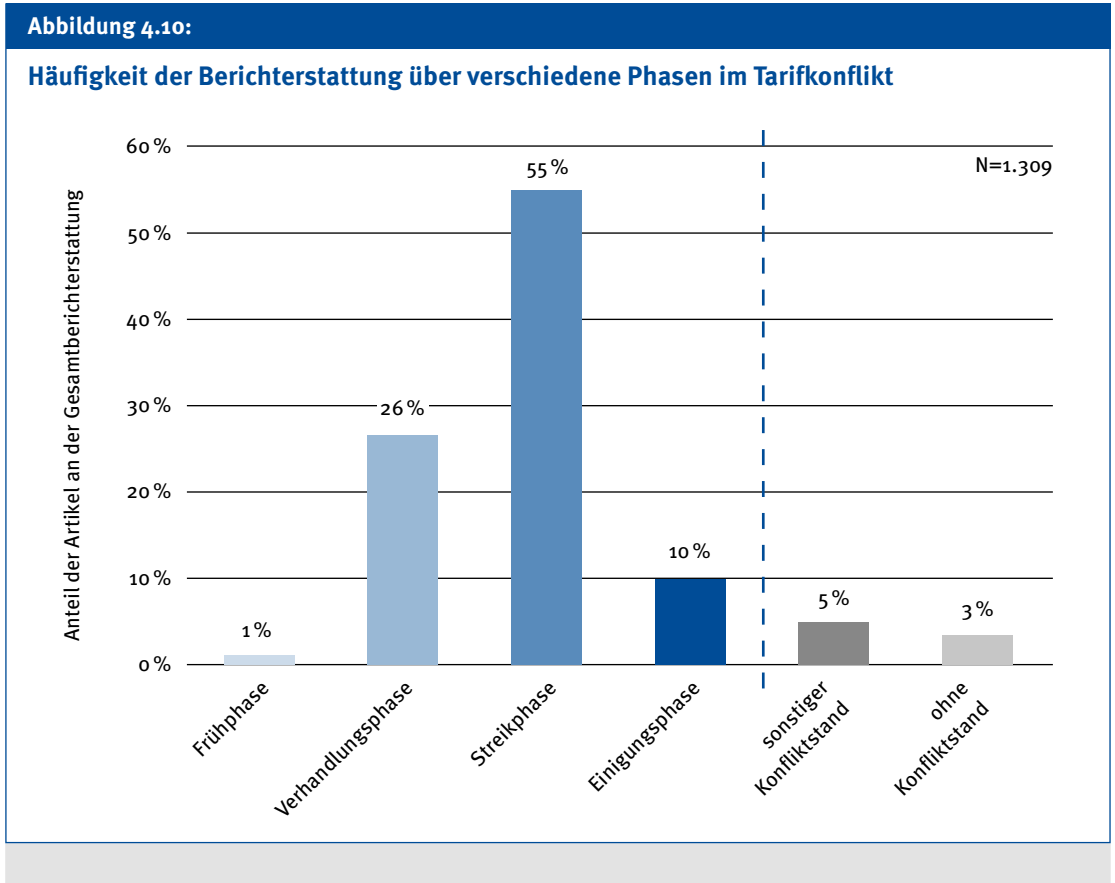
- Frühphase: Kündigung des Tarifvertrages, Beschluss von Tarifforderungen und -angeboten
- Verhandlungsphase: Tarifrunden
- Streikphase: Warnstreiks und Streiks
- Einigungsphase: Einigung und/oder Schlichtung

Bei der Zuordnung von Medienbeiträgen zu diesen Phasen wurde den Unterschieden im konkreten zeitlichen Ablauf zwischen einzelnen Tarifkonflikten Rechnung getragen: Ein Artikel wurde den verschiedenen Phasen nicht anhand seines Erscheinungsdatums (externe Bezugsgröße), sondern aufgrund seiner inhaltlichen Bezugnahme auf einzelne Ereignisse (z. B. Tarifrunde oder Einigung) zugeordnet. Dieses Vorgehen ermöglicht es, klar zwischen Verhandlungs- und Konfliktphasen zu differenzieren, obwohl diese, rein zeitlich betrachtet, nicht streng chronologisch nacheinander, sondern vielmehr parallel ablaufen. Diese trennscharfe inhaltliche Unterscheidung zwischen den verschiedenen Konfliktphasen erlaubt es, charakteristische Muster in der Art sowie im Inhalt der Mediendarstellung verschiedener Tarifkonfliktphasen zu identifizieren.

4.4.1 Formale Merkmale der Medienberichterstattung über verschiedene Phasen von Tarifkonflikten

Das Ausmaß der Medienaufmerksamkeit für die verschiedenen Konfliktphasen drückt sich in erster Linie in der reinen *Häufigkeit* von Medienberichten in den jeweiligen Phasen aus. Abbildung 4.10 zeigt hier auf den ersten Blick, auf welcher Phase bzw. welchen Phasen das Hauptaugenmerk der Journalisten liegt: Insbesondere Warnstreiks und Streiks (Streikphase) erfahren mit mehr als der Hälfte der Gesamtberichterstattung überproportional viel Aufmerksamkeit. Dagegen werden die Verhandlungsrunden nur etwa halb so oft in der Medienberichterstattung berücksichtigt

*Kontrovers,
konflikträchtig
und kritisch*

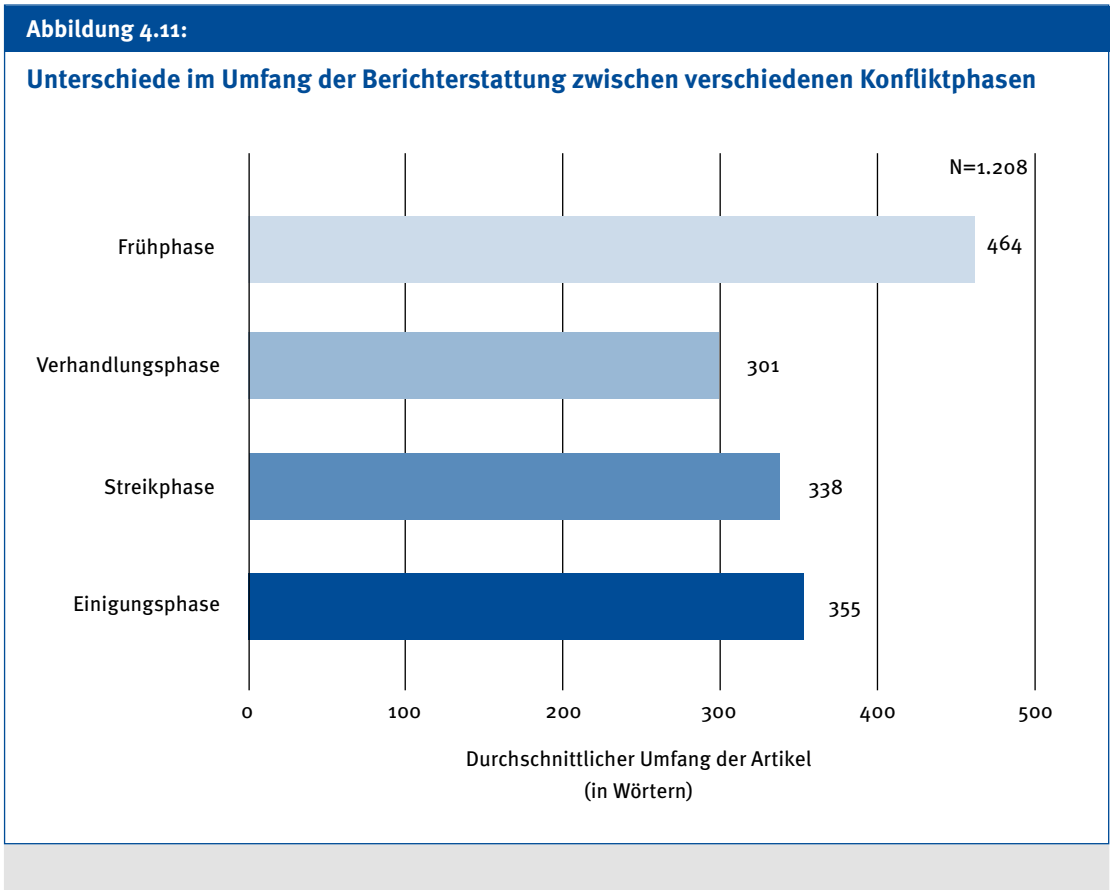


Berichterstattung stark ereigniszentriert

(26 Prozent der Gesamtberichterstattung). Die Einigungsphase (10 Prozent der Gesamtberichterstattung) und insbesondere die Anfangsphase eines Tarifkonfliktes mit der Kündigung des Tarifvertrages (1 Prozent der Gesamtberichterstattung mit absolut nur 18 Artikeln in unserem gewichteten Sample) erfahren dagegen nur randständige Betrachtung bzw. treten medial nicht in Erscheinung.

Im Rahmen der Codierung wurden sowohl der Bezug zu einer der vier Phasen erfasst als auch solche Artikel verschlüsselt, die sich auf andere Ereignisse bezogen oder aber keinen konkreten Ereignisbezug aufwiesen.

Nur 8 Prozent der Gesamtberichterstattung über Tarifkonflikte fallen in diese Kategorien, was dafür spricht, dass neben einer starken Fokussierung auf Konflikte auch insgesamt sehr ereigniszentriert berichtet wird (d. h. wenige übergreifende Artikel, die keinen Bezug auf spezifische Konfliktphasen nehmen). Im weiteren Verlauf der Analyse werden diese Artikel, die sich auf andere oder keinerlei konkrete Ereignisse beziehen, nicht weiter berücksichtigt. Darüber hinaus sind die nachfolgenden Analysen zur Frühphase von Tarifkonflikten nur mit Vorsicht zu interpretieren, da die gewichtete Fallzahl hier sehr gering ist



und statistische Analysen aus diesem Grund nur eingeschränkt möglich sind.

Obwohl die Streikphase mit dem weitaus größten Berichterstattungsvolumen einhergeht, lässt sich gleichzeitig zeigen, dass die durchschnittliche *Länge* (in Wörtern) (siehe Abb. 4.11) der einzelnen Berichte innerhalb der Phasen ein gegenläufiges Muster aufweist: Sowohl zu Beginn als auch gegen Ende der Tarifauseinandersetzungen werden zwar wenige, aber dafür eher umfangreiche Berichte veröffentlicht. Dagegen werden die Hochphasen der Auseinandersetzung mit weitaus weniger Worten gewürdigt. Es liegt die Ver-

mutung nahe, dass zu Beginn und zum Ende die Hintergründe und Zusammenhänge dargestellt werden, während in der Hochphase nur eine knappe Berichterstattung der Ereignisse erfolgt und es mehr darum geht, wer gerade die Nase vorn hat. Überraschend ist, dass in der Verhandlungsphase, in der die beiden Tarifparteien ihre inhaltlichen Positionen austauschen, im Durchschnitt die kürzesten Beiträge (301 Wörter) veröffentlicht werden. Eine Erklärung hierfür liefert möglicherweise der Blick auf die Ressorts und das Genre, in denen berichtet wird: Ein Großteil der Berichterstattung über Tarifkonflikte findet in allen Phasen

Kürzeste Artikel in der Verhandlungsphase

Tarifkonflikte meist im Wirtschaftsressort

im Wirtschaftsressort statt (durchschnittlich 42 Prozent aller Artikel). Lediglich in der Streikphase sinkt der Anteil an Artikeln über Tarifpolitik im Wirtschaftsressort auf gut ein Drittel und vor allem der Regional- und Lokalteil der Printmedien gewinnt als Ort des Geschehens an Bedeutung (22 Prozent). Hier wird vermutlich vermehrt über die unmittelbaren Auswirkungen von Streikmaßnahmen für die entsprechende Region und die betroffenen Bürger und Kunden diskutiert. Eine ähnliche – wenn auch nur graduelle – Verschiebung im Berichterstattungsfokus kündigt sich in der Stilform an: Durchweg werden Tarifkonflikte im Stile einer Nachricht oder Meldung dargestellt (im Durchschnitt über alle Phasen 86 Prozent). Lediglich in der Konfliktphase spielen auch andere Stilformen wie Kommentare und Leitartikel sowie Reportagen und Features eine nennenswerte Rolle (8 Prozent und 5 Prozent aller Berichte vs. 82 Prozent Nachrichten/Meldungen). Dies ermöglicht es den Journalisten, das Geschehen nicht nur umfangreicher (im Vergleich zur Verhandlungsphase), sondern auch mit einer stärkeren persönlichen Färbung darzustellen.

4.4.2 Themen und Tenor in der Darstellung verschiedener Tarifkonfliktphasen

Der intensive, aber verknappte Fokus der Presse auf Verhandlungs- und Streikphasen im Tarifkonflikt geht zugleich mit charakteristischen Mustern im allgemeinen Tenor sowie der inhaltlichen Diskussion einher: Zunächst zeigt der Blick auf die *Bewertungen der allgemeinen Situation* in der Medienberichterstattung, dass insbesondere die Streikphase

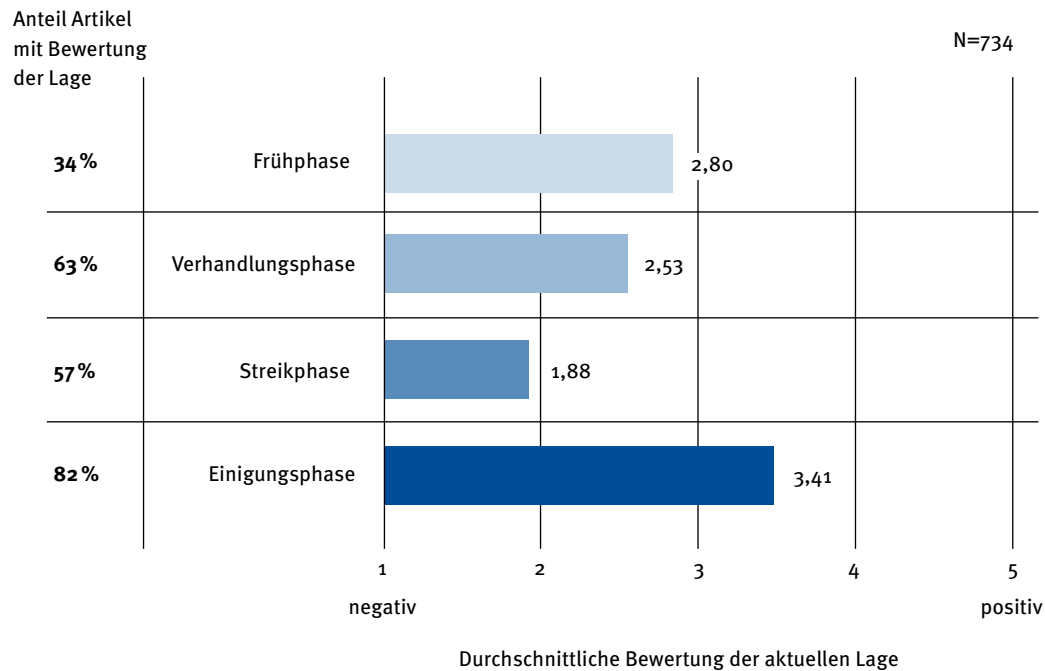
überwiegend negativ dargestellt wird (siehe Abb. 4.12). Diese Phase bildet im Prinzip den Höhepunkt der negativen Wertungen zur allgemeinen Situation, da die Evaluationen graduell von der Frühphase über die Verhandlungsphase negativer ausfallen. Insbesondere die Tatsache, dass Verhandlungs- und Streikphasen zeitlich parallel ablaufen (und damit zwei Artikel mit demselben Erscheinungsdatum einmal der Streik- und zum anderen der Verhandlungsphase zugeordnet werden konnten), unterstreicht nochmals den Befund, dass der allgemeine Tenor in Artikeln zur Verhandlungsphase positiver ist als in der Streikphase. Das Blatt wendet sich schließlich in der Einigungsphase insofern, als die Medien in dieser Phase eher positive Wertungen vergeben (im Durchschnitt 3,41 und damit über der theoretischen Skalenmitte von 3).

Überraschend sind die Befunde jedoch, blickt man auf die Anteile an Artikeln, die überhaupt eine Wertung enthalten (siehe erste Spalte, links neben dem Balkendiagramm in Abb. 4.12): Da die Streikphase mit dem offenen ausgetragenen Konflikt besonders viel Potenzial zur Polarisierung enthält, würde man besonders viele wertende Beiträge erwarten. Stattdessen enthält vor allem in der Einigungsphase die große Mehrheit an veröffentlichten Artikeln (überwiegend positive) Wertungen (82 Prozent). Erwartungsgemäß werden in der Frühphase nur wenige Bewertungen abgegeben, so dass der Anteil von Artikeln mit Wertungen in der Verhandlungs- und Streikphase deutlich ansteigt (63 Prozent und 57 Prozent), jedoch unter dem Niveau der Einigungsphase

Streikphase überwiegend negativ

Abbildung 4.12:

Bewertung der aktuellen Lage in verschiedenen Konfliktphasen



bleibt. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte darin liegen, dass die Polarisierung in der Konfliktphase mit Unsicherheit bei den Journalisten einhergeht, wie die Situation zu bewerten ist. Dagegen ist in der Einigungsphase mit der Beilegung des Konflikts eine positive Wertung der allgemeinen Lage (aber nicht zwangsläufig des Verhandlungsergebnisses) zunächst naheliegend.

Deutliche Unterschiede in der Mediendarstellung der verschiedenen Konfliktphasen zei-

gen sich auch in der Diskussion der *allgemeinen Konsequenzen* (siehe Tab. 4.13) aus dem Tarifkonflikt. Pro Artikel konnten bis zu zwei Konsequenzen verschlüsselt werden, und es zeigt sich, dass in der Streikphase mit durchschnittlich 1,30 die weitaus meisten Konsequenzen diskutiert werden – gefolgt von der Einigungsphase mit 0,92 und der Verhandlungsphase mit 0,68.¹⁴ In der Einigungsphase stehen mit weitem Abstand die Folgen für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer im Vordergrund

¹⁴ Die Diskussion der Konsequenzen in der Frühphase von Tarifkonflikten wird hier nicht weiter betrachtet, da in Anbetracht der sehr niedrigen Fallzahl von nur sieben Artikeln, in denen eine solche Diskussion überhaupt geführt wird, keine zuverlässigen Aussagen getroffen werden können.

Tabelle 4.13:

Diskussion der Konsequenzen aus der Tarifaueinandersetzung in verschiedenen Konfliktphasen

	Frühphase n=7	Verhandlungsphase n=164	Streikphase n=563	Einigungsphase n=74
Folgen für Arbeitsbedingungen Arbeitnehmer	28 %	14 %	3 %	74 %
Konsequenzen für Arbeitgeberseite (langfr./Gewinne)	0 %	22 %	11 %	24 %
Folgen für Produktion/Bereitstellung des Produktes	4 %	32 %	53 %	12 %
Ökonomische Konsequenzen	6 %	11 %	13 %	7 %
Kurzfr. Konsequenzen für Endverbraucher	0 %	45 %	61 %	16 %
Folgen für die Qualität des Produktes	0 %	2 %	1 %	9 %
Polit.-gesell. Konsequenzen	68 %	15 %	17 %	13 %
Sonstige Konsequenzen	0 %	3 %	5 %	0 %
Quote* (durchschnitt. Konsequenzen je Beitrag)	0,42	0,68	1,30	0,92

*Höchstens zwei, da je Artikel bis zu zwei Konsequenzen erfasst wurden.

Fokus auf Verbraucher

(74 Prozent aller erfassten Konsequenzen in dieser Phase). Vergleichbar mit den Ergebnissen von Knight (2001) und Tracy (2006), spielt in den beiden Hochphasen der Tarifaueinandersetzung der Arbeitnehmerfokus jedoch kaum eine Rolle: Sowohl in der Verhandlungs-, insbesondere aber in der Streikphase dominieren die Endverbraucher- sowie die Arbeitgeberperspektive. Offenbar konzentrieren sich die Journalisten in den Phasen, wo ein Tarifkonflikt öffentlich spürbar wird, nicht mehr primär auf die eigentlich betroffene Zielgruppe – also

die Arbeitnehmer, deren Arbeitsbedingungen verhandelt werden –, vielmehr wird auf diejenigen geblickt, die die Konsequenzen von Arbeitskampfmaßnahmen schultern müssen – sei es als Endverbraucher, der seine Ware oder Dienstleistung nicht oder nur verzögert in Anspruch nehmen kann, sei es als Arbeitgeber, der durch Streikmaßnahmen in der Regel wirtschaftliche Einbußen erfährt. Dies wird unterstrichen, wenn man auf die Verteilung in der Diskussion der langfristigen Konsequenzen für die Arbeitgeber (insbesondere monetäre

Gewinne) blickt. Diese Perspektive auf die langfristigen arbeitgeberseitigen Folgen des Tarifkonflikts spielt vor allem in der Verhandlungsphase (neben dem Blick auf die Endverbraucher) eine bedeutsame Rolle. Im Hinblick auf übergreifende politisch-gesellschaftliche sowie ökonomische Konsequenzen zeigen sich dagegen keine spezifischen Muster entlang der verschiedenen Konfliktphasen; diese scheinen vielmehr dauerhaft, aber randständig stets mitdiskutiert zu werden.

4.4.3 Unterschiede in der Parteinahme der Medien zwischen verschiedenen Phasen im Tarifkonflikt

Im folgenden Abschnitt werden die Muster der medialen Parteinahme für die beteiligten Akteure in den verschiedenen Phasen des Tarifkonflikts verglichen. Einen ersten Anhaltspunkt liefert die Analyse der Medienberichterstattung unter der Fragestellung, welche *Akteure* primär als aktiv handelnde dargestellt werden. Im Rahmen dieser inhaltsanalytischen Kategorie war es möglich, je Artikel bis zu fünf aktiv handelnde Akteure zu erfassen.¹⁵ In Abbildung 4.14 erfolgt die Darstellung auf der Basis aller erfassten Akteure (nicht Artikel).

Es zeigt sich zunächst sehr deutlich, dass Vertreter der Arbeitnehmerseite in allen Phasen des Tarifkonflikts in den Medien mehrheitlich als aktiv handelnde Akteure dargestellt werden (zwischen 44 Prozent und 60 Prozent).

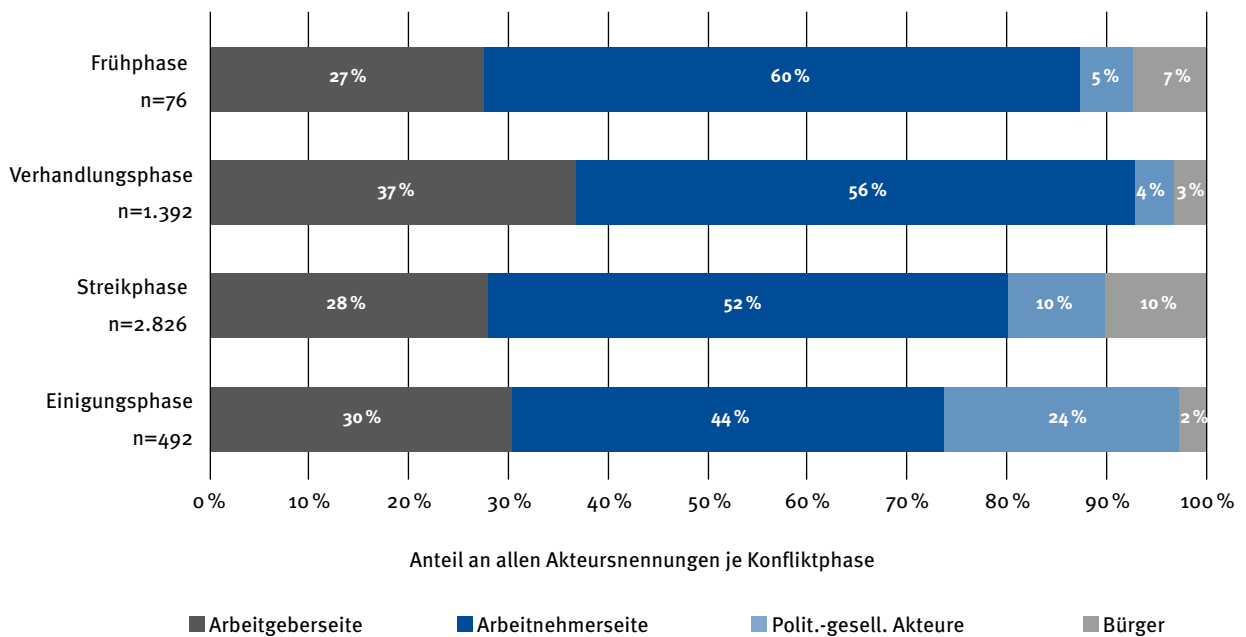
Dieser Anteil ist insbesondere in der Frühphase des Konfliktes hoch (60 Prozent aller Akteure), erscheint jedoch in Anbetracht der eher reagierenden Rolle der Arbeitgeberseite in dieser Phase plausibel. Erstaunlich ist dagegen, dass die Arbeitgeberseite auch in der Streikphase einen ähnlich geringen Anteil an aktiv handelnden Akteuren auf sich vereint (nur 28 Prozent aller Nennungen), was darauf hindeutet, dass es ihr nicht gelingt, den streikenden Arbeitnehmern medial einen aktiven Gegenpol (z. B. über starke Redebeiträge) entgegenzusetzen. Lediglich in der Verhandlungsphase scheint sich die Arbeitgeberseite nennenswert in Szene zu setzen (37 Prozent aller Akteursnennungen), wobei der Anteil der Arbeitnehmervertreter in der Mediendarstellung hier ebenfalls hoch ist (56 Prozent aller Akteursnennungen); andere Akteure wie Bürger und gesellschaftlich-politische Vertreter spielen hier nur eine sehr randständige Rolle. Insgesamt bleibt das Verhältnis zwischen den beiden Tarifparteien eher konstant und geht mit einem deutlichen Überhang der Gewerkschaften einher. Lediglich der Anteil von Bürgern und gesellschaftlich-politischen Akteuren unterliegt nennenswerten Schwankungen. Die große Bedeutung von gesellschaftspolitischen Vertretern in der Einigungsphase (24 Prozent aller Akteure) ist vermutlich auf den Einsatz von Schlichtern im Tarifkonflikt zurückzuführen. Alternativ könnte vermutet werden, dass Journalisten in der

*Arbeitgeber
selten aktiv handelnd
dargestellt*

¹⁵ Hierbei wurde lediglich unterschieden, ob es sich um aktiv handelnde Akteure handelt, die zweifelsfrei der einen oder anderen Seite im Tarifkonflikt zugeordnet werden können. Dabei war unerheblich, ob es sich dabei um die Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisation als Ganzes, einen einzelnen offiziellen/nichtoffiziellen Vertreter, einen Betriebsrat oder einen Unternehmensvertreter der entsprechenden Branche handelt.

Abbildung 4.14:

Akteure in der Medienberichterstattung über verschiedene Tarifkonfliktphasen



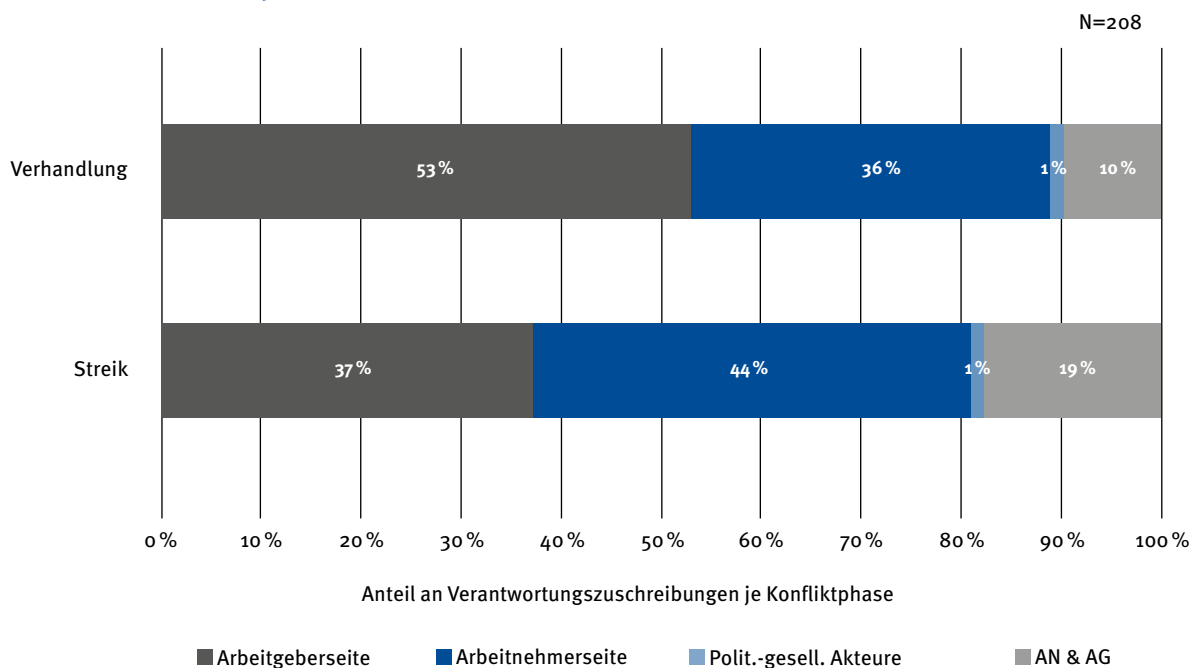
Berichterstattung über diese Hochphase des Tarifkonfliktes andere gesellschaftliche Akteure hinzuziehen, um die Bedeutung und die Konsequenzen der Tarifauseinandersetzung für die Gesellschaft zu eruieren. Zudem zeigt sich – wie bereits bei der Diskussion der Konsequenzen aus dem Tarifkonflikt angedeutet –, dass die Bürger (und damit auch Endverbraucher) vor allem in der Streikphase einen Platz in der Medienberichterstattung über Tarifkonflikte finden (10 Prozent aller Akteure).

Während der Blick auf die agierenden Akteure in der Medienberichterstattung maximal als unscharfer Hinweis auf eine medienseitige Parteinahme zu werten ist, gilt dies für die Zu-

schreibung von *Lösungsverantwortung* (siehe Abb. 4.15) nicht. Indem die Journalisten die Verantwortung zur Lösung des Konfliktes eindeutig einem der beteiligten Tarifakteure zuschreiben, bestimmen sie die Blickrichtung, aus der der Konflikt betrachtet wird. Hier zeigt sich deutlich, was sich bei der Betrachtung der Akteure in der Medienberichterstattung bereits angedeutet hat. Während in der Verhandlungsphase vor allem die Arbeitgeberseite in der Pflicht gesehen wird (53 Prozent aller Verantwortungszuschreibungen), den Konflikt beizulegen, wandelt sich das Bild in der Streikphase: Hier sind es die Gewerkschaften, die überwiegend als Lösungsverantwortliche dargestellt werden (44 Prozent

*Im Streik:
Gewerkschaften als
Lösungsverantwortliche*

Abbildung 4.15:

Zuschreibung von Lösungsverantwortung in der Medienberichterstattung in verschiedenen Tarifkonfliktphasen


aller Verantwortungszuschreibungen). Während diese Form der Verantwortungsattribution zwar eine deutliche Parteinahme ausdrückt, muss zugleich berücksichtigt werden, dass dieses Mittel nur vergleichsweise selten – nämlich nur in 17 Prozent aller Medienbeiträge mit klarem Bezug zu den Konfliktphasen – eingesetzt wird.

4.4.4 Zusammenfassung

Der Fokus der Medienberichterstattung auf die heiße Konfliktphase hat sich bereits in den Analysen des vorigen Kapitels angedeutet. Um darüber hinausgehende Unterschiede in der Darstellung verschiedener Konfliktphasen in den Massenmedien identifizieren zu

können, wurde die Berichterstattung über alle untersuchten Tarifkonflikte entlang zentraler Meilensteine im typischen Ablauf von Tarifkonflikten in vier Phasen eingeteilt (Kündigung des Tarifvertrages, Tarifrunden, öffentliche Arbeitskampfmaßnahmen, Einigung). Insbesondere die inhaltliche Zuordnung der Artikel zu Phasen (statt der zeitlichen nach Datum) ermöglicht es, trennscharf zwischen Verhandlungs- und Streikphase differenzieren zu können.

Im Ergebnis zeigt sich erwartungsgemäß, dass sich ein Großteil der Berichterstattung auf die Streikphase fokussiert, daneben entfällt nur noch auf die Verhandlungsphase ein

*Wenig übergreifende
Darstellungen*

nennenswerter Anteil an Artikeln. Insgesamt wird über Tarifkonflikte sehr ereignisbezogen berichtet, und es existieren wenige übergreifende Darstellungen. Dies geht einher mit einer Verknappung der Berichte in den beiden Hochphasen Verhandlungs- und Streikphase, während zu Beginn und am Ende eher ausführlicher berichtet wird.

Entsprechend der theoretischen Annahmen wird über den öffentlichen Höhepunkt des Konfliktes – die Streikphase – am negativsten berichtet. Hier werden primär die kurzfristigen Konsequenzen für die Endverbraucher sowie die Arbeitgeber diskutiert. Dieses Muster wandelt sich, wenn Medien (wenn auch seltener) über die Einigungsphase berichten: Hier ist der Anteil an wertenden Berichten bezüglich der allgemeinen Lage sehr hoch und zudem überwiegend positiv. Überdies konzentriert sich die inhaltliche Diskussion der Folgen des Tarifkonflikts auf die Konsequenzen für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. In den heißen Phasen der Konflikte dreht sich die Diskussion mit einem negativen Tenor fast ausschließlich um die öffentlich spürbaren Folgen. Es lässt sich vermuten, dass es in diesem Berichterstattungsklima schwierig für Gewerkschaften wird, öffentliche Unterstützung oder zumindest Verständnis für ihre Anliegen zu generieren. Vielmehr scheint eine Solidarisierung mit den Leidtragenden von Arbeitskampfmaßnahmen – Endverbraucher und Arbeitgeber – durch die mediale Diskussion begünstigt zu werden. Mit Blick auf eine Parteinahme der Journalisten in der Medienberichterstattung über Tarifkon-

*Positive Bewertung
der Einigungsphase*

flikte lassen sich nur graduelle Unterschiede zwischen den verschiedenen Konfliktphasen identifizieren. Zunächst dominieren in der Medienberichterstattung Arbeitnehmervertreter als Akteure in allen Phasen gegenüber den Anhängern der Arbeitgeberseite deutlich. Insbesondere in der Streikphase fällt der geringe Anteil von Akteuren der Arbeitgeberseite auf, wohingegen in der Verhandlungsphase der Anteil an Arbeitgebervertretern zumindest graduell steigt. Dies geht jedoch offenbar zugleich mit einer Attribution von Verantwortung einher, so dass die Arbeitgeberseite gerade in der Verhandlungsphase als Lösungsverantwortliche in den Medien präsentiert wird. Die Journalisten sehen die Gewerkschaften dagegen im Zuge von Arbeitskampfmaßnahmen (Streikphase) in der Pflicht, die Auseinandersetzung beizulegen.

Das Bild von Tarifkonflikten in den Massenmedien ist demnach vorwiegend durch die Darstellung von Streikereignissen geprägt, die knapp gehalten ist und einen negativen Tenor hat. Während gewerkschaftsseitige Akteure zwar dominant als aktiv Handelnde in der Medienberichterstattung vertreten sind, wird hinsichtlich der Implikationen der Tarifauseinandersetzung kaum die Arbeitnehmerperspektive eingenommen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Akteure der Arbeitgeberseite in der Medienberichterstattung eher als passive Beteiligte präsentiert werden, die vor allem in der Hochphase des Konfliktes – zumindest medial – die Leidtragenden der Arbeitskampfmaßnahmen sind.

5 Berichterstattung nach Lager und Gattung

5.1 Zielsetzung des Kapitels

Im folgenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Medienberichterstattung über Tarifkonflikte entlang des publizistischen Spektrums und nach Mediengattungen (z. B. Qualitätsmedien vs. Boulevardmedien) unterscheidet (medienimmanente Faktoren). Es wird beleuchtet, welchen Einfluss Unterschiede bei der Orientierung an Publikumsinteressen auf der einen und der politischen Positionierung der Medien auf der anderen Seite haben. Konkret sollen zwei Fragen beantwortet werden:

- Unterscheiden sich die verschiedenen Mediengattungen in ihrer Berichterstattung über die ausgewählten Tarifkonflikte?
- Hat die redaktionelle Linie eines Mediums einen Einfluss darauf, wie über Tarifkonflikte berichtet wird?

5.2 Theoretischer Hintergrund und Forschungsstand

Zeitungen lassen sich je nach ihrer Qualität in Gattungen unterteilen (Jarren/Vogel 2011). So zählen *Bild* sowie der *Berliner Kurier* zu den Boulevardzeitungen. Der Begriff der Boulevardmedien verweist auf die Tatsache, dass diese Zeitungen einst nicht über Abonnements abgesetzt wurden, sondern ihre Leserschaft über den Verkauf auf der Straße finden mussten. Zwar werden die Blätter heute meist an Kiosken und anderen Verkaufsstellen angeboten, müssen aber im Unterschied zu den Abonnentenzeitungen täglich das Interesse potenzieller Kunden wecken (Leidenberger 2015).

Dabei kann angenommen werden, dass sich dieser Wettbewerb in einer verstärkten Orientierung an den unmittelbaren Bedürfnissen des Publikums niederschlägt (Leidenberger 2015; Lünenborg 2013). Die Rezipienten der Boulevardmedien sind meist unterdurchschnittlich gebildet und sozial schwächer gestellt. Neben der Informationsvermittlung spielt für sie die Unterhaltung eine tragende Rolle bei der Rezeption. Entsprechend bewegt sich der Boulevard „im Spannungsverhältnis zwischen vergnüglicher Lektüre und gesellschaftlicher Positionierung“ (Lünenborg 2013: 215). Neben der spezifischen Aufmachung (beispielsweise große Überschriften und Bilder) schlägt sich die Orientierung an der potenziellen Leserschaft in der Wahl lebensnaher Themen (sogenannter *soft news*) und deren sensationeller Aufmachung nieder. So werden Ereignisse und Themen besonders negativ dargestellt, emotional und personalisiert aufbereitet und komplexe Sachverhalte mittels Fallbeispielen vereinfacht (Donsbach/Büttner 2005; Lünenborg 2013).

Das Pendant zu den Boulevardzeitungen bilden die Qualitätsmedien, insbesondere die überregionalen Tageszeitungen. Ihnen wird in der deutschen Presselandschaft häufig die Funktion von „Leitmedien“ zugeschrieben: Sie werden häufig von anderen Journalisten gelesen und dienen diesen als Orientierung ihrer eigenen Berichterstattung (Reinemann 2003). Zudem werden die überregionalen Qualitätszeitungen von politischen und gesellschaftlichen Entscheidern rezipiert und in Anspielung darauf mitunter als „Elitemedien“ bezeichnet (Jandura/Brosius 2011). Diese Eliten

Boulevardmedien wollen/sollen unterhalten

sind zumeist hoch gebildet und nutzen diese „Wissensinstitutionen“ vor allem, „um sich mit Wissen zu armieren und Hintergründe von Ereignissen kennen zu lernen“ (Schenk/Mangold 2011: 252). Entsprechend sollte die Berichterstattung der Qualitätszeitungen gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich relevante Themen von hoher Aktualität aufgreifen (Hagen 2013; Kamber/Imhof 2011).

Setzt man diese Annahmen mit der Berichterstattung über Tarifkonflikte in Beziehung, so sollten Boulevardzeitungen vor allem über solche Tarifkonflikte berichten, denen eine hohe direkte Betroffenheit der Bevölkerung zugeschrieben wird, und diese entsprechend sensationell darstellen (z. B. die Tarifausschließung auf den Konflikt zwischen Einzelpersonen herunterbrechen und diesen emotionalisieren). Demgegenüber sollte die Berichterstattung der überregionalen Qualitätsmedien idealtypisch vor allem von Fakten, inhaltlichen Positionen und Hintergründen der Tarifkonflikte geprägt sein.

Neben der Orientierung an den Leserinteressen beeinflusst auch die politische Tendenz der jeweiligen Medien, die sogenannte redaktionelle Linie, die Berichterstattung. So lassen sich Medien auf einem Kontinuum zwischen links und rechts verorten. Die redaktionelle Linie spielt bei den überregionalen Printmedien im Vergleich zu anderen Medien eine größere Rolle. Unabhängig vom Medium tritt sie besonders deutlich in Kommentaren (Meinung) zutage (Maurer/Reinemann 2006). Idealtypisch sind Journalisten dazu angehalten, in ihrer Berichterstattung (Nachricht) möglichst neutral

und ausgewogen zu berichten. Allerdings zeigt Schönbach (1977), dass die Trennung zwischen Nachricht und Meinung häufig nicht gelingt und Journalisten in ihrer Berichterstattung auch abseits der Meinungsbeiträge Themen und Akteure bewerten. Wertungen und Deutungen können in der Berichterstattung explizit, durch die „instrumentelle Aktualisierung“ (Kepplinger 1989) (also durch Selektion und Gewichtung bestimmter Sachverhalte) oder aber durch Bezugnahme auf „opportune Zeugen“ (Hagen 1993) erfolgen. Die Qualitätszeitungen wurden hinsichtlich ihrer politischen Orientierung in zwei Blöcke geteilt, deren Berichterstattung eher im rechten, konservativen bzw. linken, liberalen Spektrum anzusiedeln ist. Zu den Redaktionen, deren Linie eher als „links“ bzw. liberal charakterisiert werden kann, zählen die *Tageszeitung (taz)*, die *Frankfurter Rundschau (FR)* sowie die *Süddeutsche Zeitung (SZ)*. Zum „rechten“ bzw. konservativen Lager zählen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* und die *Welt* (Neidhardt/ Eilders/Pfetsch 2004; Gerrits/Scheller 2016; Schönbach 1977). Das *Handelsblatt* lässt sich originär nicht in dieses Schema einordnen, weil sich dessen Berichterstattung stark an wirtschaftlichen Belangen orientiert und anderen gesellschaftlichen Themen, an denen sich eine politische Orientierung ausmachen ließe, deutlich weniger Raum in der Berichterstattung gegeben wird. Aufgrund der Positionen, die hinsichtlich wirtschaftlich relevanter Themen vertreten werden, wurde das *Handelsblatt* für die vorliegende Untersuchung zum Lager der konservativen Medien gezählt. Untersuchungen zum Einfluss der redaktio-

„Rechte“
und „linke“
Medien

Tabelle 5.1:

Medien nach Lager

Konservativ	Liberal	Boulevard	Nachrichtenagentur
Die Welt Frankfurter Allgemeine Zeitung Handelsblatt	Frankfurter Rundschau Süddeutsche Zeitung Die Tageszeitung	Bild Berliner Kurier	Deutsche Presseagentur

Systematisierung nach Neidhardt u. a. 2004; Gerrits/Scheller 2016; Schönbach 1977

nellen Leitlinie verweisen auf Unterschiede in der Berichterstattung hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte sowie der expliziten Bewertung von Akteuren. So konnte Kühne (2011) im Rahmen einer Analyse der Berichterstattung von FAZ, SZ und *taz* in den Jahren 1998 bis 2007 zeigen, dass die Medien entsprechend ihrer redaktionellen Linie bestimmte Positionen im Diskurs über die Mitbestimmung in der Bundesrepublik einnehmen. Unter anderem schwankt die thematische Schwerpunktsetzung sowie die Bewertung der Mitbestimmung in Deutschland entlang des politischen Profils: Die wirtschaftsliberale FAZ betont eher ökonomische Aspekte des Diskurses und hebt negative Implikationen hervor, während die – eher im linken weltanschaulichen Spektrum angesiedelte – *taz* vergleichsweise häufiger über die moralischen Aspekte der Thematik berichtet und eher positive Handlungsempfehlungen ausspricht. Daraus schließt Kühne, dass die Printmedien entsprechend ihrem politisch-weltanschaulichen Profil als eigenständige politische Akteure im Mitbestimmungsdiskurs auftreten.

Eine Untersuchung zur massenmedialen Resonanz deutscher Verbände von Hackenbroch (1998) kommt zu dem Ergebnis, dass neben dem Grad der Öffentlichkeitsarbeit und dem Status der Verbände deren ideologische Nähe zu den jeweiligen Medien über die Berichterstattung entscheidet. So genießen die Gewerkschaften in der Berichterstattung „rechter“ Medien weniger Aufmerksamkeit als in den „linken“ und werden zudem deutlich häufiger und negativer bewertet. Hartmann (1978) kommt bei der Analyse der Berichterstattung über die Beziehungen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in Großbritannien ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die redaktionelle Ausrichtung entscheidenden Einfluss auf die Darstellung der Tarifparteien haben kann: Zwar gibt es unter den etablierten Medien kaum Unterschiede in der Berichterstattung, es zeigen sich jedoch deutlich Unterschiede zwischen den „Mainstream-Medien“ und der kommunistischen Zeitung *Morning Star*: Letztere berichtet deutlich häufiger über das Spannungsverhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager, hebt im Vergleich zu den anderen Medien

*Positionierung
der Medien in (tarif-)
politischen Diskursen*

insbesondere die Belange der Arbeitnehmerseite hervor und betont den ideologischen Charakter der Auseinandersetzungen.

In einer Einzelfallanalyse des Streiks im öffentlichen Dienst in Ontario findet Knight (2001) Unterschiede in der Berichterstattung einer liberalen und einer konservativen Tageszeitung. Letztere schrieb den Gewerkschaften ein höheres Maß an Verantwortung für den Arbeitskampf und seine Folgen zu und fokussierte in stärkerem Maße auf den Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite. Insgesamt finden sich also im Rahmen von Konflikten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden Hinweise auf eine Verzerrung der Berichterstattung entlang der politischen Orientierung der Medien. Überträgt man diese Ergebnisse, so ist zu erwarten, dass sich die Berichterstattung der liberalen Medien im Kontext der vorliegenden Studie durch einen arbeitnehmerfreundlicheren Grundtenor auszeichnet, die Belange der Arbeitnehmer präsenter sind und deren Handeln positiver bewertet wird als in den konservativen Medien. Die Berichterstattung der konservativen Medien sollte sich – umgekehrt – durch einen arbeitgeberfreundlicheren Grundtenor auszeichnen.

Schließlich wurde *dpa* als größte deutsche Nachrichtenagentur in die Analyse aufgenommen. Ohne deren „Vor-Leistungen [...] könnte die Presse – und heute auch Hörfunk und Fernsehen – ihre Informationsaufgabe nicht erfüllen“ (Wilke 1991: 13). Medien übernehmen Agenturmaterial dabei oftmals unredigiert (Hagen 2013). Dies gilt insbesondere für Regionalmedien, die kaum über ausreichende

Ressourcen verfügen, um selbst ein entsprechendes Korrespondentennetzwerk zu unterhalten (Struk 2000). *dpa* kann daher als Indikator für die Tendenz der Berichterstattung der Regionalmedien herangezogen werden. Als Nachrichtenagentur sollte sie sich vor allem an aktuellen Ereignissen und Entwicklungen orientieren und eher eine möglichst faktische und neutrale Berichterstattung bieten als Wertungen vornehmen.

5.3 Intensität der Berichterstattung

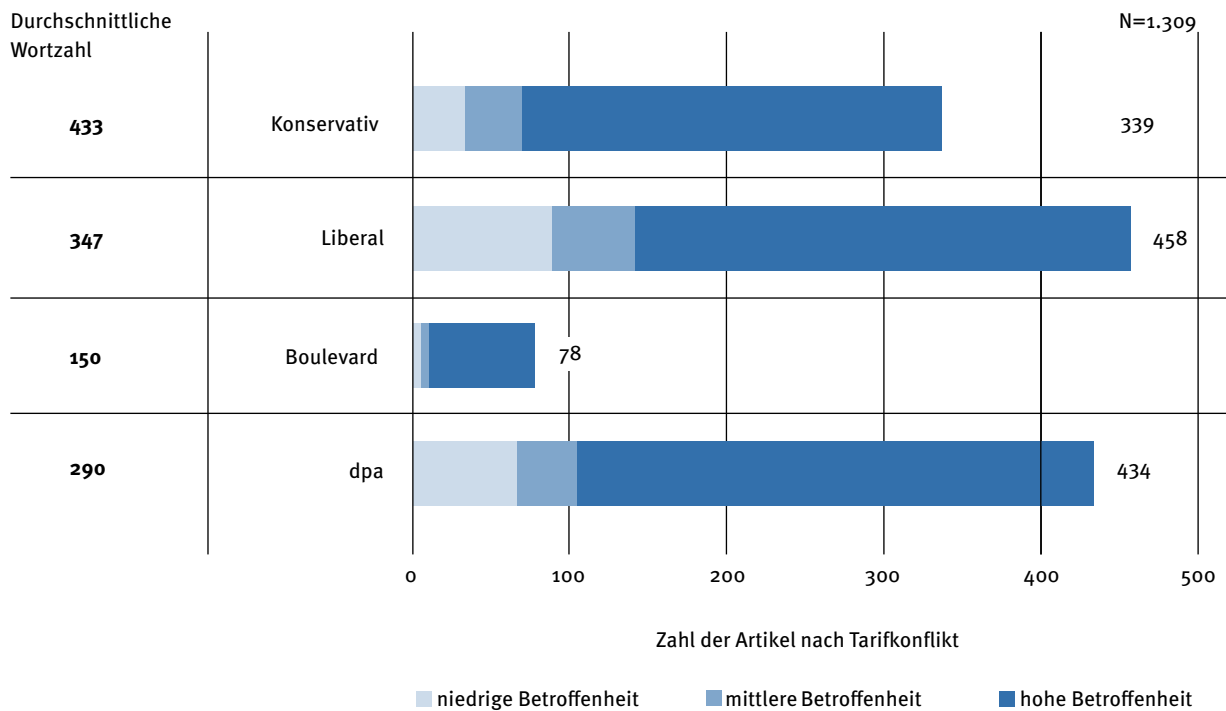
Im Folgenden werden die eingangs aufgeworfenen Fragen nach dem Einfluss der Mediengattung sowie der redaktionellen Linie beantwortet. Hierzu werden zunächst Unterschiede hinsichtlich des Umfangs sowie der inhaltlichen Schwerpunktsetzung zwischen den Medien beleuchtet. Anschließend wird die Berichterstattung auf eine mögliche Parteinahme zugunsten der einen oder anderen Tarifpartei untersucht.

Hinsichtlich der *Berichterstattungsintensität* (siehe Abb. 5.2) zeigt sich, dass die liberalen Qualitätsmedien am häufigsten über Tarifkonflikte berichten. Auf sie entfallen 35 Prozent der gesamten Berichterstattung über Tarifkonflikte. Die drei konservativen Zeitungen berichten insgesamt etwas weniger, allerdings sind die Artikel etwas ausführlicher als die der liberalen Medien. *dpa* veröffentlicht beinahe genauso viele Meldungen wie die drei liberalen Medien (SZ, taz, FR) zusammen. Die hohe Artikelzahl der *dpa* liegt in ihrer Funktion als Nachrichtenagentur begründet: Agenturen sind bestrebt, ein möglichst breites Angebot

*Meiste Berichte
in liberalen
Qualitätsmedien*

Abbildung 5.2:

Häufigkeit der Berichterstattung nach Medienlagern



an Themen und Ereignissen bereitzustellen, und haben im Gegensatz zu Zeitungen kaum Kapazitätsgrenzen und damit einen geringeren Zwang zur Selektion. Allerdings sind ihre Meldungen kürzer gehalten als die Artikel der Qualitätsmedien, was einen Fokus eher hin zur Darstellung von Ereignissen als zu Hintergrundinformationen vermuten lässt. Das geringste Berichterstattungsvolumen weisen die beiden Boulevardmedien auf. Gerade einmal 6 Prozent der Berichterstattung entfallen auf sie. Selbst wenn man berücksichtigt, dass hier nur zwei Titel analysiert wurden, bleibt die Berichter-

stattung deutlich unter dem Durchschnitt. Auch sind die Artikel eher knapp gehalten: 150 Wörter umfasst ein durchschnittlicher Artikel über Tarifkonflikte. Offensichtlich unterstellen die Boulevardjournalisten ihrem Publikum ein eher geringes Interesse an Tarifkonflikten, so dass weder die Notwendigkeit zu häufiger noch zu umfangreicher Berichterstattung besteht.

Lediglich wenn direkte Konsequenzen für die Leser unterstellt werden können, schaffen Tarifkonflikte den Sprung in die Boulevardblätter: Wie keine andere Mediengattung fokussieren sie in ihrer Berichterstattung auf

*Boulevardmedien:
selten und knapp*

**Fokus auf Konflikte
mit hoher Betroffenheit**

Konflikte mit unterstellter hoher Betroffenheit, während andere Konflikte nur marginale Beachtung finden. Hier finden sich deutliche Anzeichen für die Orientierung an den vermeintlichen Interessen des Publikums des Boulevards. Aber auch bei allen anderen Medien sowie bei *dpa* dominieren relativ – wenn auch mit geringerer Ausprägung – die Tarifkonflikte mit hoher unterstellter Betroffenheit. Vor allem bei den liberalen Medien zeigt sich ein stärkeres Interesse an Tarifkonflikten, die nur mittlere oder geringe Konsequenzen für die Leserschaft haben. Wie in Kapitel 2.2 angedeutet, erfahren Tarifkonflikte in den wöchentlich erscheinenden Medien wie *Zeit*, *Focus* und *Spiegel* deutlich weniger Resonanz als in den tagesaktuellen Medien (siehe Tabelle A1 im Anhang). Über Tarifkonflikte wird nur dann in nennenswertem Umfang berichtet, wenn sie mit einer unterstellten großen Betroffenheit einhergehen. Dies veranlasst zu der Mutmaßung, dass Tarifkonflikte aufgrund der teils raschen Entwicklungen nur dann mit dem Erscheinungsrhythmus der Wochenzeitschriften vereinbar sind, wenn sie sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen haben.

**Konservative und
Boulevardmedien:
Tenor negativer****5.4 Konfliktstand und Inhalte**

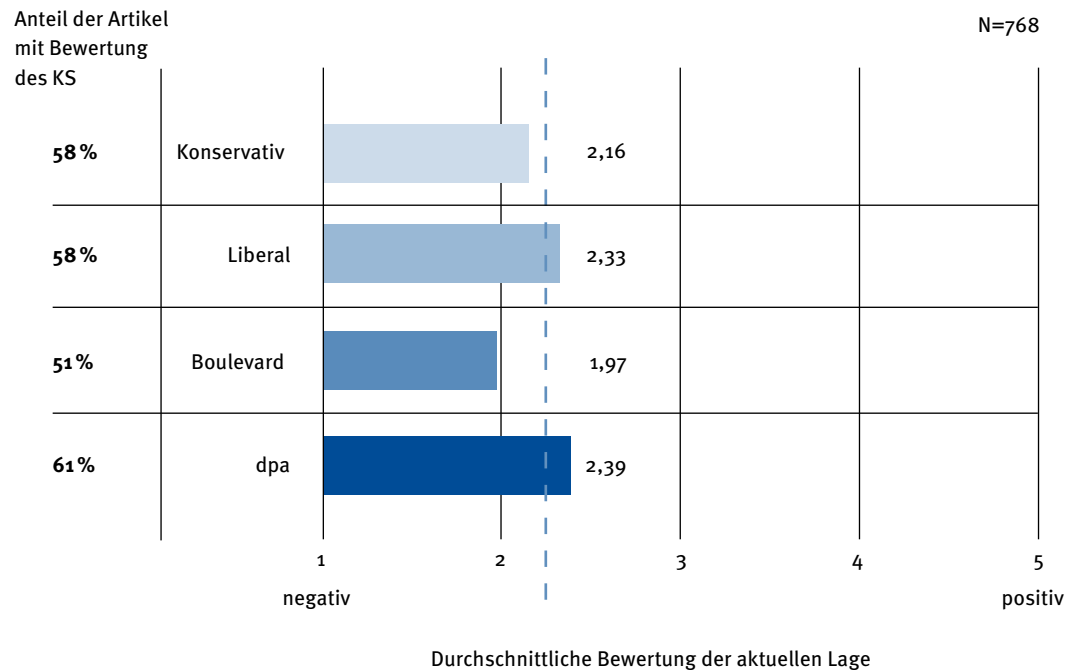
Nachdem die Unterschiede der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte hinsichtlich des Umfangs erläutert wurden, geht es im Folgenden um die inhaltliche und thematische Schwerpunktsetzung. Zunächst wurde erfasst, in welchem Maße überhaupt auf die einzelnen

Phasen der Tarifkonflikte Bezug genommen wurde, also ob in einem Artikel explizit auf Verhandlungen oder Arbeitskampfmaßnahmen verwiesen wurde. Zudem ist von Interesse, ob und wie der *Konfliktstand bewertet* (siehe Abb. 5.3) wurde. Angenommen wurde, dass besonders Boulevardmedien dazu neigen, den Konfliktstand negativ zu bewerten. In 92 Prozent der untersuchten Artikel wird explizit auf den Stand des Tarifkonflikts Bezug genommen; in rund 59 Prozent der Artikel wird dieser dann auch gewertet. Liberale und konservative Medien sowie die *dpa* bewerten den Stand der Tarifkonflikte in ähnlichem Ausmaß. Einzig die Boulevardmedien bewerten nur in gut der Hälfte ihrer Artikel den Konfliktstand. Der vergleichsweise geringe Anteil an Bewertungen mag der Kürze der Artikel geschuldet sein. Wird der Konfliktstand jedoch bewertet, zeigt sich, dass Boulevardmedien erwartungsgemäß die Lage am negativsten beurteilen, also den Nachrichtenfaktor Negativismus am stärksten bedienen. Auch die konservativen Medien bewerten den Stand der Tarifkonflikte tendenziell etwas negativer als die liberalen oder als *dpa*; sie stehen Tarifkonflikten also etwas kritischer gegenüber. Allerdings ist der Unterschied vergleichsweise gering. Insgesamt kann festgehalten werden, dass alle Medien den Konfliktstand tendenziell negativ bewerten.

Weiter wurde der *thematische Schwerpunkt* (siehe Tab. 5.4) der Berichterstattung erfasst. Dem Qualitätsjournalismus wird zugeschrieben, dass er Rezipienten mit Hintergrundinformationen versorgt und Themen in gesellschaftliche Zusammenhänge einbettet,

Abbildung 5.3:

Bewertung des Konfliktstandes in den verschiedenen Medien



während den Boulevardmedien eine ereigniszentrierte und serviceorientierte Berichterstattung attestiert wird (Lünenborg 2013). Bei den Tarifkonflikten ist die Berichterstattung über alle Medien hinweg in hohem Maße ereigniszentriert, allerdings dominieren besonders im Boulevard jene Themen, die aktuelle Entwicklungen nachzeichnen oder den Konfliktstand aufgreifen. Dies trifft auch auf *dpa* zu, deren Aufgabe ja die Bereitstellung möglichst aktueller Informationen ist. Erwartungsgemäß werden in den *Qualitätsmedien* vermehrt Forderungen und Angebote sowie die Ursachen und Probleme der Tarifauseinandersetzung und

deren ökonomische Implikationen diskutiert, also Hintergründe der Konflikte beleuchtet. Entgegen der aufgestellten Vermutung schlägt sich die angenommene Serviceorientierung der Boulevardmedien nicht darin nieder, dass die Folgen der Tarifkonflikte betont und potenziellen Rezipienten Serviceinformationen bereitgestellt werden. Demgegenüber zeigen die liberalen Medien boulevardeske Tendenzen und führen hier sowie bei der Darstellung von Einzelschicksalen das Feld an. Zwar behandeln die Boulevardmedien viele Themen in einem einzigen Artikel, allerdings lassen deren tendenziell kurze, ereigniszentrierte Artikel wenig

Angebote und Forderungen vor allem in Qualitätsmedien

Tabelle 5.4:

Themenschwerpunkte der Medienberichterstattung

	Konservativ n=339	Liberal n=458	Boulevard n=78	dpa n=434	Gesamt N=1.309
Ereignislastige Darstellung des Konfliktstandes	64 %	69 %	83 %	79 %	72 %
Diskussion Forderungen/Angebote	28 %	26 %	12 %	36 %	29 %
Diskussion Ursachen und Probleme	34 %	27 %	17 %	33 %	30 %
Diskussion Folgen	27 %	27 %	28 %	21 %	25 %
Ökonomie und Arbeit	18 %	14 %	5 %	9 %	13 %
Serviceinformation	3 %	15 %	12 %	9 %	10 %
Darstellung der Tarifparteien	11 %	7 %	10 %	6 %	8 %
Darstellung von Einzelschicksalen	5 %	13 %	4 %	8 %	8 %
Die Tarifpolitik im gesell.-polit. System	32 %	22 %	16 %	17 %	23 %
Sonstige Schwerpunkte	9 %	8 %	4 %	12 %	9 %
Quote* (durchschnitt. Themen pro Beitrag)	2,32	2,29	2,91	2,32	2,29

*Höchstens drei, da maximal drei Themen je Artikel erfasst wurden.

*Liberales Medien:
größte Themenvielfalt*

Platz für die Diskussion der Ursachen und Probleme der Tarifkonflikte. Insgesamt zeigt sich bei den liberalen Medien die größte Themenheterogenität sowie eine Tendenz zur Vereinfachung und Herstellung von Bezügen zur Lebenswelt der Leser. Die konservativen Medien stellen im Vergleich zu den übrigen Medien in besonderem Maße gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge sowie die ökonomische Bedeutung der Auseinandersetzungen in den Vordergrund. Insbesondere Letzteres ist ein Hinweis auf die stärker wirtschaftsorientierte Ausrichtung der Redaktionen.

Weiter stellt sich die Frage, welche Konsequenzen der Tarifkonflikte (siehe Tab. 5.5) dargestellt werden. Hinsichtlich der unterschiedlichen Mediengattungen lässt sich vermuten, dass Boulevardmedien im Kontext ihrer Publikums- und Serviceorientierung vor allem die Konsequenzen für die Endverbraucher schildern, während sich die Angebote des Qualitätsjournalismus vor allem jenen Konsequenzen widmen sollten, die sich für die Gesellschaft allgemein sowie für die Wirtschaft und die beteiligten Tarifparteien ergeben. Hierbei dürften liberale Medien vor allem

Tabelle 5.5:

Diskussion der Konsequenzen des Tarifkonfliktes in den verschiedenen Medien

	Konservativ n=231	Liberal n=312	Boulevard n=47	dpa n=283	Gesamt N=874
Folgen für Arbeitsbedingungen Arbeitnehmer	10%	17%	11%	7%	12%
Konsequenzen für Arbeitgeberseite (langfr./ Gewinne)	22%	13%	8%	12%	15%
Folgen für Produktion/Bereitstellung des Produktes	39%	35%	32%	51%	41%
Ökonomische Konsequenzen	10%	14%	14%	18%	14%
Kurzfr. Konsequenzen für Endverbraucher	43%	44%	64%	63%	51%
Folgen für die Qualität des Produktes	2%	2%	3%	2%	2%
Gesell.-polit. Konsequenzen	31%	17%	19%	12%	19%
Sonstige Konsequenzen	5%	9%	5%	2%	5%

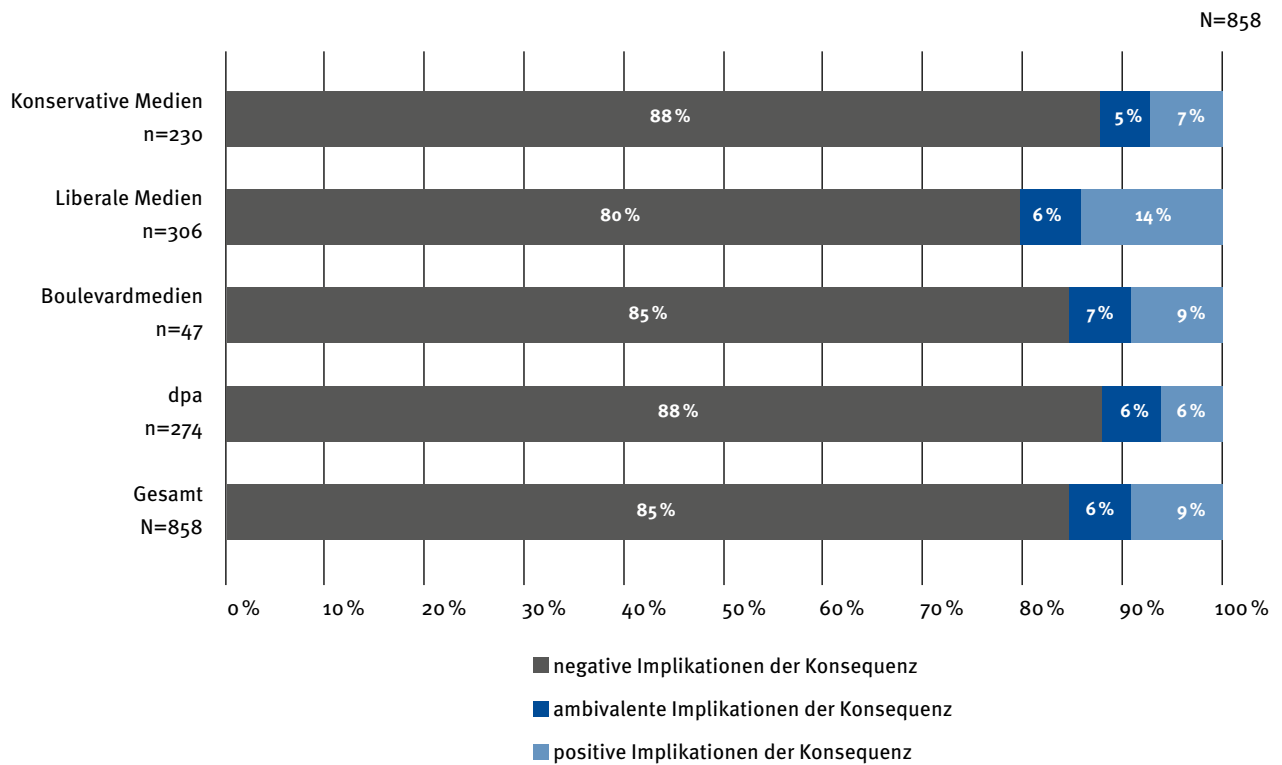
die Konsequenzen für die Arbeitnehmer betonen, während die konservativen Medien eher die Konsequenzen für die Arbeitgeberseite und ökonomische Auswirkungen thematisieren sollten.

Zunächst zeigt sich, dass über alle Medien hinweg vor allem die unmittelbaren Konsequenzen für die Verbraucher sowie für die Produktion/Bereitstellung des Produktes dominieren. Die Boulevardmedien legen entsprechend ihrer Serviceorientierung einen besonderen Fokus auf die Konsequenzen für den Endverbraucher.

Zwischen den Qualitätsmedien zeigen sich Unterschiede in den Berichterstattungsmustern entsprechend ihrer politischen Ausrichtung: Die konservativen Medien fokussieren vor allem auf die Konsequenzen für die Arbeitgeberseite, wohingegen die liberalen Zeitungen verglichen mit den anderen Medien verstärkt die Folgen für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer thematisieren. Zwar widmen sich die konservativen Medien in besonderem Maße den politisch-gesellschaftlichen Konsequenzen; unerwartet ist jedoch die verglichen mit allen anderen Medien nachrangige Behandlung

Abbildung 5.6:

Diskussion der Konsequenzen des Tarifkonfliktes in den verschiedenen Medien



der ökonomischen Konsequenzen. *dpa* berichtet vor allem über die Folgen für die Produktion und Bereitstellung von Produkten sowie über die kurzfristigen Konsequenzen für Endverbraucher und thematisiert ökonomische Konsequenzen der Tarifaueinandersetzungen.

Betonung negativer Konsequenzen

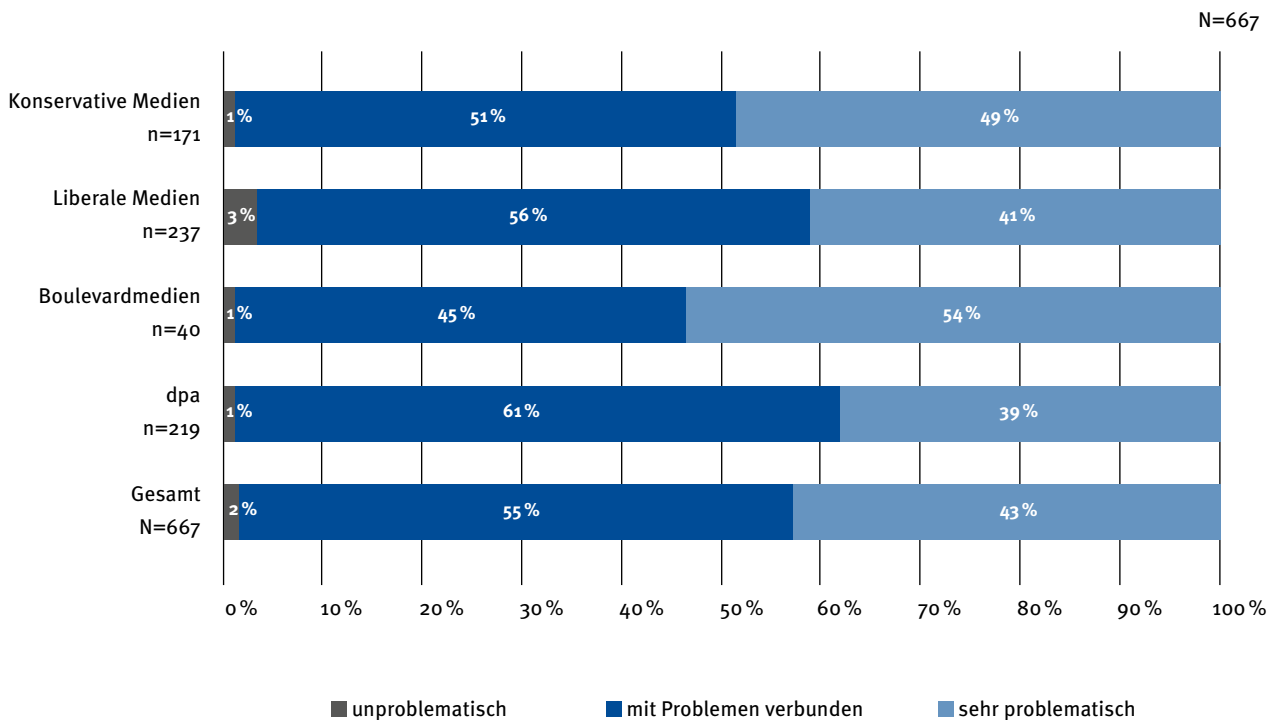
Die *Bewertung* der Konsequenzen (siehe Abb. 5.6) fällt über alle Medienlager hinweg vor allem negativ aus. Der Nachrichtenfaktor Negativität scheint in diesem Kontext von großer Bedeutung zu sein. Allerdings sehen die liberalen Medien durchaus auch positive Implikationen in den Tarifaueinandersetzungen.

Hier werden gegenüber den anderen Medien insbesondere die positiven Konsequenzen für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer thematisiert.

In knapp der Hälfte aller Artikel und Meldungen wird erörtert, ob die aktuellen Maßnahmen im Rahmen des Tarifkonflikts ein Problem für Arbeitnehmer, Endkunden oder Unternehmen darstellen. Über alle Medien hinweg werden die Maßnahmen insgesamt als problembehaftet (55 Prozent) oder gar als sehr problematisch (43 Prozent) dargestellt (siehe Abb. 5.7). Die Boulevardmedien stellen in besonderem

Abbildung 5.7:

Bewertung der Maßnahmen des Tarifkonfliktes



Maße die negativen Folgen der Arbeitsk Kampfmaßnahmen heraus. In 54 Prozent der Artikel werden sie mit großen Problemen assoziiert. In abgeschwächter Form findet sich diese Problematisierung auch bei den konservativen Medien. *dpa* sieht die Mehrheit der Arbeitsk Kampfmaßnahmen zwar als problembehaftet, allerdings nur in 39 Prozent der Meldungen als sehr problematisch für Konsumenten, Arbeitnehmer oder Unternehmen. Die Berichterstattung der liberalen Medien weist ein ähnliches Muster auf. In nur 3 Prozent ihrer Artikel heißt es explizit, dass die Arbeitsk Kampfmaßnah-

men unproblematisch seien. Dies dürfte darin begründet liegen, dass die liberalen Medien überproportional häufig über jene Tarifkonflikte berichten, bei denen eine geringere oder mittlere Betroffenheit angenommen wird.

5.5 Stil der Berichterstattung

Neben den Unterschieden in der thematischen Schwerpunktsetzung und der Darstellung von Konsequenzen lassen sich auch Unterschiede hinsichtlich der Aufbereitung der Inhalte zwischen den Mediengattungen erwarten. Wie

eingangs beschrieben, kann vermutet werden, dass Boulevardmedien vor allem den Konfliktcharakter von Tarifauseinandersetzungen betonen, komplexe Sachverhalte durch Personalisierung vereinfachen oder Inhalte sprachlich emotional aufladen (Lünenborg 2013). Demgegenüber sollte vor allem bei *dpa* eine möglichst nüchterne und faktenorientierte Darstellung der Tarifkonflikte vorzufinden sein. Die überregionalen Qualitätsmedien sollten sich zwischen diesen beiden Polen einsortieren.

Alle Medien weisen hauptsächlich keine (21 Prozent) oder eine geringe (62 Prozent) *Personalisierung* in ihren Artikeln auf. Einzelakteure kommen also gar nicht oder randständig vor und werden dann nur im Rahmen ihrer professionellen Rolle dargestellt. Nur in rund 11 Prozent der Artikel kommt der Beschreibung der Akteure und der Beschreibung von deren Handeln mehr Gewicht zu (siehe Abb. 5.8). Artikel, in denen Akteure als Person eine zentrale Rolle spielen oder in denen rollenferne Eigenschaften dargestellt werden (7 Prozent), sind die Ausnahme. Die Boulevardmedien zeigen den größten Anteil von Artikeln ohne Personalisierungstendenzen. Zugleich haben sie einen überdurchschnittlichen Anteil stark personalisierter Artikel aufzuweisen. Zu vermuten ist, dass die in der Regel kurz gehaltenen Artikel des Boulevard wenig Raum für die Darstellung von Personen bieten, es aber durchaus einige wenige Artikel gibt, die sich dann intensiv mit prominenten Protagonisten der Tarifkonflikte auseinandersetzen. Der Anteil hoch personalisierter Artikel ist bei den konservativen Qualitätsmedien ähnlich hoch; große Personalisierung

ist somit kein Alleinstellungsmerkmal des Boulevard. Die Berichterstattung der *dpa* erweist sich entsprechend der Erwartung als kaum personalisiert: Über 89 Prozent der Artikel sind nicht oder nur gering personalisiert.

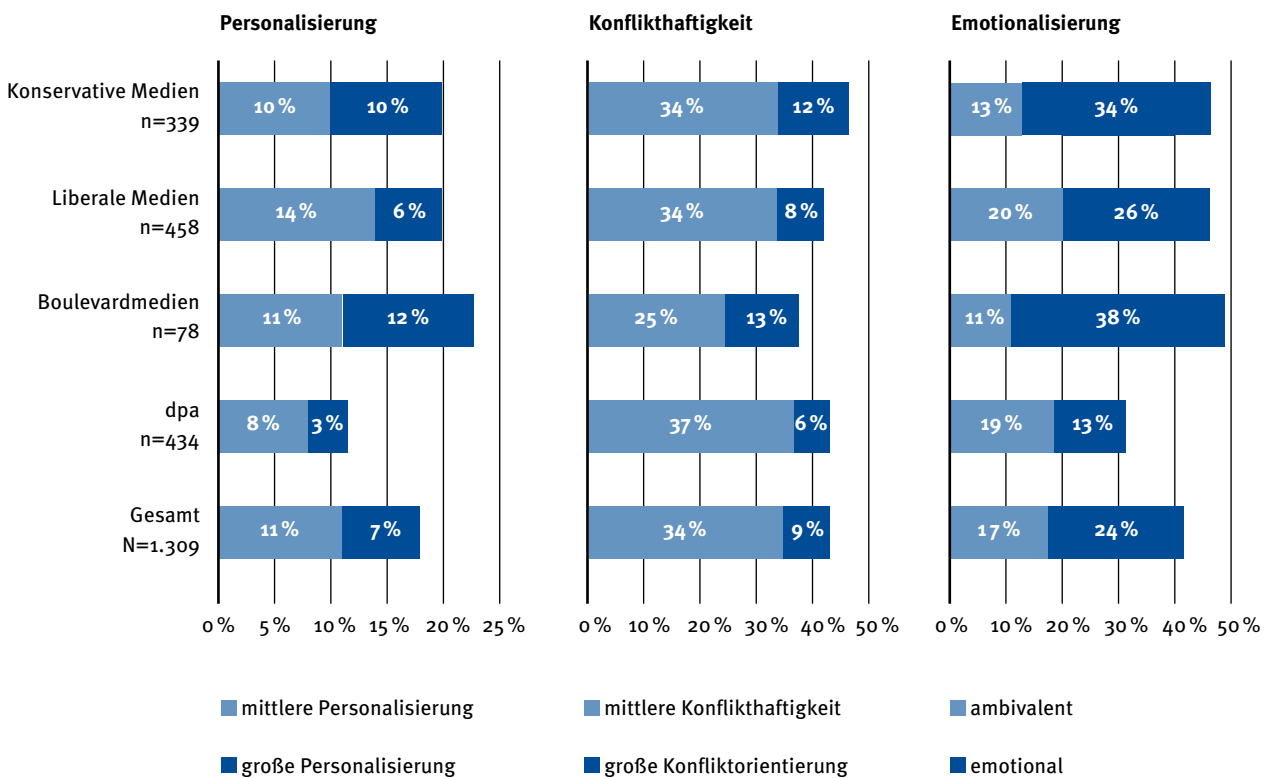
Ein etwas anderes Bild zeichnet die Berichterstattung bezüglich der Betonung der *Konflikthaftigkeit*. So weisen über alle Medien hinweg über die Hälfte der Artikel keine (10 Prozent) oder eine nur geringe (47 Prozent) Konflikthaftigkeit auf. Etwas seltener unterstreichen die Medien den Konfliktcharakter in mittlerem (34 Prozent) oder hohem Maße (9 Prozent) in ihren Artikeln. Dass in den Artikeln Personalisierung eine geringere Rolle spielt, während die Konflikthaftigkeit eher betont wird, liegt vermutlich in der Natur des Untersuchungsgegenstands begründet: *Tarifkonflikte* sind im Kern Auseinandersetzungen, bei denen verschiedene Auffassungen und Forderungen konkurrieren bzw. in Konflikt zueinander stehen. Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Mediengattungen zeigt sich bei der Konfliktorientierung ein ähnliches Bild wie schon bei der Personalisierung: Entgegen den Erwartungen veröffentlichen die Boulevardmedien mit Abstand die meisten Artikel, in denen der Konfliktcharakter der Auseinandersetzung zwischen den Tarifparteien nicht betont wird. Allerdings gibt es einige Artikel, in denen ein großes Maß an Konflikthaftigkeit transportiert wird. Auch hier stehen die konservativen Qualitätsmedien dem Boulevard kaum nach. Die Berichterstattung der liberalen Qualitätsmedien sowie der *dpa* ähneln sich weitestgehend.

Berichterstattung kaum personalisiert

Abbildung 5.8:

Verwendete Stilmittel

N=1.309



Als weiteres stilistisches Merkmal wurde die *Emotionalisierung* der Medienberichterstattung untersucht. Insgesamt ist die überwiegende Mehrheit der Artikel und Meldungen nüchtern (58 Prozent) oder ambivalent (17 Prozent); knapp ein Viertel der Beiträge kann als emotional beschrieben werden. Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Mediengattungen wurde vermutet, dass die Berichterstattung der Boulevardmedien besonders emotional ist, während bei *dpa* vor allem ein

faktenorientierter nüchterer Stil erwartet wurde. Diese Vermutungen bestätigen sich in der Analyse: Die Boulevardmedien haben den größten Anteil emotionalisierter Berichterstattung. Allerdings zeigt das konservative Medienlager auch in dieser stilistischen Dimension deutliche Boulevardisierungstendenzen. Die liberalen Medien hingegen berichten deutlich weniger emotional. Entsprechend der Annahme einer möglichst faktenorientierten Berichterstattung zeigt *dpa* die geringsten

Tendenzen zu einer emotionalen Aufbereitung ihrer Berichterstattung.

5.6 Parteinahme

*Arbeitnehmer:
größte mediale Präsenz*

Neben den thematischen Schwerpunktsetzungen oder der Darstellung von Konsequenzen gibt es noch weitere Dimensionen der Berichterstattung, bei denen die unterschiedliche politische Ausrichtung der Redaktionen eine Rolle spielen kann. So ist zu vermuten, dass sich die Medienlager hinsichtlich der expliziten Bewertung der Akteure, ihres Handelns, ihrer Forderungen und Angebote sowie der zugeschriebenen Verantwortung zur Lösung des Tarifkonflikts unterscheiden. Entsprechend kann angenommen werden, dass die konservativen Medien die Arbeitgeberseite und deren Handeln positiver darstellen, während die liberalen Medien eher die Arbeitnehmerseite unterstützen und das Arbeitgeberlager eher negativ bewerten. Die Berichterstattung von *dpa* sollte hingegen ein ausgewogenes Bild abgeben. Auch hinsichtlich der Mediengattungen lassen sich Unterschiede vermuten: Die Tendenz der Boulevardmedien zum Negativismus sollte dazu führen, dass die Akteure, ihre Forderungen und ihr Handeln insgesamt häufiger gewertet und zudem negativer dargestellt werden, unabhängig davon, ob sie zum Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerlager gehören.

*Konservative Medien
werten eher negativ*

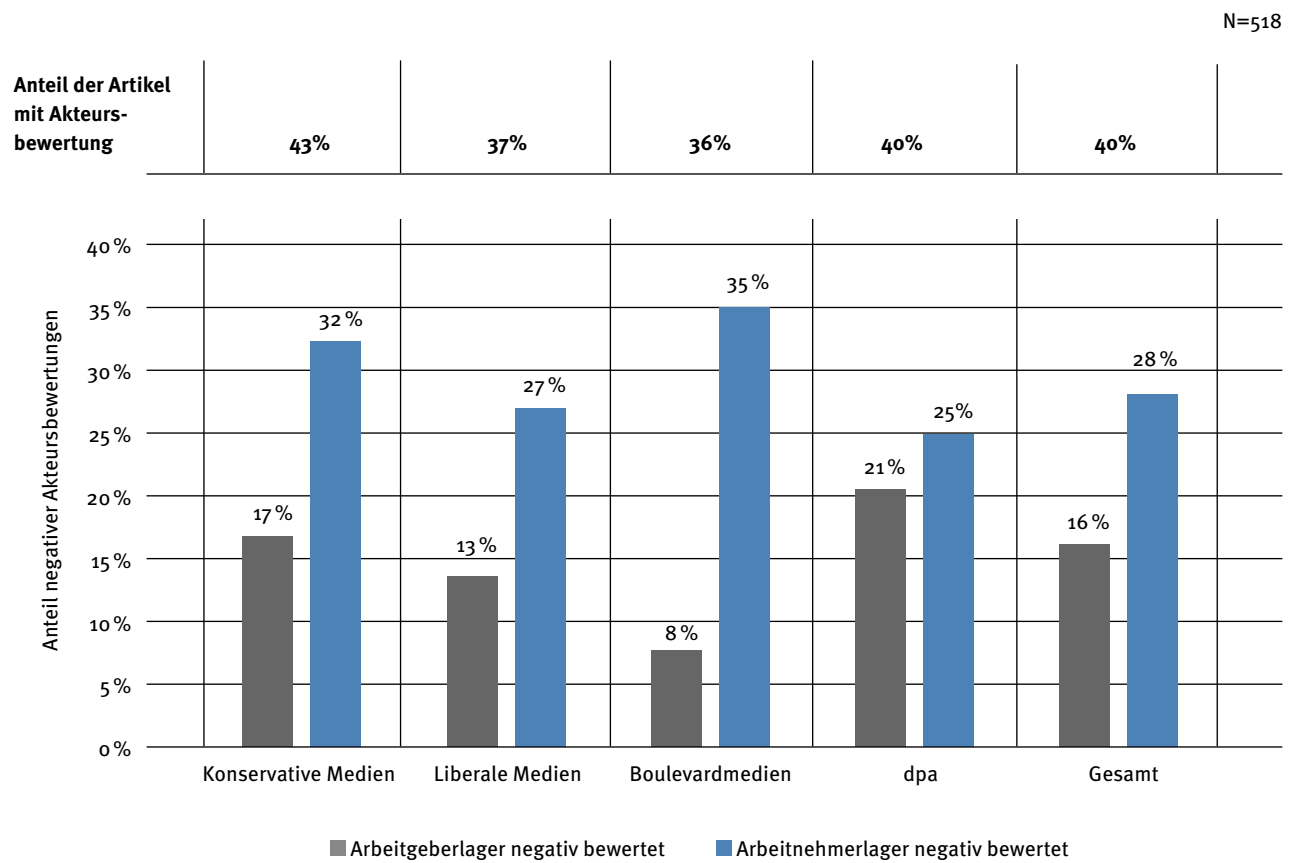
Zunächst wurde die Präsenz der Tarifparteien sowie von politischen Akteuren und Bürgern erhoben. Über alle Medien hinweg machen Vertreter der Arbeitnehmerseite über die Hälfte der *genannten Akteure*¹⁶ aus. Die Arbeitgeber sind mit nur 30 Prozent deutlich seltener Gegenstand der Berichterstattung. Politische und gesellschaftliche Akteure (11 Prozent) sowie Bürger (7 Prozent) sind deutlich seltener medial präsent. Dieses Muster ist mit kleinen Abweichungen in allen Medien recht ähnlich, wobei *dpa* das größte Maß an Ausgewogenheit hinsichtlich der Präsenz der Tarifparteien aufweist. Bei den Boulevardmedien entfallen 10 Prozent der Akteursnennungen auf Bürger. Zwar ist der Abstand zu den anderen Medien gering, dennoch kann vermutet werden, dass die Boulevardzeitungen entsprechend ihrer Ausrichtung am ehesten dazu tendieren, die Betroffenen der Tarifkonflikte darzustellen.

Ergänzend zur bloßen Präsenz der Akteursgruppen wurde auch deren *Bewertung* (siehe Abb. 5.9) erfasst. In gut 40 Prozent aller Artikel werden Akteure des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlagers negativ bewertet. Entgegen der Vermutung, bewerten die Boulevardmedien zusammen mit den liberalen Medien am seltensten negativ. Die konservativen Qualitätsmedien zeigen den größten Anteil an negativen Bewertungen. Über alle Artikel hinweg werden Akteure der Arbeitnehmerseite (28 Prozent) deutlich häufiger negativ bewertet als die

¹⁶ Hierbei wurde lediglich unterschieden, ob es sich um aktiv handelnde Akteure handelt, die zweifelsfrei der einen oder anderen Seite im Tarifkonflikt zugeordnet werden können. Dabei war unerheblich, ob es sich dabei um die Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisation als Ganzes, einen einzelnen offiziellen/nichtoffiziellen Vertreter, einen Betriebsrat oder einen Unternehmensvertreter der entsprechenden Branche handelt.

Abbildung 5.9:

Negative Akteursbewertungen nach Lager



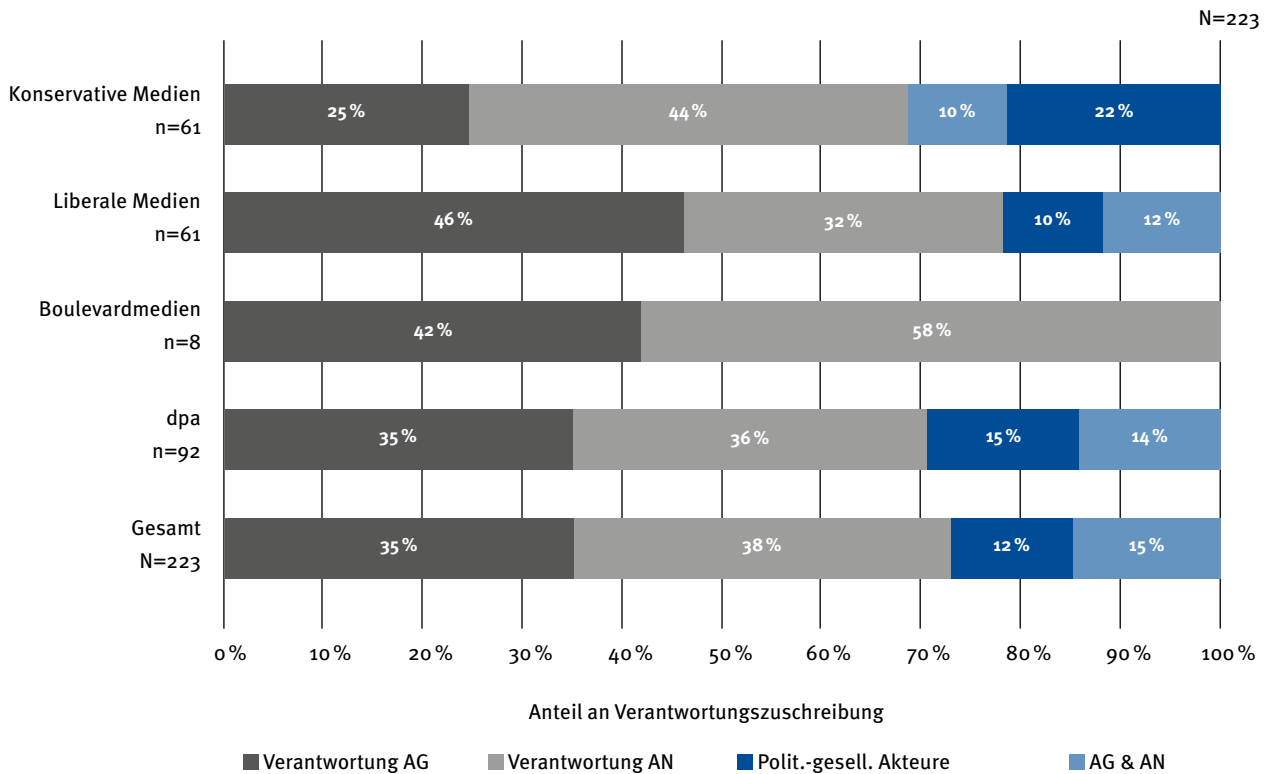
Arbeitgeberseite (16 Prozent). Unterschiede zwischen den konservativen und den liberalen Medien, die auf die Bevorzugung einer Tarifpartei entsprechend der redaktionellen Leitlinie hindeuten, finden sich nicht – die liberalen Medien stellen die Arbeitnehmerseite ebenfalls doppelt so häufig negativ dar wie die Arbeitgeberseite. Zwar wertet *dpa* ebenfalls recht häufig; bei ihr fällt aber, entsprechend der Zuschreibung möglichst unparteiischer

Berichterstattung, das Gefälle der negativen Akteursbewertung am geringsten aus.

Eine weitere potenzielle Möglichkeit zur Parteinahme liegt in der *Zuschreibung von Verantwortung für die Lösung des Tarifkonflikts* (siehe Abb. 5.10). Bei Tarifkonflikten wird den jeweiligen Tarifparteien immer wieder vorgeworfen, wenig Kompromissbereitschaft zu zeigen und so einer Beilegung des Konflikts im Wege zu stehen. Hinsichtlich der unterschied-

Abbildung 5.10:

Zuschreibung von Lösungsverantwortung in der Presseberichterstattung



Selten Zuschreibung von Lösungsverantwortung

lichen Mediengattungen wäre hier zu erwarten, dass die Boulevardmedien die Lösungsverantwortung einer der beiden Tarifparteien zuschreiben. Unterstellt man den überregionalen Qualitätsmedien hingegen eine eher differenzierte Berichterstattung, so wäre eine Zuschreibung der Lösungsverantwortung an politische Akteure möglich, welche die tarifpolitischen Rahmenbedingungen setzen. Hinsichtlich der unterschiedlichen redaktionellen Leitlinien wäre zu erwarten, dass die konservativen Medien eher dazu neigen, die Verantwortung bei den Gewerkschaften zu suchen, die liberalen

Medien dagegen die Verantwortung für eine Lösung eher dem Arbeitgeberlager zuschreiben.

Insgesamt halten sich die Medien mit der Zuschreibung von Lösungsverantwortung zurück: In 17 Prozent aller Artikel werden explizit bestimmte Akteure für die Beilegung des Konflikts verantwortlich gemacht. Die Verantwortung wird dabei in drei Vierteln der Artikel zu etwa gleichen Teilen den beteiligten Tarifparteien zugeschrieben. Die restlichen Artikel schreiben beiden Konfliktparteien gemeinsam (15 Prozent) oder politischen und gesellschaftlichen Akteuren die Lösungsverantwortung zu.

Tabelle 5.11:

Forderungen der Gewerkschaften, Angebote der Arbeitgeberverbände

N=908

	Konservativ	Liberal	Boulevard	dpa	Gesamt
Forderungen der Gewerkschaften (absolut)	223	304	22	359	908
Quote (AN-Forderungen je Artikel)	0.66	0.66	0.28	0.83	0.69
Anteil begründeter AN-Forderungen	13 %	11 %	5 %	10 %	11 %
Anteil bewerteter AN-Forderungen	13 %	13 %	21 %	9 %	12 %
Bewertung AN-Forderungen (1-5)	2.24	2.29	1.94	2.70	2.38
Angebote der Arbeitgeberverbände (absolut)	166	239	11	207	605
Quote (AG-Angebote je Artikel)	0.49	0.52	0.14	0.48	0.48
Anteil begründeter AG-Forderungen	14 %	23 %	9 %	26 %	21 %
Anteil bewerteter AG-Forderungen	21 %	29 %	14 %	19 %	23 %
Bewertung AG-Forderungen (1-5)	2.93	2.85	2.14	2.23	2.69

Wie erwartet, zeigt der Boulevard eine Tendenz zur Polarisierung: Nur die Arbeitnehmer (58 Prozent) oder die Arbeitgeberseite (42 Prozent) kommen für eine Beilegung des Konflikts in Betracht. Allerdings ist hier anzumerken, dass lediglich neun Artikel der Boulevardmedien überhaupt Lösungsverantwortung zuschreiben, weswegen dieses Ergebnis nur mit großer Vorsicht zu interpretieren ist. Ein deutlich differenzierteres Bild zeichnen die überregionalen Qualitätszeitungen und die Nachrichtenagentur *dpa*. Hier werden zudem gesellschaftliche Akteure in die Pflicht genommen. In einigen

Artikeln wird beiden Tarifparteien Verantwortung zugeschrieben. Insgesamt kann dies als Hinweis für eine differenziertere Betrachtung der Tarifkonflikte verstanden werden.

Deutlich erkennbar ist der Einfluss der redaktionellen Leitlinien: Die konservativen Medien schreiben den Arbeitgeberverbänden in deutlich geringerem Maße Lösungsverantwortung zu. Bei ihnen liegt es vor allem am Arbeitnehmerlager, die Konflikte zu beenden. Bei den liberalen Medien ist das Verhältnis umgekehrt. Die Berichterstattung von *dpa* ist demgegenüber ausgewogen.

*Arbeitgeberangebote
positiver bewertet*

Die Darstellung der eigenen *Forderungen und Angebote* (siehe Tab. 5.11) in den Medien ist zentrales Anliegen der Tarifparteien. Bevor diese Forderungen und Angebote die Öffentlichkeit erreichen, passieren sie zunächst die Journalisten. Diese entscheiden somit darüber, was vermittelt wird und ob auch die jeweiligen Begründungen transportiert werden. Journalisten können die zentralen Inhalte zudem wertend einordnen und somit den Grad der Akzeptanz in der Leserschaft beeinflussen. Vor dem Hintergrund der Komplexitätsreduktion ist zu erwarten, dass Boulevardmedien dazu neigen, weniger Forderungen der Tarifparteien zu kommunizieren und diese auch seltener zu begründen als die überregionalen Qualitätsmedien. Bei den Letzteren dürfte sich die redaktionelle Leitlinie in der Bewertung der Forderungen zugunsten des jeweiligen Lagers niederschlagen.

*Insbesondere
AN-Forderungen
in Medien*

Die Ergebnisse zeigen, dass insgesamt deutlich mehr Forderungen der Gewerkschaften medialen Widerhall erfahren. In rund 70 Prozent aller Artikel werden Forderungen der Gewerkschaften kommuniziert, während in nur 48 Prozent der Artikel Angebote der Arbeitgeberverbände erwähnt werden. Begründet werden von den kommunizierten Arbeitnehmerforderungen 11 Prozent, von den Angeboten der Arbeitgeberseite 21 Prozent. Zudem werden die Angebote des Arbeitgeberlagers etwas positiver gewertet als die Forderungen der Arbeitnehmerseite. Wie erwartet, kommunizieren die Boulevardmedien deutlich weniger Forderungen und begründen diese seltener als die überregionalen Tageszeitungen

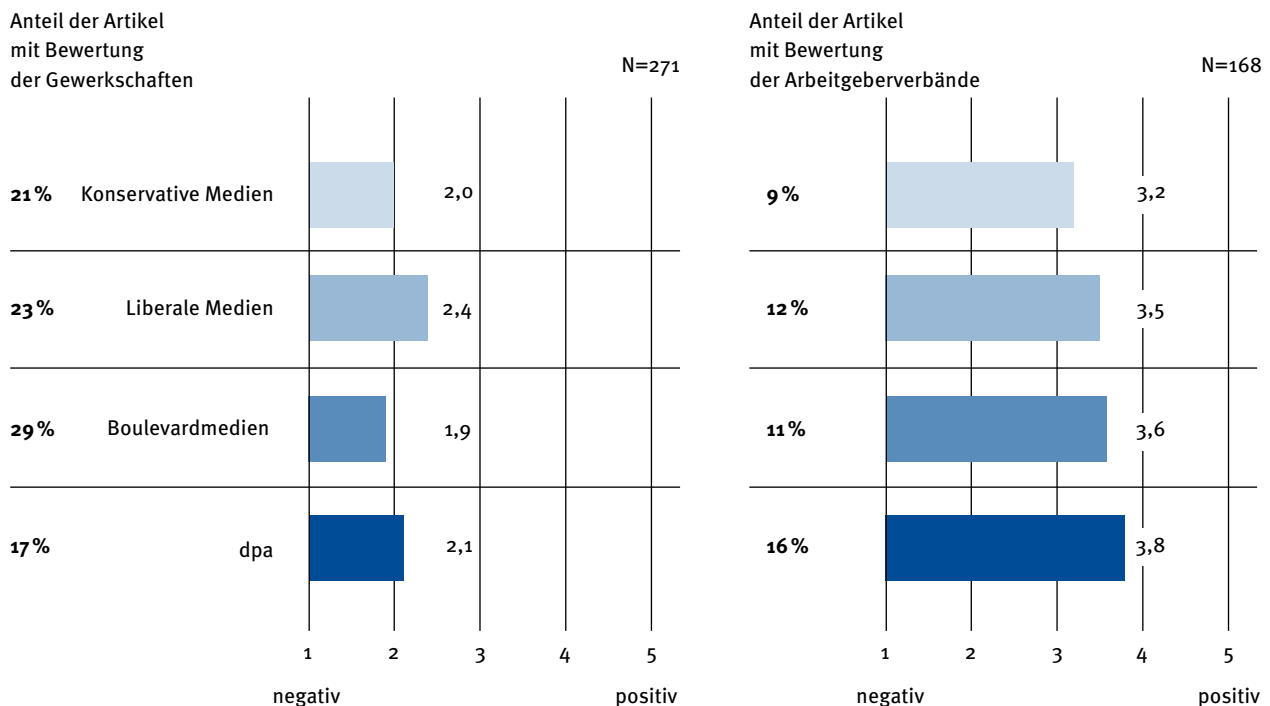
oder als *dpa*. Die erwartete Bevorzugung des jeweiligen Tariflagers entlang der redaktionellen Leitlinie zeigt sich nicht – sowohl die konservativen als auch die liberalen Medien berichten tendenziell wohlwollender über die Angebote der Arbeitgeberseite. Einzig bei *dpa* wird diese generelle Tendenz gebrochen: Sie stellt die Forderungen der Arbeitnehmerseite wohlwollender dar als die Angebote der Arbeitgeberverbände. Allerdings wertet *dpa* insgesamt seltener als alle anderen Medien und nennt in ihren Artikeln im Schnitt die meisten Forderungen.

Die bisher dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Gesamtdarstellung eines Tarifkonfliktes, ohne zwischen spezifischen Phasen zu differenzieren. Von besonderem Interesse erscheint aber auch die *Bewertung beider Tarifparteien* (siehe Abb. 5.12), wenn sich die Tarifauseinandersetzung zu einem offenen Konflikt zuspitzt und Arbeitskampfmaßnahmen Beeinträchtigungen Dritter nach sich ziehen können.

Über alle Medien hinweg zeigt sich, dass das Vorgehen der Gewerkschaften in rund 22 Prozent, das der Arbeitgeberverbände jedoch nur in 13 Prozent aller Artikel bewertet wird. Die Gewerkschaften werden dabei nicht nur häufiger, sondern auch deutlich negativer bewertet als die Arbeitgeberverbände. Obgleich dieses Muster über alle Medien hinweg erhalten bleibt, gibt es medien-spezifische Unterschiede: Besonders groß ist der Anteil der Artikel, in denen das Verhalten der Tarifparteien bewertet wird, bei den Boulevardmedien. Insbesondere das Vorgehen der

Abbildung 5.12:

Bewertung der Konfliktparteien im Arbeitskampf



Arbeitnehmerseite wird dort häufig und – im Vergleich zu den übrigen Medien – deutlich negativer dargestellt und weist die größte Diskrepanz zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberlager auf. Dies legt den Schluss nahe, dass Boulevardmedien angesichts einer unterstellten Betroffenheit für potenzielle Leser Partei ergreifen bzw. deren Unmut über mögliche Beeinträchtigungen antizipieren und in ihrer Berichterstattung aufgreifen. Hier sollte jedoch berücksichtigt werden, dass der Boulevard vor allem jene Tarifkonflikte aufgreift,

denen ein hohes Maß an Bevölkerungsbetroffenheit unterstellt wurde und die auch in anderen Medien eher kritisch betrachtet wurden.

Die Qualitätsmedien bewerten das Verhalten der beiden Tarifparteien in vergleichbarem Umfang. Die Betrachtung der beiden Medienlager bestätigt die vermuteten Unterschiede im Tenor entlang der redaktionellen Leitlinie allerdings nur partiell: Zwar bewerten die liberalen Medien die Gewerkschaften deutlich positiver als die konservativen Medien, jedoch stellen sie das Verhalten der Arbeitgeberverbände

*Qualitätsmedien:
meiste Hintergrund-
informationen*

insgesamt positiver dar und übertreffen hierbei sogar die konservativen Medien. Offensichtlich gibt es Tendenzen in der Bewertung der verschiedenen Konfliktparteien, welche die redaktionelle Linie überlagern. *dpa* bewertet das Handeln der beiden Konfliktparteien in gleicher Häufigkeit. Allerdings wird auch hier das Vorgehen der Arbeitgeberseite im Konfliktfall deutlich positiver bewertet, was – nach den Boulevardmedien – zur größten Diskrepanz in der Handlungsbewertung der beiden Konfliktpartner führt. Der Rolle des faktenorientierten Informationsvermittlers wird die Nachrichtenagentur in diesem Fall nicht gerecht.

5.7 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde die Berichterstattung im Hinblick auf Unterschiede zwischen den Mediengattungen (Boulevard/Qualitätspresse) sowie zwischen den redaktionellen Leitlinien (konservativ/liberal) untersucht.

Im Hinblick auf den Unterschied zwischen Boulevard und überregionaler Qualitätspresse wurde vermutet, dass sich der Boulevard durch eine vergleichsweise negative, emotional aufgeladene und personalisierte Berichterstattung auszeichnet, während die Berichterstattung der überregionalen Qualitätsmedien ausführlicher ist und von inhaltlichen Positionen und Hintergründen geprägt wird. Diese Unterschiede finden sich in den Ergebnissen der Analyse partiell wieder: Die Boulevardmedien berichten seltener in zudem sehr kurzen Artikeln mit oft negativem Tenor nahezu ausschließlich über die Tarifkonflikte mit unterstellter hoher

Betroffenheit. Ebenso zeigt sich die vermutete Orientierung an den (unterstellten) Publikumsinteressen in ereigniszentrierter Berichterstattung, die bevorzugt die Konsequenzen für den Endverbraucher darstellt. Für eine Darstellung der Konflikthaftigkeit sowie für eine personenzentrierte Darstellung scheinen die kurzen Artikel nicht den nötigen Platz zu bieten. Demgegenüber beleuchten die Artikel der Qualitätsmedien die Hintergründe, Ursachen und Probleme der Tarifkonflikte und diskutieren auch solche Konsequenzen, die nicht direkt auf den Endverbraucher wirken. *dpa* legt einen etwas engeren Fokus auf Tarifkonflikte und berichtet – ähnlich wie der Boulevard – eher ereignisbezogen mit etwas weniger Hintergründen. Zu vermuten ist, dass *dpa* bei den Journalisten, die ihre Meldungen verwerten, eine besonders ausgeprägte Orientierung an den Bedürfnissen des Publikums voraussetzt und diese angenommene Erwartung schließlich übererfüllt. Allerdings ist die Vielfalt der Themen, Forderungen und Positionen bei *dpa* deutlich größer. In den Qualitätsmedien zeigen sich Ansätze der Boulevardisierung: Besonders die Artikel der konservativen Medien zielen vielfach auf die Konflikthaftigkeit und personalisieren.

Untersucht wurde weiter, in welchem Maße die redaktionelle Linie die Berichterstattung prägt. Die Darstellung der Tarifkonflikte durch *dpa* zeigt sich relativ ausgeglichen zwischen den beiden Konfliktparteien und kommt damit dem Ideal einer ausgewogenen Berichterstattung am nächsten. Erwartet wurde, dass sich die Berichterstattung der

*Wenig Parteinahme
bei dpa*

Qualitätsmedien entlang ihrer redaktionellen Leitlinie unterscheidet. Liberale Medien (SZ, FR, *taz*) sollten demnach eher zugunsten der Arbeitnehmerseite, konservative Medien (*Welt*, FAZ, *Handelsblatt*) eher zugunsten der Arbeitgeberseite Stellung beziehen. In vielerlei Hinsicht berichten die Medienlager jedoch

homogen. Unterschiede finden sich bei der Zuschreibung von Lösungsverantwortung sowie bezüglich des Verhaltens der Tarifparteien in der heißen Phase des Konflikts. Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich Bewertungstendenzen der publizistischen Lager nur moderat zeigen.

6 Zusammenfassung und Fazit

Ziel der vorliegenden Untersuchung war es, den Einfluss verschiedener Faktoren auf die Medienberichterstattung über Tarifkonflikte zu untersuchen. Hierbei wurden zum einen die Kommunikationsaktivitäten der Tarifparteien als Quellen der Medienberichterstattung in den Blick genommen. Zum anderen wurde aufgezeigt, mit welchen spezifischen Mustern konfliktbezogene sowie medienimmanente Faktoren in die Berichterstattung einhergehen.

Ausgangspunkt dieser Betrachtung sind insbesondere zwei Überlegungen: Ein breiter kommunikationswissenschaftlicher Forschungsstand legt die Vermutung nahe, dass die massenmediale Darstellung der Realität einen zentralen Einfluss auf die Wahrnehmungen und Bewertungen des aktuellen Geschehens durch die Rezipienten hat (z. B. Schmidt 1993). Das heißt, das politisch-kulturelle Legitimationsumfeld gesellschaftlicher Akteure wird durch die Medienberichterstattung geprägt (Koch-Baumgarten 2013). Gleichzeitig ist Medienberichterstattung kein Abbild der Realität, sondern wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst (Shoemaker/Reese 1996): Hier lassen sich neben berichtenswert erscheinenden Merkmalen des aktuellen Geschehens selbst (Konflikthaltigkeit, Negativität, Beteiligung prominenter Akteure) auch Vorgaben in den Redaktionen, Routinen innerhalb des Mediums sowie persönliche Vorstellungen und Erfahrungen der Journalisten ausmachen. Zudem versuchen gesellschaftliche Akteure einen Einfluss auf die Medienberichterstattung zu nehmen, indem sie ihre Botschaften und Deutungen über Pressemitteilungen und

andere Mittel der Öffentlichkeitsarbeit an die Journalisten herantragen.

Wie konkret dieses Potpourri an Einflüssen sich in der Mediendarstellung von Tarifkonflikten niederschlägt, wurde bislang nicht ausreichend untersucht. Denn während die industriellen Beziehungen in vielerlei Disziplinen sehr intensiv erforscht wurden, fehlt bislang der Blick auf die Tarifpolitik vor dem Hintergrund der massenmedialen Konstruktion des öffentlichen Diskurses (Koch-Baumgarten 2013). Es dominieren insbesondere Einzelfallstudien aus dem angloamerikanischen Raum, von denen einige bereits mehrere Jahrzehnte zurückliegen. Diese lassen keine übergreifenden Schlussfolgerungen zur Mediendarstellung von verschiedenen Tarifauseinandersetzungen vor dem Hintergrund des deutschen Tarifsystems und aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen zu. Um diese Lücke der bestehenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Medien und Tarifkonflikten zu schließen, wurde eine quantitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung von insgesamt zwölf verschiedenen Medienangeboten über elf verschiedene Tarifkonflikte in der jüngeren Vergangenheit durchgeführt. Ziel der Analyse war es zum einen, ein möglichst breites Spektrum an beteiligten Akteuren einzubeziehen, und zum anderen, ein möglichst umfassendes Bild der Medienrealität zu erfassen. Ergänzt wurde die Medieninhaltsanalyse um eine Betrachtung der Kommunikationsaktivitäten der Tarifakteure im Kontext der ausgewählten Tarifkonflikte. Im Resultat wurden insgesamt 1.309 Medienartikel sowie 128 Pressemitteilungen der Tarifparteien hinsichtlich ihrer

formalen und inhaltlichen Merkmale untersucht und entlang verschiedener Dimensionen miteinander verglichen.

6.1 Kommunikationsaktivitäten der Tarifakteure und deren mediale Resonanz

Zunächst sollten die Kommunikationsaktivitäten der Tarifparteien und die Medienberichterstattung systematisch verknüpft werden. In einem ersten Schritt der Analyse wurden die Kommunikationsaktivitäten von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Medienorientierung gegenübergestellt. Hier zeigte sich, dass die Gewerkschaften tendenziell etwas medienorientierter agieren als die Arbeitgeberverbände, da sie sich – rein zahlenmäßig – intensiver an die Journalisten wenden, mehr direkte Zitate anbieten und sich auch in der Aufbereitung der Informationen eher an den vermeintlichen Selektionskriterien der Massenmedien (Personalisierung, Emotionalisierung und Betonung der Konflikthaf-tigkeit) orientieren. In Anbetracht dessen wäre es im Rahmen künftiger Forschungsaktivitäten interessant zu prüfen, ob die eingangs angesprochenen strukturellen, personellen und finanziellen Defizite in der Öffentlichkeitsarbeit der Tarifparteien (Arlt 1998; Hackenbroch 1998; Preusse/Zielmann 2010) auch weiterhin bestehen. Darüber hinaus konnten Unterschiede im Timing der Öffentlichkeitsarbeit festgestellt werden: Die Gewerkschaften konzentrieren ihre Kommunikationsaktivitäten insbesondere auf die Verhandlungs-

phase, während die Arbeitgeberverbände eher im offenen Tarifkonflikt versuchen, ihre Botschaften an die Journalisten zu bringen. Möglicherweise erklärt sich das daraus, dass Gewerkschaften im Zuge von Streikaktionen ohnehin im Fokus der Öffentlichkeit stehen, sodass gezielte Kommunikationsmaßnahmen als nicht primär notwendig erachtet werden. Die Arbeitgeberverbände versuchen hier kommunikativ einen Gegenpol zu setzen.

Schließlich offenbarte der Vergleich auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Organisationen auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite: Je mehr ein Verband auf die breite Öffentlichkeit angewiesen ist (z. B. weil viele Privatkunden oder zahlreiche Mitglieder betroffen sind), umso intensiver ist dessen Öffentlichkeitsarbeit. Diese Erkenntnis impliziert, dass pauschale Schlussfolgerungen zur PR „der Arbeitgeber“ und „der Gewerkschaften“ möglicherweise nicht die tatsächliche Vielfalt abbilden. Ein differenzierterer Vergleich zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften anhand von spezifischeren Faktoren wie der Größe und Heterogenität der anzusprechenden Zielgruppe erscheint ratsam (vgl. das Vorgehen von Hackenbroch 1998).

In einem zweiten Schritt wurde versucht, inhaltliche Parallelen zwischen den Pressemitteilungen der Tarifparteien und der Medienberichterstattung zu identifizieren und über Merkmale der medialen Parteinahme auf die Resonanz der Tarifkontrahenten in der Berichterstattung zu schließen. Hier zeigte sich ein sehr differenziertes Bild: Die Gewerkschaften scheinen mit medienwirksamen Aktionen

*Öffentlichkeitsarbeit:
Timing der Tarifparteien*

*Gewerkschaftsaktionen
medienwirksamer*

erfolgreicher darin zu sein, Medienberichterstattung zu initiieren. Auch sind Akteure der Arbeitnehmerseite wesentlich präsenter in der Mediendarstellung von Tarifkonflikten. Dagegen zeigen sich hinsichtlich der in den Medien diskutierten Konsequenzen des Tarifkonfliktes deutliche Parallelen zu den Pressemitteilungen der Arbeitgeberverbände. Zudem werden auch deren Angebote etwas positiver präsentiert – und das, obwohl die Gewerkschaften mit einer Strategie, die dem negativen Campaigning politischer Parteien ähnelt, versuchen, die Angebote der Arbeitgeberverbände in einem schlechten Licht darzustellen. Diese vielfältigen Ähnlichkeiten zwischen den Kommunikationsaktivitäten der Gewerkschaften einerseits und den Pressemitteilungen der Arbeitgeberverbände andererseits führen zu dem Schluss, dass die hier untersuchten Printmedien in der Gesamtschau ihrer Berichterstattung keiner Seite den Vorzug geben. Vielmehr bestätigt sich das, was Barth und Donsbach (1992) hinsichtlich des Einflusses der PR auf den Journalismus in Konflikten generell verdeutlicht haben: In der Berichterstattung über Krisen und Auseinandersetzungen schafft es meist keine Seite, die Massenmedien komplett für sich zu vereinnahmen, da die Journalisten vor allem auf eigene Recherche bauen. Eine Ursache-Wirkungs-Beziehung konnte mit den Mitteln der vorliegenden Untersuchung jedoch nicht analysiert werden, sondern hier ging es vornehmlich darum, inhaltliche Ähnlichkeiten aufzuzeigen. Die hier aufgeworfenen Vermutungen über bestimmte Zusammenhänge bedürfen daher einer zusätzlichen und strengeren Prüfung.

*Hohe Betroffenheit,
meiste Berichterstattung*

6.2 Muster in der Medienberichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte und Phasen

Nach dem Vergleich der Kommunikationsaktivitäten der Tarifparteien und der Medienberichterstattung wurden die konfliktspezifischen Faktoren in den Blick genommen. Ziel war es, Muster in der Berichterstattung über die verschiedenen Tarifkonfliktgruppen und verschiedenen Konfliktphasen zu identifizieren. Zunächst wurde die Darstellung verschiedener Tarifkonflikte verglichen, die je nach Dauer und Intensität von Streikmaßnahmen in drei Betroffenheitsgruppen eingeteilt wurden (niedrig, mittel, hoch). Es zeigt sich, dass Tarifkonflikte mit angenommener hoher Betroffenheit (Lokführer und Piloten) häufiger und umfangreicher in den Medien behandelt werden. Inhaltlich offenbart sich in der Berichterstattung zudem eine starke Problematisierung dieser beiden Konflikte, weil intensiv auf Ursachen und Probleme eingegangen wird und insgesamt kontroverser und negativer über sie berichtet wird. Hinsichtlich der medialen Parteinahme unterscheidet sich die Darstellung der Tarifkonflikte mit niedriger, mittlerer und hoher Betroffenheit ebenfalls: Während bei den Tarifkonflikten mit niedriger Betroffenheit die Belange der Arbeitnehmer eher das Gehör der Journalisten finden, stehen in der Berichterstattung über die Tarifkonflikte mit hoher Betroffenheit vor allem die Privatkunden (und damit potenzielle Leser), die von möglichen Arbeitskämpfmaßnahmen in ihrem Alltag eingeschränkt werden könnten, sowie die Unternehmen, die durch

Streiks unter Umständen wirtschaftliche Einbußen zu verzeichnen haben, im Vordergrund.

Außerdem wurde die Berichterstattung über die verschiedenen Phasen der Tarifkonflikte analysiert. Hierbei erfolgte eine Differenzierung entlang zentraler Meilensteine der verschiedenen Konflikte in eine Früh-, eine Verhandlungs-, eine Konflikt- sowie eine Einigungsphase. Der Großteil der Berichterstattung entfällt auf die Konfliktphase und geht mit einer knappen und tendenziell negativen Darstellung einher. In dieser Phase fokussiert sich die Berichterstattung auf die Konsequenzen des Tarifkonflikts für die Verbraucher sowie die Arbeitgeber. In der Einigungsphase zeigt sich ein leicht positiver Tenor, und der Blick der Journalisten nimmt eher die Arbeitnehmerperspektive ein. Allerdings entfallen auf diese Phase nur vergleichsweise wenige Beiträge. Hinsichtlich der Parteinahme der Medien zeigt sich, dass die Arbeitnehmerseite in der Berichterstattung in allen Phasen deutlich sichtbarer ist als die Arbeitgeberseite und dass Letztere vor allem in der Streikphase nur sehr wenig präsent ist – obwohl hier der Schwerpunkt der arbeitgeberseitigen Öffentlichkeitsarbeit liegt. Hinsichtlich der Zuschreibung von Lösungsverantwortung offenbart sich zwischen den Phasen ebenfalls ein Wandel in der Berichterstattung: Während die Arbeitgeberverbände in der Verhandlungsphase in der Pflicht gesehen werden, den Konflikt beizulegen, sind es in der Streikphase vor allem die Gewerkschaften, die die Lösung herbeiführen sollen.

In der Gesamtschau ist die Medienberichterstattung über die hier analysierten

Tarifkonflikte vor allem durch einen Fokus auf Höhepunkte des Konflikts sowie auf Tarifausinandersetzungen mit einem hohen Maß an unterstellter Betroffenheit gekennzeichnet. Zu beiden Aspekten wird eher negativ und problematisierend berichtet. Es dominiert hier der Blick auf die Implikationen des Arbeitskampfes für Endverbraucher und Unternehmen. Gewerkschaften werden weder in Spitzenmomenten der Konflikte noch im Verlauf der Konflikte mit hoher Betroffenheit aus einer günstigen Perspektive dargestellt. Die Arbeitnehmerperspektive kommt lediglich in der Einigungsphase und bei Tarifkonflikten mit angenommener geringerer Betroffenheit zum Tragen, wobei beide Aspekte nur ein geringes Berichterstattungsvolumen auf sich vereinen. Die Arbeitgeberseite profitiert allerdings nicht von dieser vermeintlich ungünstigen Darstellung des Arbeitnehmerlagers, sondern ist selbst wenig präsent.

Diese – insgesamt gesehen – negative und konfliktorientierte Darstellung könnte entsprechend zur Folge haben, dass Tarifkonflikte in der allgemeinen Öffentlichkeit eher negativ betrachtet werden. Sowohl für die wenig präsenten Arbeitgeberverbände als auch für die negativ dargestellten Gewerkschaften dürfte es daher schwierig sein, den öffentlichen Diskurs für sich vorteilhaft zu prägen. In der Folge könnte sich die ablehnende öffentliche Stimmung auch indirekt im Verhandlungsverlauf zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern niederschlagen, weil diese zentral die Wahrnehmung der verfügbaren Handlungsoptionen bestimmt (ähnlich argumentieren

*Berichterstattung
vor allem
in Konfliktphasen*

Spörer-Wagner/Marcinkowski 2011). Schließlich kann vermutet werden, dass sowohl das aktuelle Bild der Tarifpolitik in der Bevölkerung als auch künftige Auseinandersetzungen durch diese Darstellung geprägt und beurteilt werden. Die vielfältigen Facetten der Berichterstattung, die mit unterschiedlichen Phasen und Arten von Tarifkonflikten einhergehen, verdeutlichen zugleich die Notwendigkeit, künftige Forschung systematisch nach solchen konfliktspezifischen Merkmalen zu variieren. Zugleich erscheint es sinnvoll, die Journalistenperspektive – beispielsweise mittels einer Befragung – unmittelbar zu erfassen, statt darüber zu spekulieren, welche konfliktspezifischen Merkmale von Journalisten als relevant wahrgenommen werden.

6.3 Unterschiede nach redaktioneller Linie und Gattung

Abschließend wurden die Berichterstattungsmuster zwischen Medien verschiedener Gattungen und redaktioneller Ausrichtungen miteinander verglichen. Bereits ein Blick auf den Umfang der Berichterstattung über Tarifkonflikte offenbart deutliche Unterschiede zwischen den untersuchten Boulevard- und Qualitätszeitungen.

Für Boulevardmedien sind Tarifkonflikte, speziell solche mit geringer und mittlerer Betroffenheit, als potenzielle Themen eher von nachrangiger Bedeutung. Sie berichten nahezu ausschließlich über Konflikte, die mit einem hohen Maß an Betroffenheit für ihre Leser einhergehen, und bewerten den Konfliktstand

sowie die vermeintlich verantwortliche Arbeitnehmerseite im Vergleich zu den überregionalen Qualitätszeitungen und zur Nachrichtenagentur *dpa* deutlich negativer. Zudem dominiert eine sehr ereigniszentrierte Darstellung mit einem Fokus auf möglichen Konsequenzen für den Endverbraucher, während Hintergründe des Tarifkonflikts kaum beleuchtet werden.

Die Qualitätszeitungen bedienen demgegenüber ein deutlich breiteres Themenspektrum und stellen die Forderungen und Positionen der Tarifparteien umfangreicher und differenzierter dar. Allerdings zeigen auch die Qualitätszeitungen – insbesondere die konservativen – Anzeichen von Boulevardisierung. Sie sind in Sachen Personenzentrierung und Emotionalität der Artikel auf ähnlichem Niveau wie die Boulevardmedien; bei der Fokussierung auf den Konfliktcharakter übertreffen sie diese sogar. Möglicherweise ist dies eine Reaktion auf sinkende Abonnentenzahlen, mit denen sich die „publizistischen Leuchttürme“ konfrontiert sehen. Die zunehmende Konkurrenz um potenzielle Rezipienten und der damit verbundene ökonomische Druck werden unter anderem als Katalysator für Boulevardisierungstendenzen betrachtet (Donsbach/Büttner 2005; Esser 1999; Leidenberger 2015), die sich auch in den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung widerspiegeln. *dpa* zeigt bei der Berichterstattung über Tarifkonflikte die geringsten Tendenzen einer boulevardesken Darstellung: Die Nachrichtenagentur emotionalisiert am wenigsten, fokussiert eher auf Sachthemen als auf Personen, und die wenigsten Artikel stellen die Konflikthaftigkeit der Tarifauseinandersetzungen

Boulevardisierungstendenzen bei den Qualitätsmedien

zungen in den Vordergrund. Außerdem bedient sie ein breites Spektrum an Themen, transportiert mitunter die meisten Forderungen und wertet diese unterdurchschnittlich häufig.

Neben der vergleichsweise nüchternen Darstellungsform berichtet *dpa* auch inhaltlich am ausgewogensten: Sie schreibt den Tarifparteien beispielsweise in gleichem Maße die Verantwortung für eine Lösung der Konflikte zu und bewertet die Akteure gleichermaßen (negativ). *dpa* wird damit ihrer Rolle als möglichst neutraler Informationsvermittler in großen Teilen gerecht. Geht man davon aus, dass das Gros der Regionalzeitungen *dpa*-Meldungen häufig unbearbeitet übernimmt, so kann vorsichtig geschlossen werden, dass auch die Berichterstattung in den Regionalmedien einen eher ausgewogenen Tenor zeigt. Doch ist auch denkbar, dass die lokalen Medien gerade bei regional begrenzten Tarifkonflikten von der Berichterstattung der *dpa* abweichen, weil sie selbst einen direkten Zugang zu relevanten Informationen und Akteuren haben. Daher scheint es sinnvoll, gerade bei regional begrenzten Tarifauseinandersetzungen lokale Medien in weiteren Untersuchungen zu berücksichtigen. Zudem haben lokale Medien in Tarifbezirken, deren Abschlüsse als Blaupause für bundesweite Tarifverträge gelten, unter Umständen durch mögliche direkte Kontakte zwischen Journalisten und Entscheidern einen Informationsvorsprung, so dass ihre Berichterstattung möglicherweise diejenige anderer Zeitungen prägt.

Im Hinblick auf redaktionelle Einflüsse wurden die überregionalen Qualitätszeitun-

gen entlang ihrer politischen Grundhaltung in zwei Gruppen geteilt: die liberalen und die konservativen Medien. Während die liberalen Medien die Verantwortung für die Beilegung von Tarifkonflikten eher bei den Arbeitgeberverbänden sehen, sehen die konservativen Zeitungen die Gewerkschaften in der Pflicht. Liberale Zeitungen betonen in größerem Maße die positiven Konsequenzen der Auseinandersetzungen und thematisieren im Vergleich zu den konservativen eher die Folgen für die Arbeitnehmerseite. Die konservativen Zeitungen hingegen stellen die Konsequenzen der Tarifauseinandersetzungen für die Arbeitgeberseite in den Vordergrund. Allerdings wird das Arbeitnehmerlager selbst sowie dessen Forderungen sowohl von den Konservativen als auch von den Liberalen deutlich negativer bewertet als die Arbeitgeberseite. Dies liegt unter anderem daran, dass Tarifkonflikte mit besonders hoher Betroffenheit einen großen Anteil der untersuchten Berichterstattung ausmachen und die Arbeitnehmerseite im Kontext der beiden betrachteten Konflikte (Piloten, Lokführer) deutlich negativer bewertet wird. Die redaktionelle Linie verliert also an Einfluss, wenn die eigene Leserschaft von den Streikmaßnahmen potenziell betroffen ist. Diese Tatsache wie auch der Umstand, dass einige der Bewertungen der aufgezeigten Tendenz zuwiderlaufen, spricht dafür, dass die Allianzen zwischen Verlegern und Tarifparteien nicht (mehr) allzu fest geschmiedet sind und die politische Grundhaltung der Medienlager sich in der Berichterstattung über Tarifkonflikte nicht durchgehend niederschlägt. Alternativ könnte vermutet

*dpa am
ausgewogensten*

*Redaktionelle Linie
verliert an Einfluss*

werden, dass unter den Journalisten bzw. im Mediensystem insgesamt ein Blickwinkel auf Tarifkonflikte herrscht (z. B. als Störung der öffentlichen Ordnung; vgl. Gunster 2008), der die Tendenzen, die durch die redaktionelle Linie bedingt werden, überlagert.

6.4 Konfliktspezifische und medienimmanente Einflüsse auf die Medienberichterstattung über Tarifkonflikte

Das Anliegen der vorliegenden Studie war es, die Einflüsse konflikt- und medienimmanenter Faktoren auf die Medienberichterstattung über Tarifkonflikte zu identifizieren. Die Frage, *ob* die hier untersuchten Faktoren einen Einfluss haben, kann eindeutig mit Ja beantwortet werden. Die Frage nach der Größe des jeweiligen Einflusses, bedarf einer differenzierteren Betrachtung. Insgesamt konzentriert sich die Medienberichterstattung auf die Tarifkonflikte, denen die Journalisten ein hohes Maß an Betroffenheit ihrer potenziellen Leser zuschreiben. Zudem rücken vor allem die Zuspitzungen der Auseinandersetzungen – Warnstreiks und Streiks – stark ins Blickfeld der Journalisten. Dies zeigt sich am schieren Umfang der Berichterstattung. Hierbei zeigen sich auch charakteristische inhaltliche Muster wie ein dominierender negativer Tenor sowie der Fokus auf die negativen Konsequenzen für die Endverbraucher. Die öffentlichen Kommunikationsbemühungen der Tarifparteien scheinen hierauf nur bedingt einen Einfluss zu haben, sondern bestenfalls graduell Facetten der Berichterstattung zu prägen. Zwar orientieren sich die

Gewerkschaften in ihrer Öffentlichkeitsarbeit tendenziell stärker an den Selektionskriterien der Massenmedien; dies schlägt sich jedoch nicht in vergleichbarem Ausmaß in der Berichterstattung nieder. Stattdessen besteht eine Ähnlichkeit zwischen der Mediendarstellung und den Pressemitteilungen der Arbeitgeberverbände hinsichtlich der negativen Wertung der Gewerkschaften (einhergehend mit einer deutlichen Zuschreibung von Verantwortlichkeit für die Lösung des Konflikts) sowie einer starken Betonung der Folgen des Tarifkonfliktes für die Endverbraucher. Vermutlich ist diese Parallele kein Ausdruck der kommunikativen Dominanz der Arbeitgeberverbände, sondern spiegelt vielmehr mediale Relevanzkriterien wider. Jedoch scheinen die Arbeitgeberverbände diese Kriterien in ihren Kommunikationsinhalten besonders zu bedienen. Möglich wäre jedoch auch, dass die Kommunikationsinhalte der Arbeitgeberseite die Medieninhalte beeinflussen. Dies muss jedoch an dieser Stelle eine Vermutung bleiben, die einer gezielten Prüfung von Ursache und Wirkung erst bedarf.

Überdies erscheint es als sinnvoll, die Verbände auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite nach ihren Zielgruppen zu differenzieren: Immer dann, wenn viele potenzielle Kunden oder Mitglieder bzw. Arbeitnehmer erreicht werden müssen, betreiben die Verbände intensive Öffentlichkeitsarbeit. Deren Perspektiven lassen sich dann in Ansätzen auch in der Berichterstattung wiederfinden: so z. B. die von Bahn und Lufthansa sowie von Gewerkschaften wie der IG Metall. Zwischen den unterschiedlichen Medienlagern finden sich nur geringe Unterschiede

Wie groß ist der Einfluss?

im Umfang der Berichterstattung. Allerdings bevorzugen die Journalisten der Boulevardmedien diejenigen Tarifkonflikte, bei denen sie von einer größeren Betroffenheit für ihre Leserschaft ausgehen. Hier finden sich Hinweise auf den Einfluss unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen der Redaktionen, die ihre Berichterstattung an den (unterstellten) Bedürfnissen ihres Publikums ausrichten.

Inhaltlich erweist sich die Berichterstattung über alle Medien und Konflikte hinweg als recht ausgewogen. Es finden sich zwar Tendenzen unterschiedlicher Themengewichtung und Verantwortungszuschreibung, allerdings erweisen sich diese Unterschiede insgesamt als eher moderat und werden im Aggregat wieder ausgeglichen. Dennoch bleibt festzustellen, dass die Arbeitnehmerseite und deren Forderungen insgesamt negativer dargestellt werden. Dies ist unter anderem den beiden großen Tarifkonflikten der Lokführer und der Piloten zuzuschreiben, die aufgrund ihrer großen medialen Resonanz im vorliegenden Untersuchungssample einen Schwerpunkt bilden.

Diese intensiv geführten und von Arbeitskämpfmaßnahmen begleiteten Auseinandersetzungen erfahren seitens der Medien verstärkt Publizität. Gewerkschaften ziehen über umfangreiche Arbeitskämpfmaßnahmen zwar die mediale Aufmerksamkeit auf sich, da ihnen eine hohe Relevanz für das eigene Publikum unterstellt wird. Jedoch geht diese mediale Beachtung zugleich mit einem negativen Tenor einher, weil die potenzielle Leserschaft durch Arbeitskämpfmaßnahmen vor allem eingeschränkt wird. Es sind vor allem solche Tarifkonflikte, die

das mediale und damit öffentliche Bild der Beziehungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften prägen.

Die vorliegende Studie konnte einen Beitrag zum besseren Verständnis der Dynamiken der medialen Berichterstattung über Tarifkonflikte leisten und deren Einflüsse aufzeigen. Dabei erwies sich nicht nur die Betrachtung von arbeitgeber- und arbeitnehmerseitiger Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch die Verknüpfung dieser öffentlichen Kommunikationsinhalte mit der Berichterstattung von Medien unterschiedlicher politischer Ausrichtung und Qualitätsstandards als fruchtbare Perspektive, um systematisch charakteristische Muster zu identifizieren.

In Anbetracht stagnierender oder gar sinkender Mitgliederzahlen sowie neuer Herausforderungen der Tarifpolitik vor dem Hintergrund der Globalisierung und eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes ist für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die öffentliche Legitimation zunehmend wichtiger. Wie die Bevölkerung Tarifkonflikte und die Konfliktparteien wahrnimmt, ist im Wesentlichen davon abhängig, wie Medien über Tarifkonflikte berichten. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, dass sich die Berichterstattung zwischen verschiedenen Medien und über verschiedene Konflikte und Phasen hinweg deutlich unterscheiden kann. Diese spezifischen Konstellationen sind für die Tarifakteure zumindest bei der Wahl ihrer Kommunikations-, aber auch bei der Gestaltung ihrer Verhandlungs- und Konfliktstrategien relevant, wollen sie ihre gesellschaftliche Akzeptanz nicht aufs Spiel setzen.

*Berichterstattung
insgesamt
recht ausgewogen*

*Intensiv geführte
Konflikte
erfahren Publizität*

Anhang

Literaturverzeichnis

- Arlt, H.-J. (1998): Kommunikation, Öffentlichkeit, Öffentlichkeitsarbeit: PR von Gestern, PR für morgen – das Beispiel Gewerkschaft, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bachl, M./Vögele, C. (2013): Gutenbergs Zeugen? Eine Replikation und Erweiterung von Hagens (1992) „Die opportunen Zeugen“ anhand der Berichterstattung über Karl-Theodor zu Guttenberg im Kontext der Plagiats-affäre, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 61(3), S. 345-367.
- Baerns, B. (1985): Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Barth, H./Donsbach, W. (1992): Aktivität und Passivität von Journalisten gegenüber Public Relations. Fallstudie am Beispiel von Pressekonferenzen zu Umweltthemen, in: Publizistik 36, S. 151-165.
- Behrens, M. (2010): Strukturen der Interessenvertretung in den Verbänden der Wirtschaft, in: W. Schroeder/ B. Weßels (Hg.), Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 148-168.
- Bild (13.11.2014): Der Größen-Bahnsinnige, <http://www.bild.de/geld/wirtschaft/weselsky-claus/der-groessen-bahnsinnige-38430494.bild.html> (abgerufen 14.07.2016).
- Breed, W. (1955): Social Control in the Newsroom: A Functional Analysis, in: Social Forces 33(4), S. 326-355.
- Der Tagesspiegel (11.11.2014): Weselsky beklagt „Pogromstimmung“ gegen die GDL, <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/lokfuehrer-weselsky-beklagt-pogromstimmung-gegen-die-gdl/10966802.html> (abgerufen 14.07.2016).
- Donsbach, W. (2004): Psychology of News Decisions: Factors Behind Journalists' Professional Behavior, in: Journalism 5(2), S. 131-157.
- Donsbach, W./Büttner, K. (2005): Boulevardisierungstrend in deutschen Fernsehnachrichten, in: Publizistik 50(1), S. 21-38.
- Donsbach, W./Jandura, O. (2003): Chances and Effects of Authenticity. Candidates of the German Federal Election in TV News, in: The International Journal of Press & Politics 8(1), S. 49-65.
- Douglas, S. U. (1986): Labor's New Voice: Unions and the Mass Media, Norwood: Ablex Publishing Corporation.
- Dybski, W./Hanel, K./Kringe, A./Peun, K./Weiß, P. D. R. (2010): Ideologie vor Eigennutz?, in: Publizistik 55(2), S. 173-192.
- Eilders, C./Neidhardt, F./Pfetsch, B. (2004): Die Stimme der Medien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Esser, F. (1999): ‚Tabloidization‘ of News. A Comparative Analysis of Anglo-American and German Press Journalism, in: European Journal of Communication 14(3), S. 291-324.
- Flynn, F. J. (2000): No News Is Good News: The Relationship between Media Attention and Strike Duration, in: Industrial Relations 39(1), S. 139-160.
- Fohrbeck, K./Wiesand, A. J. (1972): Der Autorenreport, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Friedrichsen, M. (1992): Wirtschaft im Fernsehen. Eine theoretische und empirische Analyse der Wirtschaftsberichterstattung im Fernsehen, München: Fischer.

- Früh, W. (2011): *Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis*, 7., überarb. Aufl., Konstanz: UVK-Verlag.
- Galtung, J./Ruge, M. H. (1965): The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers, in: *Journal of Peace Research* 2(1), S. 64-90.
- Gerrits, L./Scheller, H. (2016): Die Steuerpläne von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2013 im Spiegel der Printmedien – Framing entlang »redaktioneller Linien«, in: *Zeitschrift für Politik* 63(2), S. 135-155.
- Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) (20.04.2015): Arbeitskampf bei der Deutschen Bahn im Personen- und Güterverkehr. Pressemitteilung GDL Aktuell, <http://www.gdl.de/Aktuell-2015/Pressemitteilung-1429545427> (abgerufen 14.07.2016).
- Goldmedia (2011): Markt der Nachrichtenagenturen im Umbruch, <http://www.goldmedia.com/aktuelles/presse/newsroom/nachrichtenagenturen/> (abgerufen 12.07.2016).
- Gunster, S. (2008): Listening to Labour: Mainstream Media, Talk Radio, and the 2005 B.C. Teachers Strike, in: *Canadian Journal of Communication* 33(4), S. 661-683.
- Hackenbroch, R. (1998): *Verbände und Massenmedien: Öffentlichkeitsarbeit und ihre Resonanz in den Medien*, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Hagen, L. M. (1992): Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion, in: *Publizistik* 37(4), S. 444-460.
- Hagen, L. M. (1993): Opportune Witnesses: An Analysis of Balance in the Selection of Sources and Arguments in the Leading German Newspapers' Coverage of the Census Issue, in: *European Journal of Communication* 8(3), S. 317-343.
- Hagen, L. M. (2013): *Informationsqualität von Nachrichten. Meßmethoden und ihre Anwendung auf die Dienste von Nachrichtenagenturen*, Springer-Verlag.
- Hallin, D. C. (1992): Sound Bite News: Television Coverage of Elections 1968-1988, in: *Journal of Communication* 42(2), S. 5-24.
- Halloran, J. D./Elliott, P./Mudrock, G. (1970): *Demonstrations and Communication. A Case Study*, Harmondsworth: Penguin Books.
- Hanitzsch, T. (2009): Zur Wahrnehmung von Einflüssen im Journalismus. Komparative Befunde aus 17 Ländern, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 57(2), S. 153-173.
- Hartmann, P. (1975): Industrial Relations in the News Media, in: *Industrial Relations Journal* 6(4), S. 4-18.
- Hoffjann, O./Gusko, J. (2013): *Der Partizipationsmythos. Wie Verbände Facebook, Twitter & Co. nutzen*. OBS-Arbeitsheft 75, Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.
- Jandura, O./Brosius, H.-B. (2011): Wer liest sie (noch)? Das Publikum der Qualitätszeitungen, in: R. Blum/H. Bonfadelli/K. Imhof/O. Jarren (Hg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 195-206.
- Jarren, O./Vogel, M. (2011): „Leitmedien“ als Qualitätsmedien. Theoretisches Konzept und Indikatoren, in: R. Blum/H. Bonfadelli/K. Imhof/O. Jarren (Hg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17-29.

- Jost, P. B./Sülflow, M./Maurer, M. (2015): „Das können Sie morgen in der Zeitung lesen“. Wie die Massenmedien über die Generaldebatten im Bundestag berichten und wie die Politik darauf reagiert, in: *Publizistik* 60(1), S. 5-20.
- Kamber, E./Imhof, K. (2011): Qualitätsmedien sind Wissensvermittler, in: R. Blum/H. Bonfadelli/K. Imhof/O. Jarren (Hg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation*, VS Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 131-149.
- Kepplinger, H. M. (1989): Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte, in: M. Kaase/W. Schulz (Hg.), *Massenkommunikation: Theorien, Methoden, Befunde*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 199-220.
- Kepplinger, H. M. (2001): Der Ereignisbegriff in der Publizistikwissenschaft, in: *Publizistik* 46, S. 117-139.
- Kepplinger, H. M. (2009): Publizistische Konflikte, in: ders. (Hg.), *Publizistische Konflikte und Skandale*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-27.
- Kepplinger, H. M./Bastian, R. (2000): Der prognostische Gehalt der Nachrichtenwert-Theorie, in: *Publizistik* 45(4), S. 462-475.
- Kepplinger, H. M./Ehmig, S. C. (2006): Predicting News Decisions. An Empirical Test of the Two-component Theory of News Selection, in: *Communications* 31(1), S. 25-43.
- Kepplinger, H. M./Maurer, M. (2004): Der Einfluss der Pressemitteilungen der Bundesparteien auf die Berichterstattung im Bundestagswahlkampf 2002, in: J. Raupp/J. Klewes (Hg.), *Quo vadis Public Relations? Auf dem Weg zum Kommunikationsmanagement: Bestandsaufnahmen und Entwicklungen*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 113-124.
- Knight, G. (2001): Prospective News: Press Re-framing of the 1996 Ontario Public Service Strike, in: *Journalism Studies* 2(1), S. 73-91.
- Koch-Baumgarten, S. (2013): *Medien im Tarifkonflikt. Akteurs- und Medienframes im Streik um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1956/57*, Berlin: LIT Verlag.
- Kriesi, H. (2003): Strategische politische Kommunikation. Bedingungen und Chancen der Mobilisierung öffentlicher Meinung im internationalen Vergleich, in: F. Esser/B. Pfetsch (Hg.), *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 208-239.
- Krüger, M. U. (2015): InfoMonitor 2014: Internationale Themen dominieren die aktuelle Berichterstattung, in: *Media Perspektiven* 2015(2), S. 75-104.
- Krüger, M. U./Zapf-Schramm, T. (2012): InfoMonitor 2005 bis 2011. Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1, in: *Media Perspektiven* 2012(10), S. 520-542.
- Kühne, K. (2011): Mitbestimmung und Massenmedien. Zeitungen als politische Akteure im deutschen Mitbestimmungsdiskurs, in: *Industrielle Beziehungen* 18(4), S. 241-261.
- Lang, K./Lang, G. E. (1953): The Unique Perspective of Television and its Effect. A Pilot Study, in: *American Sociological Review* 18, S. 3-12.
- Lau, R. R./Sigelman, L./Rovner, I. B. (2007): The Effects of Negative Political Campaigns. A Meta-Analytic Reassessment, in: *Journal of Politics* 69(4), S. 1176-1209.

- Leidenberger, J. (2015): Boulevardisierung von Fernsehnachrichten. Eine Inhaltsanalyse deutscher und französischer Hauptnachrichtensendungen, Wiesbaden: Springer VS.
- Lewis, J./Williams, A./Franklin, B. (2008): A Compromised Fourth Estate? UK News Journalism, Public Relations and News Sources, in: *Journalism Studies* 9(1), S. 1-20.
- Lippman, W. (1922): *Public Opinion*, New York: Macmillan.
- Lünenborg, M. (2013): Boulevardisierung im Journalismus, in: K. Meier/C. Neuberger (Hg.), *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, S. 207-219.
- Maier, M./Ruhrmann, G./Klietsch, K. (2006): *Der Wert von Nachrichten im deutschen Fernsehen. Ergebnisse einer Inhaltsanalyse 1992-2004*, Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM), Düsseldorf.
- Maier, M./Stengel, K./Marschall, J. (2010): *Nachrichtenwerttheorie*, Baden-Baden: Nomos.
- Maurer, M. (2003): *Politikverdrossenheit durch Medienberichte. Eine Paneluntersuchung*, Konstanz: UVK.
- Maurer, M./Reinemann, C. (2006): *Medieninhalte. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Maynitz, R. (1993): Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen, in: Heritier, A. (Hg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (PVS Sonderheft 24)*, Opladen, S. 39-56.
- Mazzoleni, G./Schulz, W. (1999): „Mediatization“ of Politics: A Challenge for Democracy?, in: *Political Communication* 16(3), S. 247-261.
- Neidhardt, F./Eilders, C./Pfetsch, B. (2004): Einleitung: Die „Stimme der Medien“ – Pressekommentare als Gegenstand der Öffentlichkeitsforschung, in: *Die Stimme der Medien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-36.
- Noelle-Neumann, E./Mathes, R. (1987): The ‚Event as Event‘ and the ‚Event as News‘. The Significance of ‚Consonance‘ for Media Effects Research, in: *European Journal of Communication* 2, S. 391-414.
- Östgaard, E. (1965): Factors Influencing the Flow of News, in: *Journal of Peace Research* 2(1), S. 39-63.
- Preston, P. (2009): *Making the News: Journalism and News Cultures in Europe*, London, New York: Routledge.
- Preusse, J./Zielmann, S. (2010): Gesellschaftlicher Wandel, Mediengesellschaft und Wirtschaft. Die Kommunikationsaktivitäten bundesweit agierender Interessenverbände in der Wirtschaft, in: W. Schroeder/B. Weßels (Hg.), *Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 298-313.
- Raupp, J./Vogelgesang, J. (2009): *Medienresonanzanalyse. Eine Einführung in Theorie und Praxis*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Rehder, B. (2014): Vom Korporatismus zur Kampagne? Organizing als Strategie der gewerkschaftlichen Erneuerung, in: W. Schroeder (Hg.), *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer, S. 241-264.
- Reinemann, C. (2003): *Medienmacher als Mediennutzer. Kommunikations- und Einflusststrukturen im politischen Journalismus der Gegenwart*, Köln, Weimar, Wien: Böhlau.

- Riesmeyer, Claudia (2007): *Wie unabhängig ist Journalismus? Zur Konkretisierung der Determinationsthese*, Konstanz: UVK.
- Rönnebeck, W. (1990): *Mit Menschen nichts zu tun? Für die Öffentlichkeitsarbeit ist der Wirtschaftsteil nicht öffentlich genug*, in: Kalt, G. (Hg.), *Wirtschaft in den Medien. Defizite, Chancen und Grenzen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Frankfurt am Main: IMK, S. 209-215.
- Rössler, P. (2010): *Inhaltsanalyse*, Stuttgart: UTB.
- Ryan, C. (2004): *It Takes a Movement to Raise an Issue: Media Lessons from the 1997 U.P.S. Strike*, in: *Critical Sociology* 30(2), S. 484-511.
- Schantel, A. (2000): *Determination oder Intereffikation?* in: *Publizistik* 45(1) S. 70-88.
- Schenk, M./Rössler, P. (1996): *Wirtschaftsberichterstattung in Zeitschriften. Literaturbericht und Inhaltsanalyse*, München: Fischer.
- Schenk, M./Mangold, F. (2011): *Entscheider, Meinungsführer und Qualitätsmedien – Die Bedeutung der Qualitätspresse für Entscheidungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft*, in: R. Blum/H. Bonfadelli/K. Imhof/O. Jarren (Hg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-254.
- Schmidt, D. E. (1993): *Public Opinion and Media Coverage of Labor Unions*, in: *Journal of Labor Research* 14(2), S. 151-164.
- Schönbach, K. (1977): *Trennung von Nachricht und Meinung: Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums*, Freiburg im Breisgau, München: Alber.
- Schradie, Jens (2015): *Political Ideology, Social Media, and Labor Unions: Using the Internet to Reach the Powerful, Not Mobilize the Powerless*, in: *International Journal of Communication* 9, S. 1985-2006.
- Schroeder, W. (2014): *Gewerkschaften im Transformationsprozess. Herausforderungen, Strategien und Machtressourcen*, in: W. Schroeder (Hg.), *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer, S. 13-45.
- Schroeder, W./Weßels, B. (2010): *Die deutsche Unternehmerverbändelandschaft. Vom Zeitalter der Verbände zum Zeitalter der Mitglieder*, in: W. Schroeder/B. Weßels (Hg.), *Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-24.
- Schröter, D. (1990): *Unnötige Defizite. Zur Qualität der Unternehmensberichterstattung in Printmedien*, in: Kalt, G. (Hg.), *Wirtschaft in den Medien. Defizite, Chancen und Grenzen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Frankfurt am Main: IMK, S. 251-262.
- Schulz, W. (1976): *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung*, Freiburg im Breisgau: Alber.
- Schweiger, W. (2013): *Determination, Intereffikation, Medialisierung. Theorien zur Beziehung zwischen PR und Journalismus*, Baden-Baden: Nomos.
- Sebaldt, M./Straßner, A. (2004): *Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Shoemaker, P. J./Reese, S. D. (1996): *Mediating the Message: Theories of Influence on Mass Media Content*, 2. Aufl., White Plains, NY: Longman Trade/Caroline House.
- Soroka, S. N. (2012): The Gatekeeping Function: Distributions of Information in the Media and the Real World, in: *Journal of Politics* 74(2), S. 514-528.
- Speth, R. (2010): Grenzen der politischen Kommunikation von Unternehmensverbänden, in: W. Schroeder/B. Weßels (Hg.), *Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 220-233.
- Spörer-Wagner, D./Marcinkowski, F. (2011): Politiker in der Öffentlichkeitsfalle? Zur Medialisierung politischer Verhandlungen in nationalen Kontexten, in: M. Edinger/W. J. Patzelt (Hg.), *Politik als Beruf*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 416-438.
- Staab, J. F. (1990): *Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt*, Freiburg im Breisgau: Alber.
- Steiner, A./Jarren, O. (2009): Intermediäre Organisationen unter Medieneinfluss? Zum Wandel der politischen Kommunikation von Parteien, Verbänden und Bewegungen, F. Marcinkowski/Pfetsch Barbara (Hg.), *Politik in der Mediendemokratie*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 251-269.
- Streek, W. (1987): Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 39(3), S. 470-495.
- Struk, H. (2000): Redigierpraxis von Tageszeitungen bei Agenturnachrichten, in: J. Wilke (Hg.), *Von der Agentur zur Redaktion: wie Nachrichten gemacht, bewertet und verwendet werden*, Köln, Weimar: Böhlau Verlag, S. 179-225.
- Tenscher, J. (2006): Medienereignis „Streik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38, S. 18-24.
- Tracy, J. F. (2006): „Labor’s Monkey Wrench“: Newsweekly Coverage of the 1962-63 New York Newspaper Strike, in: *Canadian Journal of Communication* 31(3), S. 541-560.
- Walter, A. S./Vliegthart, R. (2010): Negative Campaigning Across Different Communication Channels: Different Ball Games?, in: *The International Journal of Press/Politics* 15(4), S. 441-461.
- Wegener, C. (2001): *Informationsvermittlung im Zeitalter der Unterhaltung. Eine Langzeitanalyse politischer Fernsehmagazine*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Weßels, B. (2003): Gewerkschaften in der Mediengesellschaft, in: W. Schroeder/B. Weßels (Hg.), *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 323-341.
- White, D. M. (1950): The „Gate Keeper“: A Case Study In the Selection of News, in: *Journalism Quarterly* 27(4), S. 383-390.
- Wiesenthal, H./Clasen, R. (2003): Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft. Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter?, in: W. Schroeder/B. Weßels (Hg.), *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 296-322.
- Wilke, J. (1991): Einführung, in: J. Wilke (Hg.), *Telegraphenbüros und Nachrichtenagenturen in Deutschland: Untersuchungen zu ihrer Geschichte bis 1949*, München, New York: De Gruyter Saur, S. 13-21.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitgeberseite/-lager
AGV	Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V.
AN	Arbeitnehmerseite/-lager
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDZV	Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V.
BIV	Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks
BK	Berliner Kurier
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DBB	Beamtenbund und Tarifunion
DBV	Deutscher Bankangestellten-Verband
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DJU	Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union
DJV	Deutscher Journalisten-Verband
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DPVKOM	Kommunikationsgewerkschaft DPV
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Frankfurter Rundschau
GDL	Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer
HB	Handelsblatt
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
Marburger Bund	Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PM/PMs	Pressemitteilungen
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	Die Tageszeitung
Transnet	Transnet – Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
VC	Vereinigung Cockpit
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VKA	Vereinigung kommunaler Arbeitgeber
VÖB	Tarifgemeinschaft öffentlicher Banken/Bundesverband Öffentlicher Banken

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1.1:	Einflussfaktoren auf die mediale Berichterstattung über Tarifkonflikte.....	11
Abbildung 3.1:	Häufigkeit der Pressemitteilungen in Tarifkonflikten.....	30
Abbildung 3.2:	Timing der Pressemitteilungen und Artikel nach Konfliktphasen	32
Abbildung 3.3:	Einsatz von Stilmitteln in Pressemitteilungen und Medienartikeln.....	33
Abbildung 3.4:	Zitate der Tarifakteure in den Pressemitteilungen und Medienbeiträgen	34
Abbildung 3.9:	Identifikation von Akteuren in der Medienberichterstattung.....	44
Abbildung 4.1:	Häufigkeit der Berichterstattung über Tarifkonfliktgruppen.....	53
Abbildung 4.2:	Unterschiede im Timing der Berichterstattung über Tarifkonfliktgruppen	54
Abbildung 4.3:	Bewertung der aktuellen Lage in der Berichterstattung.....	56
Abbildung 4.6:	Bewertung der Konsequenzen des Tarifkonfliktes sowie der Streikmaßnahmen	60
Abbildung 4.7:	Unterschiede in der Attribution von Lösungsverantwortung nach Akteursgruppen.....	61
Abbildung 4.8:	Direkte Zitation von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonflikte	63
Abbildung 4.9:	Indirekte Parteinahme der Medien in verschiedenen Tarifkonflikten	65
Abbildung 4.10:	Häufigkeit der Berichterstattung über verschiedene Phasen im Tarifkonflikt.....	68
Abbildung 4.11:	Unterschiede im Umfang der Berichterstattung zwischen verschiedenen Konfliktphasen.....	69
Abbildung 4.12:	Bewertung der aktuellen Lage in verschiedenen Konfliktphasen.....	71
Abbildung 4.14:	Akteure in der Medienberichterstattung über verschiedene Tarifkonfliktphasen	74
Abbildung 4.15:	Zuschreibung von Lösungsverantwortung in der Medienberichterstattung in verschiedenen Tarifkonfliktphasen	75
Abbildung 5.2:	Häufigkeit der Berichterstattung nach Medienlagern	81
Abbildung 5.3:	Bewertung des Konfliktstandes in den verschiedenen Medien	83
Abbildung 5.6:	Diskussion der Konsequenzen des Tarifkonfliktes in den verschiedenen Medien	86
Abbildung 5.7:	Bewertung der Maßnahmen des Tarifkonfliktes.....	87
Abbildung 5.8:	Verwendete Stilmittel.....	89
Abbildung 5.9:	Negative Akteusbewertungen nach Lager	91
Abbildung 5.10:	Zuschreibung von Lösungsverantwortung in der Presseberichterstattung	92
Abbildung 5.12:	Bewertung der Konfliktparteien im Arbeitskampf	95

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 2.1:	Untersuchte Tarifkonflikte (nach Betroffenheitsgrad).....	15
Tabelle 2.2:	Stichprobe und Gewichtung.....	19
Tabelle 3.5:	Aktueller Anlass von Pressemitteilungen und Artikeln	37
Tabelle 3.6:	Themen in den Pressemitteilungen und Artikeln	39
Tabelle 3.7:	Konsequenzen des Tarifkonfliktes in den Pressemitteilungen und Artikeln.....	39
Tabelle 3.8:	Forderungen und Angebote der Tarifparteien	41
Tabelle 4.4:	Themenvielfalt der Berichterstattung über die verschiedenen Tarifkonfliktgruppen	58
Tabelle 4.5:	Diskussion der Konsequenzen in der Berichterstattung über verschiedene Tarifkonfliktgruppen	59
Tabelle 4.13:	Diskussion der Konsequenzen aus der Tarifauseinandersetzung in verschiedenen Konfliktphasen	72
Tabelle 5.1:	Medien nach Lager.....	79
Tabelle 5.4:	Themenschwerpunkte der Medienberichterstattung.....	84
Tabelle 5.5:	Diskussion der Konsequenzen des Tarifkonfliktes in den verschiedenen Medien	85
Tabelle 5.11:	Forderungen der Gewerkschaften, Angebote der Arbeitgeberverbände	93

Alle Abbildungen und Tabellen beruhen, sofern nicht anders angegeben, auf eigener Erhebung und Systematisierung. Dort, wo die Summe bei der Angabe ganzer Prozentzahlen von 100 abweicht, beruht dies auf Rundung der angegebenen Einzelwerte.

Ergänzendes Material

Tabelle A1: Häufigkeit der Berichterstattung über Tarifkonflikte

	BK	Bild	Focus	Spiegel	Zeit	FR	SZ	taz	Welt	FAZ	HB	dpa	Summe Medien- artikel	PMS AG	PMS AN	Summe PMS	Summe Beiträge Gesamt
Redakteure 2004	0	1	1	1	0	38	21	60	5	11	5	54	197	11	51	62	259
Gebäudereiniger	3	3	0	0	1	14	14	15	5	7	3	23	88	4	13	17	105
Ärzte	0	4	1	1	0	43	66	18	20	41	8	74	276	16	35	51	327
Redakteure 2011	1	0	0	2	0	4	31	24	0	21	1	43	127	17	58	75	202
Telekom	3	1	2	0	1	7	29	7	8	10	6	39	113	3	34	37	150
Versicherung	0	5	0	0	0	7	5	6	1	5	3	2	34	9	14	23	57
Banken	0	1	0	0	0	5	1	1	4	1	1	5	19	20	14	34	53
Bodenpersonal	2	13	2	3	2	18	48	11	16	28	16	73	232	3	10	13	245
Piloten	44	54	11	15	11	171	204	49	89	242	90	659	1.639	25	24	49	1.688
Lokführer	130	77	15	15	22	307	264	221	176	315	126	610	2.278	104	61	165	2.443
Metaller	2	4	0	1	0	31	32	13	11	34	10	94	232	2	20	22	254
Summe	185	163	32	38	37	645	715	425	335	715	269	1.676	5.235	214	334	548	5.783

Ergänzendes Material

Tabelle A2: Übersicht zur Fallgewichtung

		BK	Bild	FR	SZ	taz	Welt	FAZ
Redakteure 2004	erschieden	0	1	38	21	60	5	11
	erhoben	0	1	13	12	13	5	10
	Gewichtungsfaktor	–	1	2,92	1,75	4,62	1,00	1,10
Gebäudereiniger	erschieden	3	3	14	14	15	5	7
	erhoben	2	3	13	14	15	5	7
	Gewichtungsfaktor	1,50	1,00	1,08	1,00	1,00	1,00	1,00
Ärzte	erschieden	0	4	43	66	18	20	41
	erhoben	0	4	12	11	11	11	11
	Gewichtungsfaktor	–	1,00	3,58	6,00	1,64	1,82	3,73
Redakteure 2011	erschieden	1	0	4	31	24	0	21
	erhoben	1	0	4	16	15	0	15
	Gewichtungsfaktor	1	–	1	1,94	1,60	–	1,40
Telekom-Mitarbeiter	erschieden	3	1	7	29	7	8	10
	erhoben	3	1	7	16	6	8	10
	Gewichtungsfaktor	1,00	1,00	1,00	1,81	1,17	1,00	1,00
Lufthansa-Bodenpersonal	erschieden	2	13	18	48	11	16	28
	erhoben	2	13	12	13	10	12	12
	Gewichtungsfaktor	1,00	1,00	1,50	3,69	1,10	1,33	2,33
Lufthansa-Piloten	erschieden	44	54	171	204	49	89	242
	erhoben	25	54	26	26	26	26	26
	Gewichtungsfaktor	1,76	1,00	6,58	7,85	1,88	3,42	9,31
Lokführer	erschieden	130	77	307	264	221	176	315
	erhoben	27	77	27	25	26	26	26
	Gewichtungsfaktor	4,81	1,00	11,37	10,56	8,50	6,77	12,12
Metallarbeiter	erschieden	2	4	31	32	13	11	34
	erhoben	2	4	12	12	12	10	12
	Gewichtungsfaktor	1,00	1,00	2,58	2,67	1,08	1,10	2,83
Gesamtsumme	erschieden	185	157	633	709	418	330	709
	erhoben	62	157	126	145	134	103	129
	Gewichtungsfaktor	2,98	1,00	5,02	4,89	3,12	3,20	5,50

HB	dpa	Summe Medienartikel	PMs AG	PMs AN	Summe PMs	Summe Beiträge Gesamt
5	54	195	11	51	62	257
5	23	82	9	13	22	104
1,00	2,35	2,38	1,22	3,92	2,82	2,47
3	23	87	4	13	17	104
2	18	79	4	13	17	96
1,50	1,28	1,10	1,00	1,00	1,00	1,08
8	74	274	16	35	51	325
8	21	89	11	12	23	112
1,00	3,52	3,08	1,45	2,92	2,22	2,90
1	43	125	17	58	75	200
1	25	77	16	14	30	107
1,00	1,72	1,62	1,06	4,14	2,50	1,87
6	39	110	3	34	37	147
6	24	81	2	16	18	99
1,00	1,63	1,36	1,50	2,13	2,06	1,48
16	73	225	3	10	13	238
12	22	108	3	10	13	121
1,33	3,32	2,08	1,00	1,00	1,00	1,97
90	659	1.602	25	24	49	1.651
26	46	281	25	24	49	330
3,46	14,33	5,70	1,00	1,00	1,00	5,00
126	610	2.226	104	61	165	2.391
26	46	306	26	26	52	358
4,85	13,26	7,27	4,00	2,35	3,17	6,68
10	94	231	2	20	22	253
10	22	96	2	12	14	110
1,00	4,27	2,41	1,00	1,67	1,57	2,30
265	1.669	5.075	185	306	491	5.566
96	247	1.199	98	140	238	1.437
2,76	6,76	4,23	1,89	2,19	2,06	3,87

Hinweise zu den Autor*innen

Christina Köhler, M.A., hat Publizistik, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz studiert. Derzeit arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität und beschäftigt sich in ihrer Forschung schwerpunktmäßig mit Medieneinflüssen auf Entscheidungsprozesse von politischen und ökonomischen Eliten sowie der Informationsverarbeitung und der Wirkung von politischen Kommunikationsinhalten auf die politischen Einstellungen der Bürger. In ihrer Dissertation setzt sie sich mit der Frage auseinander, welche Rolle Medien und ihre Berichterstattung im Verlauf und für das Ergebnis von Tarifverhandlungen spielen.

Pablo Jost, M. A., hat Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Öffentliche Kommunikation an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena studiert. Anschließend war er dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Aktuell arbeitet er am Lehrbereich für politische Kommunikation des Instituts für Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und forscht dort zu den Auswirkungen des digitalen Medienwandels. Insbesondere die Möglichkeit der aktiven Beteiligung der Nutzer und die damit einhergehenden Konsequenzen für Einstellungs- und Meinungsbildungsprozesse sowie der Einfluss auf die Arbeitsweisen von Journalisten und politischen Akteure stehen im Fokus seiner Forschung. In seiner Dissertation widmet er sich der Frage, inwieweit die Möglichkeit der direkten Wähleransprache über soziale Onlinenetzwerke die Kommunikationsmuster politischer Akteure verändert.

Die Ausschreibung für kritischen Journalismus!

Otto Brenner Preis 2017

„Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“
(Otto Brenner 1968)

Die Otto Brenner Stiftung zeichnet mit dem Otto Brenner Preis Beiträge aus, die vorbildlich und beispielhaft für einen kritischen Journalismus sind und die für demokratische und gesellschaftspolitische Verantwortung im Sinne von Otto Brenner stehen. Vorausgesetzt werden gründliche Recherche und eingehende Analyse.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von **47.000 Euro** dotiert, das sich auf folgende Kategorien aufteilt:

Otto Brenner Preis allgemein

1. Preis	10.000 Euro
2. Preis	5.000 Euro
3. Preis	3.000 Euro

Zusätzlich vergibt die Otto Brenner Stiftung:

für Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten bis 30 Jahre
den „**Newcomerpreis**“ **2.000 Euro**

für multi- und crossmediale Projekte und innovative Leistungen
den „**Medienprojektpreis**“ **2.000 Euro**

als Preis der Jury für die beste Analyse (Leitartikel, Kommentar, Essay)
oder für die Würdigung eines Lebenswerkes
den **Otto Brenner Preis „Spezial“** **10.000 Euro**

und bis zu drei **Recherche-Stipendien** von je **5.000 Euro**

Bewerbungszeitraum: 1. April bis 30. Juni

Bewerbung und Informationen: www.otto-brenner-preis.de

Otto Brenner Stiftung | info@otto-brenner-preis.de



Arbeitspapiere der Otto Brenner Stiftung

Die Ergebnisse von Kurzstudien veröffentlichen wir online in der OBS-Reihe „Arbeitspapiere“. Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)
- Nr. 24 #Mythos Twitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König, Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6 Wer sind die 99 %? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste (Ulrich Brinkmann u. a.)
- Nr. 5 Wie sozial sind die Piraten? (Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4 Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele (Ulrich Bochum/Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3 Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen (Anton Wundrak)
- Nr. 2 Werkverträge in der Arbeitswelt (Andreas Koch)
- Nr. 1 Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland (Sebastian Bödeker)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC:	HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC:	HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 89**
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88**
Bernd Gäbler
Quatsch oder Aufklärung?
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87**
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars
„Die Griechen provozieren!“
Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86**
Lutz Frühbrodt
Content Marketing
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85***
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind
Folgen des Freihandels
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten
- **OBS-Arbeitsheft 84***
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog
- **OBS-Arbeitsheft 83**
Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre
Gewerkschaften im Aufwind?
Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 82**
Silke Röbenack, Ingrid Artus
Betriebsräte im Aufbruch?
Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 81***
Bernd Gäbler
„... den Mächtigen unbequem sein“
Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine
- **OBS-Arbeitsheft 80***
Wolfgang Merkel
Nur schöner Schein?
Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 79***
Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann
„Das Unwort erklärt die Untat“
Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitsheft 89

Tarifkonflikte in den Medien

www.otto-brenner-stiftung.de